

# **Perspektiven für Deutschland**

**Unsere Strategie  
für eine nachhaltige Entwicklung**

## Gliederungsübersicht

<b>A.</b>	<b>Von der Idee zur Strategie</b> .....	1
<b>B.</b>	<b>Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung</b> .....	5
<b>I.</b>	<b>Generationengerechtigkeit</b> .....	5
1.	Neuen Generationenvertrag erarbeiten.....	5
2.	Generationengerechtigkeit praktizieren.....	7
	a) Natürliche Lebensgrundlagen erhalten .....	8
	b) Quantensprung schaffen – Effizienz steigern .....	9
	c) Nachhaltig wirtschaften .....	11
<b>II.</b>	<b>Lebensqualität</b> .....	14
1.	Umwelt schützen – Natur genießen .....	15
2.	Lebendige Stadt erhalten – ländlichen Raum entwickeln.....	17
3.	Kultur der Nachhaltigkeit entwickeln .....	21
4.	Gesund leben und alt werden .....	22
5.	Kriminalität bekämpfen – Sicherheit gewährleisten.....	26
<b>III.</b>	<b>Sozialer Zusammenhalt</b> .....	29
1.	Bruchlinien erkennen – Brücken schlagen .....	33
2.	Zwei Geschwindigkeiten: Alle mitnehmen.....	39
<b>IV.</b>	<b>Internationale Verantwortung</b> .....	42
1.	National handeln in Verantwortung für die Eine Welt.....	42
2.	Chancen und Risiken der Globalisierung .....	43
3.	Europa stärken.....	47
4.	International handeln.....	48

V.	Managementregeln der Nachhaltigkeit .....	50
C.	Strategie als gesellschaftlicher Prozess.....	54
I.	Nachhaltigkeit gemeinsam gestalten.....	54
II.	Partnerschaften entwickeln .....	85
D.	Indikatoren und Ziele .....	89
I.	Generationengerechtigkeit .....	92
	1. Ressourcenschonung .....	93
	2. Klimaschutz .....	95
	3. Erneuerbare Energien .....	97
	4. Flächeninanspruchnahme .....	99
	5. Artenvielfalt.....	101
	6. Staatsverschuldung .....	103
	7. Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge.....	105
	8. Innovation .....	106
	9. Bildung.....	107
II.	Lebensqualität .....	109
	10. Wirtschaftlicher Wohlstand .....	110
	11. Mobilität .....	111
	12. Ernährung.....	113
	13. Luftqualität .....	116
	14. Gesundheit .....	117
	15. Kriminalität.....	119

<b>III. Sozialer Zusammenhalt.....</b>	<b>120</b>
16. Beschäftigung .....	121
17. Perspektiven für Familien .....	123
18. Gleichberechtigung.....	125
19. Integration ausländischer Mitbürger.....	127
<b>IV. Internationale Verantwortung.....</b>	<b>128</b>
20. Entwicklungszusammenarbeit .....	129
21. Märkte öffnen.....	130
<b>E. Schwerpunkte einer nachhaltigen Entwicklung.....</b>	<b>131</b>
<b>I. Energie effizient nutzen – Klima wirksam schützen</b>	
Drehbuch für eine zukunftsfähige Energiepolitik.....	132
<b>II. Mobilität sichern - Umwelt schonen</b>	
Fahrplan für neue Wege .....	177
<b>III. Gesund produzieren – gesund ernähren</b>	
Verbraucher als Motor für Strukturwandel .....	205
<b>IV. Demographischen Wandel gestalten</b>	
Neuer Übergang in den dritten Lebensabschnitt.....	248
<b>V. Alte Strukturen verändern – neue Ideen entwickeln</b>	
Bildungsoffensive und Hochschulreform.....	262

<b>VI. Innovative Unternehmen – erfolgreiche Wirtschaft</b>	
Innovation als Motor der Nachhaltigkeit	
Nachhaltigkeit als Motor für Innovation .....	276
<b>VII. Flächeninanspruchnahme vermindern</b>	
Nachhaltige Siedlungsentwicklung fördern.....	287
<b>F. Global Verantwortung übernehmen .....</b>	<b>299</b>
I. Armut bekämpfen, Entwicklung fördern .....	302
II. Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft ausbauen .....	309
III. Umwelt- und Ressourcenschutz weltweit voranbringen.....	310
IV. Nachhaltige Ressourcennutzung fördern.....	315
V. Finanzierung der Entwicklung steigern und verbessern .....	320
VI. Chancen des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung nutzen .....	321
<b>G. Erfolgskontrolle und Weiterentwicklung der Strategie .....</b>	<b>323</b>
I. Das Managementkonzept der Nachhaltigkeit .....	323
II. Umsetzung der Ziele und Maßnahmen.....	324
III. Erfolgskontrolle und Monitoring .....	325
IV. Weiterentwicklung der Strategie .....	326

## A. Von der Idee zur Strategie

Weltweit bekannt wurde das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung, als 1987 die Brundtland-Kommission für Umwelt und Entwicklung ihren Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ vorlegte. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 in Rio de Janeiro hat sich die internationale Staatengemeinschaft zum Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung bekannt und sich mit der Agenda 21 ein globales Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert gegeben. Darin werden die Unterzeichnerstaaten aufgefordert, eine Strategie zu entwickeln, die eine wirtschaftlich leistungsfähige, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung zum Ziel hat.

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

*Weltkommission für Umwelt und Entwicklung („Brundtland-Kommission“), 1987*

Das ist der entscheidende Gedanke: Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verknüpft die Bedürfnisse der heutigen Generationen mit den Lebenschancen zukünftiger Generationen und fordert, in einer Art Generationenvertrag die langfristige Entwicklung so zu gestalten, dass sie beiden gerecht wird.

Die Bundesregierung hat Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe erkannt und macht sie zu einem Grundprinzip ihrer Politik. Die wichtigsten Reformprojekte dieser Legislaturperiode orientieren sich daran. Grundlage ist die Konsolidierung des Bundeshaushalts: Mit dem Ziel, die Neuverschuldung bis zum Jahre 2006 auf Null zu senken, schaffen wir finanzpolitische Stabilität und geben den nachfolgenden Generationen ihre Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit zurück. Mit der Steuerreform und den beiden Gesetzen zur Familienförderung entlasten wir Familien und

Arbeitnehmer und bieten den Unternehmen mehr Handlungsspielräume. Die ökologische Steuerreform gibt Impulse für die Steigerung der Energieeffizienz und reduziert die Lohnnebenkosten. Die Reform der Altersvorsorge gewichtet die Verantwortung zwischen den Generationen neu, indem sie mit der staatlich geförderten Zusatzvorsorge die Eigenverantwortung stärkt. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft für die Beitragszahler finanzierbar zu halten.

Auch die Neuorientierung auf eine nachhaltige Agrarpolitik mit dem Schwerpunkt auf Verbraucherschutz wurde bereits mit einer Reihe von Maßnahmen eingeleitet. So wurde die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz als zentrales Förderprogramm von Bund und Ländern an diesen Prinzipien ausgerichtet. Und durch die Einführung des „Bio-Siegels“ bekommen Verbraucherinnen und Verbraucher Klarheit und Sicherheit beim Einkauf von ökologisch hergestellten Lebensmitteln.

Aber auch bei der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere beim Klimaschutz und beim Einstieg in eine zukunftsfähige Energieversorgung wurden die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung gestellt: Zwischen 1998 und 2001 wurden durch eine gesetzliche Förderung der Anteil der Windkraft von 3000 Megawatt auf 8000 Megawatt gesteigert und in dieser Zukunftsbranche viele Arbeitsplätze geschaffen. In einer freiwilligen Vereinbarung mit der Wirtschaft hat die Bundesregierung im Jahr 2000 weiter gehende anspruchsvolle Ziele zur Verminderung von CO<sub>2</sub> vereinbart. Große Potentiale zur Energieeinsparung liegen darüber hinaus in der Sanierung des vorhandenen Gebäudebestandes. Mit rund 1 Milliarde Euro Bundesmitteln werden auf diesem Gebiet Investitionen in Höhe von 5 Milliarden Euro veranlasst.

Für die Bundesregierung ist der Auftrag von Rio Verpflichtung. Rechtzeitig zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg legt sie mit diesem Dokument die Strategie für eine nachhaltige Entwicklung vor. Es versteht sich von selbst, dass eine solche Strategie nie abgeschlossen ist, son-

dem Wandel der Zeit und neuen Prioritäten angepasst werden muss. Wir brauchen einen intensiven gesellschaftlichen Dialog darüber, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir auf die Herausforderungen der globalisierten Welt in Wirtschaft und Gesellschaft antworten wollen. Statt Zukunftsängste zu schüren, können wir mit einem solchen Dialog kreative Kräfte für neue Wege freisetzen. Jung und Alt bietet ein solcher Dialog die Chance, gemeinsam einen neuen Generationenvertrag zu entwickeln. Für die ganze Gesellschaft eröffnet er die Möglichkeit, einen möglichst breiten Konsens über die notwendigen Weichenstellungen herbeizuführen und das Wort Gemeinwohl neu zu buchstabieren.

Deutschland ist untrennbar mit dem Rest der Welt verbunden. Daraus folgt, dass es auf Dauer keine lokalen oder nationalen Inseln des Wohlstands und der Sicherheit mehr geben kann. Vielmehr ist eine weltweite nachhaltige Entwicklung nur zu erreichen, wenn auch die Entwicklungsländer ihre Chancen wahrnehmen können und auch die Ärmsten an den Vorteilen wirtschaftlicher Entwicklung und internationaler Vernetzung teilhaben.

Macht vor diesem Hintergrund eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie überhaupt noch Sinn?

Diese Frage lässt sich mit einem klaren Ja beantworten. „Global denken und lokal handeln“ lautet zu Recht das Motto der in unserem Land sehr erfolgreichen Lokalen Agenda 21. So haben unsere Produktions- und Konsummuster, unser Ressourcenverbrauch unmittelbare Folgen für die globale Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und die Entwicklungsmöglichkeiten anderer Länder. Umgekehrt können gerade die Industrieländer mit einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung beweisen, dass damit auch eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung möglich ist. Dies könnte auch den Entwicklungsländern Perspektiven bieten. Von einer in der Praxis erfolgreichen nationalen Strategie, welche die ökonomische, ökologische und soziale Dimension in einer integrierten Sicht zusammenführt, dürfte international eine große Anziehungskraft ausgehen.



Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird für die nächsten Jahre Prioritäten setzen, Ziele und Maßnahmen aufzeigen und die Kerngedanken einer nachhaltigen Entwicklung umsetzen. Sie soll Grundlage sein für weitere politische Reformen wie auch für ein verändertes Verhalten von Unternehmen und Verbrauchern. Weit über die ökologische Herausforderung hinaus dient die Strategie als Handlungsanleitung für eine umfassende zukunftsfähige Politik, um der Generationen übergreifenden Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung gerecht zu werden.

Die Bundesregierung konnte sich bei der Erarbeitung der Strategie auf umfangreiche Vorarbeiten und begleitende Forschungsarbeiten stützen. Ein wichtiger Beitrag war insbesondere der Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages.

Was kann eine solche Strategie leisten, was kann sie nicht leisten? Sie soll die wichtigen Trends in Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen und auf dieser Grundlage die für unser Land notwendigen Weichenstellungen deutlich machen, das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung entwerfen und Ziele festlegen.

In einem zweiten Schritt geht es darum, die für die Umsetzung notwendigen konkreten und praktischen Schritte soweit wie möglich aufzuzeigen. Die Nachhaltigkeit darf nicht in theoretischen Grundsatzdiskussionen stehen bleiben. Deshalb hat sich die Bundesregierung von vornherein dafür entschieden, dass parallel zur Erarbeitung der Strategie mit Pilotprojekten praktische Erfahrungen darüber gesammelt werden, mit welchen konkreten Maßnahmen die nachhaltige Entwicklung in unserem Land vorangebracht werden kann. Für drei prioritäre Handlungsfelder laufen solche Projekte oder sind sie in Vorbereitung. Dabei wurden vor allem solche Projekte ausgewählt, bei denen sich im hohen Maße die Optimierungsaufgabe zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Belangen stellt und von denen neben dem Schutz der Umwelt Impulse für Wirtschaft und Beschäftigung zu erwarten sind.

## **B. Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung**

### **I. Generationengerechtigkeit**

#### **1. Neuen Generationenvertrag erarbeiten**

Welche Weichenstellungen der heutigen Generation sind notwendig, damit auch zukünftige Generationen gute Voraussetzungen vorfinden, um ihr Leben gestalten zu können? Die Antwort auf diese Kernfrage einer nachhaltigen Entwicklung ist ein neuer Generationenvertrag. Der damit angesprochene Interessenausgleich zwischen den Generationen steht im Mittelpunkt der Diskussion um die Staatsverschuldung, die Rentenreform, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen oder auch um die Kosten des Gesundheitswesens.

Der neue Generationenvertrag setzt einen tragenden Grundkonsens über Werte und anerkannte gesellschaftliche Leitbilder voraus: Der fundamentale ethische Grundsatz der Nachhaltigkeit stellt auf die Lebensperspektiven künftiger Generationen ab und lautet: Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Dagegen verstößt, wer eine Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Pump macht und die steigenden Staatsschulden den künftigen Generationen hinterlässt. Das gleiche gilt, wenn Investitionen für die wirtschaftliche Zukunft vernachlässigt, schneller und kurzfristiger Konsum in den Vordergrund gerückt werden. Aber auch für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Reform der Altersversorgung gilt der Grundsatz in gleichem Maße.

Die Generationengerechtigkeit gilt aber nicht nur zwischen den Generationen sondern auch innerhalb einer Generation. Alle Menschen in Nord und Süd müssen die Chance haben, nach ihren Vorstellungen ein menschenwürdiges Leben zu führen. Dazu gehört insbesondere die Teilhabe der Ärmsten an der wirtschaftlichen Entwicklung und der internationalen Vernetzung. Nicht für einzelne Länder, Kultur-

kreise und Staatengruppen sondern nur für die eine Welt kann es eine tragfähige nachhaltige Entwicklung geben.

Insgesamt liegt der Nachhaltigkeit ein ethischer Ansatz zugrunde. Dass wir neben den berechtigten Anliegen der heute lebenden Menschen bei den notwendigen Weichenstellungen auch maßgeblich die Lebenschancen der Kinder und Enkelkinder in den Blick nehmen, ist der Grund, weshalb wir Klimaschutz treiben, die Energieeffizienz steigern und die erneuerbaren Energien ausbauen.

Über den Ansatz der Generationenverantwortung hinaus brauchen wir für eine nachhaltige Entwicklung einen Grundkonsens über Werte und gesellschaftliche Leitbilder. Angesichts des schnellen Strukturwandels in Wirtschaft und Gesellschaft kann der soziale Zusammenhalt nur gewahrt bleiben, wenn jeder an seinem Platz dazu beiträgt, dass niemand ausgegrenzt und auch denjenigen geholfen wird, denen es schwer fällt, sich auf Veränderungen einzustellen. Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Schulen und Vereine, Arbeitgeber und Gewerkschaften, letztlich die gesamte Zivilgesellschaft sind hier gefordert. Diese Aufgabe kann nicht allein an den Sozialstaat delegiert werden.

Um solche Werte und Haltungen, die für unsere Kultur und das europäische Gesellschaftsmodell prägend sind, von einer Generation zur anderen weiterzugeben, brauchen Kinder und Jugendliche glaubwürdige Leitbilder und Erfahrungen gelebter Solidarität. Vor allem in einer intakten Familie werden diese Haltungen gelebt und die tragenden Werte vermittelt. Die Stärkung der Familien ist deshalb ein herausragendes Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Aber auch die Familien sind darauf angewiesen, dass Verwandte, Freunde und Nachbarn, das gesamte Umfeld junger Menschen im täglichen Leben Beispiel geben, Verständnis zeigen und anderen Menschen helfen.

Es ist ein verbreiteter Irrtum zu glauben, Familien und Schulen allein wären in der Lage, die für das Leben prägenden Werte zu vermitteln. Erfahren die Jugendlichen, dass in der gesellschaftlichen Realität ganz andere Werte gelten, kann das

nur schwer gelingen. Gerade die Kirchen weisen immer wieder mit Nachdruck auf die hier geschilderten Zusammenhänge hin. In der Seelsorge, der Sozialarbeit und im Religionsunterricht leisten sie einen wichtigen Beitrag, um auf der Grundlage des christlichen Glaubens Werte an die nächste Generation weiterzugeben.

In einer pluralistischen Gesellschaft, in der auch andere Bekenntnisse und nicht-religiöse Einstellungen verbreitet sind, brauchen wir einen Dialog über Werte und gesellschaftliche Leitbilder. Dies gilt auch deshalb, weil im Zusammenhang mit einer stärkeren Individualisierung viele traditionelle Leitbilder für das Zusammenleben der Menschen nicht mehr allgemeine Gültigkeit beanspruchen können. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass es heute neben Ehe und Familie auch andere auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften gibt. Gerade in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft muss der Konsens über Werte und gesellschaftliche Leitbilder immer wieder neu bestimmt werden. Die Erarbeitung dieser Strategie wurde daher durch einen breit angelegten gesellschaftlichen Dialog begleitet, dessen Ergebnisse in dieses Dokument eingeflossen sind. Dieser Prozess ist mit der Vorlage der Strategie aber nicht beendet, vielmehr handelt es sich um eine kontinuierliche Entwicklung, da der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel immer neu eine Kursbestimmung notwendig macht. Schließlich brauchen wir diesen Dialog auch, wenn es um die Umsetzung der hier festgelegten Ziele und Maßnahmen geht.

## **2. Generationengerechtigkeit praktizieren**

Die in einem Generationenvertrag verankerte Verantwortung der heute lebenden Generationen für die Lebenschancen künftiger Generationen darf jedoch nicht nur auf dem Papier stehen, sie muss auch praktiziert werden. Nicht im Reden, sondern im Handeln wird sich die Generationenverantwortung beweisen. Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden.

Dabei geht es nicht um eine Ethik des Verzichts. Vielmehr lautet der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation mit den Lebenschancen künftiger Generationen in einen Ausgleich zu bringen sind. Die Herausforderung für Politik und Gesellschaft besteht somit darin, der Verantwortung für künftige Generationen gerecht zu werden, ohne die Bedürfnisse der heutigen Generationen zu vernachlässigen. Wir sind aufgefordert, mit Phantasie und Kreativität neue Wege zu finden, um dieses Ziel zu erreichen.

**a) Natürliche Lebensgrundlagen erhalten**

Die Umweltpolitik der letzten 30 Jahre hat zu Erfolgen geführt, auf die unser Land stolz sein kann. Insbesondere durch Maßnahmen im technischen Umweltschutz, etwa bei der Abgasreinigung von Kraftwerken und Kraftfahrzeugen und bei der Abwasserreinigung wurde die Belastung der Umwelt mit Schadstoffen drastisch vermindert. Auch in den neuen Ländern hat sich durch massive Investitionen in den Umweltschutz die Luftqualität um Klassen verbessert und in den Flüssen und Seen zeugt die Rückkehr sensibler Fischarten vom neu erwachenden Leben.

Die unbestreitbaren Erfolge im technischen Umweltschutz ändern aber nichts daran, dass nicht so sichtbare Auswirkungen auf die Umwelt in anderen Bereichen zu wenig beachtet wurden. Noch immer gefährdet unsere bisherige Art zu leben, zu produzieren und zu konsumieren die natürlichen Lebensgrundlagen der heutigen Generation und erst recht der künftigen Generationen. Die drohenden Klimaveränderungen, der fortschreitende Verlust naturnaher Lebensräume und die länger werdende rote Liste ausgestorbener Tier- und Pflanzenarten sind dafür deutlich sichtbare Signale.

Gesellschaft und Produktion sind auf die Natur angewiesen. So wie jeder Generation die Erde mit ihren natürlichen Ressourcen treuhänderisch übergeben worden ist, hat jede Generation die Verpflichtung, kommenden Generationen eine intakte Natur zu überlassen. Naturgüter dürfen daher nicht in höherem Maße verbraucht

werden, als sie sich regenerieren. Auch dürfen sie mit Schadstoffen nicht stärker belastet werden, als für den Naturhaushalt verträglich ist. Schließlich sind Gefahren und unvertretbare Risiken für die menschliche Gesundheit zu vermeiden.

## **b) Quantensprung schaffen - Effizienz steigern**

Jeder Liter Öl, der heute verbraucht wird, ist für künftige Generationen unwiederbringlich verloren. Ändern wir nicht die bisherige Art zu produzieren und zu konsumieren, verbrauchen wir innerhalb weniger Generationen die in Jahrtausenden der Erdgeschichte entstandenen Mineralien und fossilen Energieträger. Das ist mindestens so sehr ein ökonomisches wie ein ökologisches und soziales Problem. Bei einer wachsenden Weltbevölkerung wird der Zugang zu wichtigen Bodenschätzen und anderen natürlichen Ressourcen und erst recht deren steigender Preis zum einschränkenden Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung.

Nur der sparsame und schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen erhält künftigen Generationen ihre Lebenschancen und Handlungsspielräume. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir einen Quantensprung bei der Energie- und Ressourceneffizienz. Im Sinne einer Effizienzrevolution brauchen wir das verbrauchsarme Auto genauso wie das hocheffiziente Kraftwerk und das Niedrigenergiehaus. Wissenschaftler entwickelten die Vision einer Effizienzsteigerung um den „Faktor 4“ und den „Faktor 10“. Dies ist sicherlich nicht kurzfristig umsetzbar. Die Vision macht aber die Richtung deutlich, in die wir gehen müssen.

Zahlreiche Beispiele zeigen, dass derartige Effizienzsprünge auch erreichbar sind. Gerade traditionell energie- und rohstoffintensive Branchen wie die Stahlindustrie haben erstaunliche Fortschritte erzielt. Durch neue Technologien, die Kreislaufführung von Stoffen und das Recycling von Schrott konnte der Energie- und Rohstoffeinsatz für eine Tonne Stahl (spezifischer Verbrauch) drastisch vermindert werden: Um eine Tonne Walzstahl zu erzeugen, wurden 1955 noch 2,45 Tonnen Erz, Schrott und Legierungen benötigt – heute kommt man mit nur 1,55 Tonnen

aus.

Nachhaltige Entwicklung verlangt die Entkopplung des Energie- und Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum. Auf diesem Weg sind wir im internationalen Vergleich schon ein gutes Stück vorangekommen. Moderne Autos sind leichter, der Stromverbrauch von Fernsehgeräten und Waschmaschinen geringer und die Brenner in den Heizkellern sparsamer geworden. Die Effizienzstrategie kann allerdings auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn die Effizienzgewinne nicht durch wachsende Produktion, zunehmenden Verkehr und mehr Konsum aufgezehrt werden.

Effizienzsteigerung allein ist also kein Wundermittel. Sie führt nur dann zum Erfolg, wenn wir mit unserem Lebensstil und Konsumverhalten den sparsamen und schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen in unserem Verhalten berücksichtigen. Das muss im übrigen nicht weniger Komfort oder Lebensgenuss bedeuten. Zumeist zahlt sich ressourcenschonendes Handeln sogar in barer Münze aus. Beispiel Energieverbrauch: Die Privathaushalte in Deutschland verbrauchen durch Leerlaufverluste von Elektrogeräten mindestens 14 Milliarden Kilowattstunden, das kostet sie rund 2,3 Milliarden Euro im Jahr und entspricht der Leistung von zwei Großkraftwerken. Bis zu 150 Euro jährlich kann eine Familie einsparen, wenn sie z.B. beim Fernseher oder Computer auf den Stand-by-Betrieb verzichtet und beim Neukauf von Geräten auf geringen Energieverbrauch achtet.

Die gezielt betriebene Effizienzrevolution ist ein Gebot nicht nur der ökologischen, sondern auch der ökonomischen Vernunft. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung, der stark zunehmenden Nachfrage aus Schwellenländern wie China und Indien müssen wir auch in Zukunft mit steigenden Preisen für Rohstoffe und Energie rechnen. Wer zunehmend knapper werdende Güter effizienter nutzt, wird sich im globalen Wettbewerb behaupten. Vor diesem Hintergrund werden in Zukunft die Kennziffern für Ressourcen- und Energieeffizienz weltweit zu den Markenzeichen erfolgreicher Volkswirtschaften werden. Die meisten Unternehmen haben das längst erkannt: Sie suchen gezielt nach Energiesparmöglichkeiten und investieren in moderne Energietechnik. Und davon gehen wieder Impulse für mehr

Wachstum und Beschäftigung aus.

Um die Effizienzrevolution voranzubringen, müssen wir uns anspruchsvolle Ziele setzen, die Kreativität der Menschen mobilisieren, die Potenziale für Innovationen nutzen, neue Technologien erproben und sie im Alltag einsetzen. Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltverbänden eröffnet sich hier ein weites Feld, um gemeinsam für unser Land diese Effizienzstrategie zu entwickeln. Technologisch wie auch in der Umsetzung steht Deutschland im internationalen Vergleich gut da. Diese Stärken sollten wir nutzen.

### **c) Nachhaltig wirtschaften**

Ökonomie und Ökologie sind in der Vergangenheit oft als Gegensatz verstanden worden. Zu Unrecht, denn beide haben eine Menge gemeinsam. Nicht nur den Wortstamm Öko (griechisch: Oikos, das Haus). Dabei ist Haus in einem umfassenden Sinne zu verstehen, als Haus des Lebens und als Inbegriff einer Generationen übergreifenden Verantwortung. Das deutsche Wort „Haushalten“ gibt diesen umfassenden Sinn gut wieder. Dahinter stecken alte Grundregeln, die für Ökonomie und Ökologie gleichermaßen gelten. So wie die Regel des Waldbesitzers, in seinem Wald nicht mehr Bäume zu fällen als wieder nachwachsen. Oder der Grundsatz des Bauern, das Saatgut nicht zu Brot zu verarbeiten.

Diese scheinbar so verstaubten Grundsätze sind heute aktueller denn je. Investieren wir in unsere Zukunft und die unserer Kinder oder konsumieren wir das Saatgut für morgen? Wirtschaften wir solide oder leben wir auf Pump? Das sind die entscheidenden Fragen, von deren Antwort die wirtschaftlichen Chancen und Handlungsmöglichkeiten der heutigen und der zukünftigen Generationen abhängen.

Zurzeit muss im Bundeshaushalt jeder fünfte Euro aus Steuereinnahmen für Zinsen ausgegeben werden. Für wichtige Investitionen, etwa im Bereich Bildung und



Forschung, stehen diese Mittel nicht mehr zur Verfügung. Auch wegen der Auswirkungen einer hohen Verschuldung auf die Zinsen und die Stabilität des Geldwerts muss der Staat gegensteuern: Wir müssen raus aus der Schuldenfalle. Deshalb hat die Bundesregierung einen strikten Konsolidierungskurs eingeleitet. Seit zwei Jahren wird die Neuverschuldung beschleunigt zurückgeführt, bis zum Jahr 2006 wollen wir einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Damit geben wir den nachfolgenden Generationen ihre Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit zurück. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat in seinem Gutachten „Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik“ die Notwendigkeit einer konsequenten Konsolidierung bestätigt und ihre fundierte wissenschaftliche Begleitung und Überprüfung gefordert.

Die Strategie der Nachhaltigkeit verlangt auch eine kritische Überprüfung der Aufgaben, die von Bund, Ländern und Gemeinden wahrgenommen werden. Wo sollten wir in Zukunft mehr auf die Eigenverantwortung der Betroffenen setzen, wo brauchen Menschen Unterstützung, um den Strukturwandel zu bewältigen? Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass diese Frage immer wieder neu gestellt und beantwortet werden muss. Staatliche Leistungen dürfen nicht generell als unantastbarer Besitzstand gelten.

Vielmehr gilt es, den Strukturwandel wirtschaftlich erfolgreich und sozial verträglich zu gestalten. Welche Chancen bietet er? Wie müssen sich Arbeitnehmer qualifizieren und Unternehmen im Wettbewerb positionieren, um diese Chancen zu ergreifen? Welche Märkte eröffnen sich, welches sind die dazu passenden Technologien, Produkte und Dienstleistungen? Wer die Fragen so stellt, begreift die Liberalisierung des europäischen Energiemarktes, die Trendwende in der Landwirtschaft oder den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur Europäischen Union nicht als Bedrohung, sondern als willkommene Herausforderung. Ziel muss es sein, dass Arbeitnehmer und Unternehmen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen die offensive Gestaltung des Strukturwandels zu ihrer eigenen Sache machen, sich als handelnde Subjekte und nicht als Opfer des Strukturwandels begreifen.

Auch in der Politik müssen wir für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung alte Strukturen aufbrechen und neue Wege gehen. Die Herausforderung besteht darin, die Politikfelder so zu integrieren, dass wirtschaftliches Wachstum, stabile Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Umweltschutz Hand in Hand gehen. Jedes Politikfeld muss sich an den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung orientieren.

In einer langfristigen und volkswirtschaftlichen Betrachtung nehmen die Zielkonflikte etwa zwischen ökonomischen und ökologischen Belangen deutlich ab. So liegen die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen auch im wirtschaftlichen Interesse. Kurzfristig kann es sich für ein Unternehmen vielleicht rechnen, bei den Kosten z.B. für die Luftreinhaltung oder die Abwasserbehandlung zu sparen. Langfristig jedoch profitiert die Volkswirtschaft von einer umweltverträglichen und ressourcenschonenden Produktion. Damit die betriebswirtschaftliche der volkswirtschaftlichen und die kurzfristige Betrachtungsweise der langfristigen entspricht, müssen in einer Marktwirtschaft die richtigen Signale gesetzt werden.

Dazu gehören zum einen rechtliche Gebote und Verbote, die dafür sorgen, dass wichtige Umweltstandards eingehalten werden. Ebenso wichtig aber ist die Signalwirkung, die von Preisen ausgeht. Sie mobilisiert bei den Marktteilnehmern Innovationen, um möglichst kostengünstig negative Auswirkungen auf die Umwelt zu vermeiden. Wenn die Preise die Knappheit der natürlichen Ressourcen und die Kosten der Umweltbelastung widerspiegeln, wird der Widerspruch zwischen kurzfristigen und langfristigen Zielen überwunden und trägt dies maßgeblich zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung bei. In diesem Sinne hat z.B. die stufenweise und damit für alle Beteiligten planbare, maßvolle Erhöhung der Energiesteuern im Rahmen der ökologischen Steuerreform die richtigen Signale gesetzt.

Schließlich wird eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung auch dadurch gekennzeichnet, dass die Unternehmen für ihre Produktion und ihre Produkte die

Verantwortung übernehmen. Mit Hilfe eines wirksamen Umweltmanagements werden energiesparende Herstellungsverfahren und integrierter Umweltschutz praktiziert. Viele Unternehmen gehen heute schon freiwillig diesen Weg. Die Produktverantwortung umfasst die Anforderungen des Verbraucherschutzes ebenso wie die schadlose Verwertung bzw. Beseitigung der Produkte am Ende des Lebenszyklus. Zu ihr gehört aber auch die Information des Verbrauchers über gesundheits- und umweltrelevante Eigenschaften des Produkts bzw. des Unternehmens. Eine klare Kennzeichnung der Produkte sowie transparente Unternehmensberichte sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, sich bewusst für Produkte und Unternehmen zu entscheiden, die freiwillig hohe Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz einhalten. Nachhaltigkeit kann so zu einem Gütesiegel für Produkte und Unternehmen werden.

## **II. Lebensqualität**

Der Begriff Nachhaltigkeit klingt spröde und sperrig, hat aber einen ganz vitalen und letztlich einfachen Kern: Es geht darum, für jedermann, jetzt und in der Zukunft, eine gute Lebensqualität zu erhalten und wo möglich zu verbessern. Jeder soll die Möglichkeit haben, sein Leben in die Hand zu nehmen, zu lernen und zu arbeiten, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und eingebettet in ein Netz sozialer Beziehungen in einer gesunden und sicheren Umwelt zu leben. Der Mensch mit seinen Möglichkeiten und seiner Verantwortung steht im Mittelpunkt.

Für die Lebensqualität ist eine intakte Umwelt unverzichtbar. Aber Lebensqualität umfasst mehr. Zu ihr gehören Gesundheit, persönliche Entfaltungsmöglichkeiten, befriedigende Arbeit, angemessener Wohnraum, ausreichendes Einkommen, gesellschaftliche Anerkennung ebenso wie gute Schulen, eine lebenswerte und sichere Stadt mit vielfältigen kulturellen Angeboten. Dabei lässt sich Lebensqualität nicht in verschiedene Bereiche aufspalten. Erst das Zusammenspiel aller genannten Faktoren wird dem Menschen in seinen vielfältigen Bezügen gerecht und macht die Lebensqualität in ihrer Gesamtheit aus.

## 1. **Umwelt schützen - Natur genießen**

Der angestrebte „blaue Himmel über der Ruhr“ wurde in den sechziger und siebziger Jahren zum Signal des Aufbruchs für die noch am Anfang stehende Umweltpolitik. In diesem Bild steckte von Anfang an mehr als das Bestreben, die Schadstoffbelastung der Luft zu senken. Es spricht das Lebensgefühl der Menschen an, die Freude am Leben, den Traum, in dem damals hoch belasteten Ruhrgebiet das Leben wieder lebenswert zu machen. Spätestens mit dem Reaktorunfall von Tschernobyl dominierte jedoch die Bedrohung von Mensch und Natur die umweltpolitische Diskussion.

Auch heute dürfen die Gefahren für Mensch und Umwelt nicht klein geredet werden. Drohende Klimaänderungen, das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten und der fortschreitende Verlust naturnaher Lebensräume zeigen die Dimensionen. Um so wichtiger ist es, dass wir den Wert erkennen, den die Natur für uns Menschen besitzt. Selbstverständlich schützen wir die Natur auch um ihrer selbst willen. Adoniströschen und Störche sollen in Deutschland das Recht auf ein Leben in ihrem natürlichen Lebensraum haben. Aber ein Platz, an dem Störche leben, ist mit Sicherheit auch ein guter Platz für Menschen. Intakte Landschaften, Seen und Wälder, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt, gehören zum Reichtum unseres Landes. Diesen Reichtum gilt es neu zu entdecken und zu bewahren.

Gerade als Kontrast zur Hektik des modernen Alltags, zum Lärm in der Stadt und zum Stress im Beruf gewinnt die Erholung in der Natur immer größere Bedeutung. Sei es der abendliche Spaziergang im Stadtwald, die Radtour oder der Lauf am Wochenende, eine intakte und vielfältige Landschaft machen ganz wesentlich die Lebensqualität einer Region aus. Sie bestimmt auch die Attraktivität einer Region für Investoren, die es an einem attraktiven Standort leichter haben, qualifizierte Arbeitskräfte und gesuchte Experten zu gewinnen.

Der Drang des mobilen Menschen in die Natur wird aber auch mehr und mehr zur Quelle ihrer Gefährdung. Das gilt insbesondere für sensible Ökosysteme wie das Hochgebirge oder Seen mit ihren wichtigen Flachwasserzonen und Schilfgürteln. Die negativen Begleiterscheinungen des Tourismus werden für diese überragend wichtigen Naturräume unter Umständen zur realen Gefahr. Im Gebirge tragen Skifahrer und Liftanlagen an Steilhängen zur Erosion der dünnen Grasnarbe bei, manche Sportbootfahrer halten nicht den notwendigen Abstand zu den Schilfgürteln ein und schädigen damit Nist- und Brutplätze für viele Tierarten. Auch manche moderne „Outdoor“-Sportart, die noch in das letzte Refugium seltener Tier- und Pflanzenarten vordringt, kann zum Problem werden.

Vor diesem Hintergrund müssen die Verantwortlichen in den betroffenen Regionen gegensteuern und für einen naturverträglichen Tourismus sorgen. Es geht nicht darum, Erholung Suchende oder Sport Treibende aus der Natur zu verbannen. Vielmehr müssen bestimmte Regeln durchgesetzt werden, die sicherstellen, dass diese sensiblen Naturräume auch in Zukunft noch Lebensräume für wichtige Tier- und Pflanzenarten sind und Menschen die Natur genießen können.

Die Bundesregierung hat mit der im April 2002 in Kraft getretenen Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes ihren Beitrag für den erforderlichen Ausgleich zwischen den Interessen der Menschen an der Nutzung und dem besonderen Schutzbedürfnis der Natur geleistet. Das heißt: Naturschutz darf die Menschen nicht aussperren, sondern soll mit den Menschen und für sie umgesetzt werden. Dazu gehört die Ausweisung von Schutzgebieten ebenso wie eine naturverträgliche Nutzung auf den nicht geschützten Flächen. Damit soll zugleich die Akzeptanz des Naturschutzes in der Bevölkerung verbessert werden.

## **2. Lebendige Stadt erhalten – ländlichen Raum entwickeln**

Aktiver Motor einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland ist seit langem die Lokale Agenda 21. In über 2.300 Städten, Kreisen und Gemeinden haben Bürge-

rinnen und Bürger sich mit Kommunalpolitikern und Experten zusammengesetzt und Ideen entwickelt. Dort werden Energiesparmaßnahmen für die Beleuchtung der Strassen, Vorschläge für die naturnahe Entwicklung des Stadtparks, die Einrichtung von Kinderspielplätzen und die Schaffung von Jugendräumen diskutiert und umgesetzt. Aber auch komplexe Themen, wie die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen und die Lösung der Verkehrsprobleme, stehen auf der Tagesordnung. Die damit verbundene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalpolitik und das enorme Engagement sind hoffnungsvolle Zeichen. Wer behauptet, dass nachhaltige Entwicklung nur ein Thema für Politiker und Experten sei, wird damit widerlegt.

Ein leistungsfähiger Staat ist auf kommunale Kräfte, ihre Qualität und ihr Engagement in besonderem Maße angewiesen. Denn: Die Zukunft der Stadt ist entscheidend für die Zukunft der Gesellschaft. Mehr als 58 Millionen Menschen leben in Deutschland in Städten. Für sie ist die Stadt der wichtigste Lebensraum, in dem sie wohnen und arbeiten, ihre Freizeit gestalten, Freunde treffen und mit dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind.

Doch die Attraktivität der Städte hat auch ihre Kehrseite. Beispielsweise eine massive Zunahme des Verkehrs, der durch Lärm und Abgase die Wohnqualität mindert, die Stadt vielfach zerschneidet und zu erheblichen Umweltbelastungen führt. Viele Städte haben zudem mit den Folgen zu kämpfen, die sich aus dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ergibt. Der Wegfall einfacher industrieller Arbeitsplätze kann oft durch Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Bereichen nicht ausgeglichen werden. Noch sind soziale Brennpunkte in Deutschland die Ausnahme. Doch immer häufiger bilden sich benachteiligte Stadtteile, in denen sich soziale, wirtschaftliche, wohnungspolitische und städtebauliche Probleme verschärfen.

Eine Politik für lebenswerte und zukunftsfähige Städte braucht Investitionen. Die Bundesregierung hat diese Herausforderung angenommen. Die Städtebauförderung mit jährlich rund 350 Millionen Euro und das Programm „Soziale Stadt“ mit 76

Millionen Euro sind hierfür die zentralen Instrumente. Das Programm „Soziale Stadt“ zielt darauf, den Bürgerinnen und Bürgern in einer Zeit struktureller Umbrüche in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld Sicherheit, Orientierung und Perspektiven zu bieten. Daher ist das Programm nicht auf bauliche Fragen beschränkt, sondern bezieht soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Gesichtspunkte ein, damit unsere Städte funktionsfähig bleiben. Das mit knapp 1,5 Milliarden Euro ausgestattete Programm „Stadtumbau Ost“ geht die wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Probleme an, die mit den hohen Wohnungsleerständen in den neuen Ländern verbunden sind, und eröffnet insbesondere dem städtischen Wohnen neue Perspektiven.

Doch staatliche Initiative allein reicht nicht aus. Die Menschen müssen in ihren Wohnbezirken auch selbst aktiv werden. Das gilt für Mieter und Wohneigentümer wie für Kommunalpolitiker, Kirchen, soziale Einrichtungen und die Wirtschaft gleichermaßen. Die durch das Programm „Soziale Stadt“ in Gang gesetzte Entwicklung für eine Erneuerung der Stadtteile muss verstärkt und auf andere Stadtteile ausgedehnt werden. Denn gerade die Lebensform Stadt bietet ein großes Entwicklungs- und Innovationspotenzial.

Dies gilt im übrigen genauso für die ländlichen Räume, die etwa drei Viertel der Fläche Deutschlands ausmachen. Hier ist die wirtschaftliche Rolle der Land- und Forstwirtschaft nach wie vor groß. Andererseits zeigt die Tatsache, dass nur noch drei Prozent aller Arbeitnehmer in der Landwirtschaft beschäftigt sind, dass für die Entwicklung ländlicher Räume auch andere Perspektiven zu entwickeln und neue Potenziale zu nutzen sind. Im übrigen handelt es sich hier keineswegs nur um strukturschwache Räume mit niedriger Bevölkerungsdichte. Die Vielfalt ländlicher Regionen ist vielmehr so groß, dass generalisierenden Aussagen über ihre nachhaltige Entwicklung enge Grenzen gesetzt sind. So hat etwa der Schwarzwald mit seiner kleinräumigen Kulturlandschaft, zahlreichen Nebenerwerbsbetrieben in der Land- und Forstwirtschaft und seiner hohen touristischen Attraktivität andere Entwicklungspotenziale als Vorpommern mit seinen wettbewerbsfähigen landwirtschaftlichen Grossbetrieben und seiner dünnen Besiedlung. Ländliche Räume in

der Nähe von Ballungsräumen verfügen dank ihrer Wohn- und Erholungsfunktion über andere Entwicklungsmöglichkeiten als strukturschwache Regionen, die nicht von der Nähe der Großstädte profitieren können. In einer Reihe ländlicher Gebiete ist es auch gelungen, Industrie- und Handwerksbetriebe anzusiedeln und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Der scheinbare Nachteil der größeren Entfernung zu Abnehmern und Lieferanten wird durch eine bessere Erreichbarkeit gegenüber staugeplagten Standorten in den Ballungsräumen mehr als wettgemacht.

Jedes Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung sollte die Eigenart der ländlichen Räume stärken, auf seinen Stärken aufbauen, die Menschen vor Ort einbeziehen und so weit wie möglich aus der Region heraus entwickelt werden.

Bei aller Vielfalt zeigten sich in den letzten Jahrzehnten in der Entwicklung der ländlichen Räume übergreifend aber grundlegende Probleme, die auf die gleichen Ursachen zurückgehen. Technischer Fortschritt und der Strukturwandel in der Landwirtschaft führten dazu, dass immer weniger Betriebe immer mehr produzieren können. Infolge der einsetzenden Liberalisierung der Agrarmärkte und des steigenden Wettbewerbsdrucks behaupteten sich gerade solche landwirtschaftlichen Betriebe am Markt, die durch Spezialisierung, Intensivierung und Größenwachstum zu niedrigen Kosten produzierten. Dieser mit der Industrialisierung vergleichbare Prozess, der durch die frühere agrarpolitische Förderpraxis noch verstärkt wurde, hat erhebliche Auswirkungen.

So setzte zunächst ein Wanderungsprozess aus dem ländlichen Raum in die Städte ein. Dahinter standen der Strukturwandel in der Landwirtschaft, das geringer werdende Arbeitsplatzangebot in den ländlichen Räumen sowie die generelle Entwicklung hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft, deren Tempo vorwiegend in den Ballungsräumen bestimmt wird. Seit einigen Jahren mehren sich allerdings die Zeichen für eine Trendwende. Darin liegt durchaus eine Chance für die ländlichen Räume, wenn auch drohende Nutzungskonflikte und wachsende Umweltbelastungen z.B. durch den Fremdenverkehr nicht übersehen werden dürfen.



Auch Spezialisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion bringen Umweltbelastungen mit sich. Der Druck zu Kostensenkung birgt zudem die Gefahr, dass Qualitätsaspekte zugunsten der reinen Produktionsmengen in den Hintergrund geraten. Ein Beispiel dafür ist die BSE-Krise, die durch die Verfütterung des billigen Tiermehls an Wiederkäuer mitverursacht wurde.

Mit der BSE-Krise kamen die Landwirtschaft und der gesamte Ernährungsbereich auf den Prüfstand. Als Antwort auf die aufgedeckten Missstände hat die Bundesregierung eine Neuausrichtung der Agrarpolitik beschlossen, die den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und damit den vorbeugenden Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt stellt. Diese Politik geht die Ursache der oben dargestellten Probleme an und bietet - unter Einbeziehung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension - den ländlichen Räumen neue Entwicklungsperspektiven. Dabei geht es u.a. um naturverträglichere Produktionsweisen, die auch hohe Anforderungen an eine artgerechte Tierhaltung beachten. So wird das Vertrauen in die Qualität der Produkte und damit die Nachfrage gestärkt. Dies sichert die wirtschaftliche Grundlage der Landwirtschaft ebenso wie das Konzept einer multifunktionalen Landwirtschaft, das insbesondere einen Ausbau der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette in der Region bedeutet. Mit einer größeren Vielfalt der landwirtschaftlichen Produkte, einer verstärkten regionalen Vermarktung und neuen Aufgaben der Landwirtschaft bei der Pflege von Kulturlandschaften werden die Entwicklungschancen der ländlichen Räume nachhaltig gestärkt.

### **3. Kultur der Nachhaltigkeit entwickeln**

Nachhaltige Entwicklung ist nicht einfach der technokratische Weg zu effizienter Wirtschaftsweise, abfallfreier Produktion und gesundem Leben. Technische Innovationen sind wichtig, reichen aber allein als Motor einer nachhaltigen Entwicklung nicht aus. Nachhaltige Entwicklung hat sehr viel mit der Vision davon zu tun, wie wir in Zukunft leben wollen, mit Phantasie und Kreativität. In diesem Sinne ist sie eine Gestaltungsaufgabe, die auf der Grundlage von Werten, gesellschaftlichen Leitbildern und insgesamt unserer kulturellen Tradition die kreativen Potenziale unserer Gesellschaft herausfordert. Nachhaltige Entwicklung bedeutet gerade nicht einfach die Fortschreibung der Trends aus der Vergangenheit. Sie fordert dazu auf, alte Trampelpfade zu verlassen und neue Wege zu finden. Über Sachzwänge hinaus wird durch die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, die Politik wieder zum Gestaltungsauftrag und die gesellschaftliche Diskussion dieser Frage der entscheidende Punkt, an dem nachhaltige Entwicklung relevant wird.

Damit wird die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit erkennbar. Wo neues gewagt, unbekannte Wege erkundet und eine Vision davon entwickelt werden soll, wie wir in Zukunft leben wollen, kann die Kultur in ihren vielfältigen Formen diesen schöpferischen Prozess vorantreiben. So wird verhindert, dass alter Wein in neue Schläuche gefüllt wird. Als Quelle der Inspiration, der Erneuerung und der Kreativität ist kulturelle Vielfalt ebenso wichtig wie die biologische Vielfalt für die Natur. Die Identität und schöpferische Kraft unseres Landes spiegeln sich im kreativen Schaffen der Künste, der Architektur, der Literatur, der Musik, des Films und des Kunstgewerbes wider. Allerdings haben sich in Deutschland Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und die Kulturschaffenden andererseits häufig auf ihren angestammten Bereich zurückgezogen und hielt sich der gegenseitig befruchtende Austausch eher in Grenzen. Nachhaltige Entwicklung muss deshalb auch davon handeln, wie der Austausch so vorangebracht werden kann, dass der zündende Funke überspringt.

Darüber hinaus hat Kultur viel mit Lebensqualität zu tun. Bibliotheken, Museen, Theater, Konzerthallen, Kinos – sie alle tragen erheblich zu unserer Lebensqualität bei, bestimmen maßgeblich über die Attraktivität unserer Städte. Unser aller Aufgabe ist es, gerade in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte, die Grundlagen für ein reiches Kulturleben in Deutschland zu sichern.

Nach dem Grundgesetz liegt die vorrangige Kompetenz zur Förderung von Kunst und Kultur bei den Ländern. Die kulturpolitischen Aufgaben des Bundes konzentrieren sich im Rahmen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung vor allem auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Kunst und Kultur, den Aufbau und die Förderung gesamtstaatlich bedeutsamer kultureller Einrichtungen sowie die Bewahrung und den Schutz des kulturellen Erbes. Im Jahre 2001 investierte der Bund in die Kulturförderung über 920 Millionen Euro und finanzierte damit eine Fülle von Projekten, Initiativen und Institutionen.

Die Politik der nachhaltigen Entwicklung ist noch zu wenig mit Kunst und Kultur verbunden. Andererseits haben Kunst und Kulturpolitik die Herausforderungen und Chancen der Nachhaltigkeit bislang nicht als eigene Themen aufgegriffen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung sieht gute Möglichkeiten, diesen Zustand zu ändern. Beiträgen der zeitgenössischen Kunst und Kultur käme dabei eine bundesweite Signalkraft zu. Dies sei, so der Rat, eine wichtige Möglichkeit, eingefahrene Wahrnehmungen aufzubrechen und den Blick für neue Horizonte zu öffnen.

#### **4.            Gesund leben und alt werden**

Wir alle wünschen uns Gesundheit - und das möglichst bis ins hohe Alter. In einer Rangfolge der Faktoren, die insgesamt die Lebensqualität bestimmen, steht in allen Umfragen die Gesundheit an erster Stelle. Bei genauerer Betrachtung kennzeichnet aber ein grundlegender Widerspruch das scheinbar klare Bild: Einerseits stehen Gesundheit, Fitness und ein gutes und gesundes Aussehen in der modernen Gesellschaft hoch im Kurs. Werbung und Medien vermitteln hier ein Idealbild, das von vielen angestrebt wird. Ganze Branchen leben von dem Wunsch der Be-

völkerung, das eigene Erscheinungsbild dem Idealbild anzunähern oder zumindest die Illusion aufrechtzuerhalten, dass dies möglich sei.

Andererseits finden sich in breiten Bevölkerungsschichten Lebensstile und Verhaltensweisen, von denen allgemein bekannt ist, dass sie der Gesundheit schaden. Das fängt bei der Ernährung an, setzt sich mit Rauchen und übermäßigem Alkoholkonsum fort und endet bei der Tatsache, dass nur eine Minderheit der Bevölkerung sich regelmäßig sportlich betätigt. Obwohl vorliegende Untersuchungen zeigen, dass den Lebensgewohnheiten eine entscheidende Bedeutung für die Gesundheit zukommt, sind viele Menschen nicht bereit oder nicht in der Lage, in ihrem eigenverantwortlichen Verhalten entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Dabei gilt nach wie vor die alte Volksweisheit, dass Vorbeugen besser ist als Heilen: So kann bei vielen Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie auch bei Krankheitsbildern der Wirbelsäule durch gesundheitsförderliches Verhalten einer Erkrankung wirksam vorgebeugt werden, während durch therapeutische Maßnahmen die Gesundheit nur in begrenztem Umfang wiederhergestellt werden kann. Vorbeugen ist außerdem langfristig auch billiger als heilen. Vorbeugender Gesundheitsschutz ist daher einer der Schlüssel zur Senkung der Kosten unseres Gesundheitswesens.

Die öffentliche Diskussion der letzten Jahre konzentrierte sich auf Themen wie Kostendämpfung, Verringerung des Leistungskatalogs oder Zuzahlungen der Versicherten. Alles wichtige Fragen, gewiss. Doch weisen sie uns den Weg zu einer nachhaltigen Gesundheitspolitik? Nach vorliegenden Untersuchungen ist die Gesundheit der Bevölkerung nur in sehr begrenztem Umfang durch die medizinische Versorgung zu beeinflussen. Hingegen könnten 25 bis 30 Prozent der heutigen Gesundheitsausgaben durch vorbeugende Maßnahmen vermieden werden. Sollten wir uns also nicht eher der Frage zuwenden, mit welchen Verhaltensweisen und Maßnahmen wir die Gesundheit erhalten und fördern können?

Eine nachhaltige Gesundheitspolitik muss umdenken: Es geht um Gesundheit und nicht um Krankheit. Diese neue Sicht weitet die Perspektive und nimmt neue Handlungsoptionen in den Blick. Fünf Aspekte kennzeichnen das Leitbild einer nachhaltigen Gesundheitspolitik:

- Eine ganzheitliche Sicht des Menschen, die ihn mit seiner Lebensgeschichte, seiner Einbettung in private und soziale Bezüge wie auch seinem beruflichen Umfeld in den Blick nimmt, ist der Ausgangspunkt. Risikofaktoren wie Ernährungsgewohnheiten, soziale Isolation oder gesundheitliche Gefährdungen und Belastungen am Arbeitsplatz können so in ihrer Komplexität verstanden und gezielt angegangen werden.
- Krankheit ist nicht immer ein unabwendbares Schicksal. Jeder Mensch verfügt über gesundheitsförderliche Ressourcen, kann Belastungen reduzieren und selbst Maßnahmen ergreifen. Über diese Potenziale zu informieren und zu erreichen, dass Bürgerinnen und Bürger sie aktivieren und einsetzen, gehört zu den wichtigsten Maßnahmen einer nachhaltigen Gesundheitspolitik. Wer weiß, was gut tut und was nicht, wird nicht ohne weiteres die Verantwortung für die eigene Gesundheit in der Arztpraxis abgeben. Beim Aufspüren und Aktivieren der eigenen Ressourcen ist auch die gesundheitliche Selbsthilfe ein wichtiger Partner. Sie zu stärken, gehört daher zu einer nachhaltigen Fortentwicklung des gesundheitlichen Versorgungssystems.
- Aufbauend auf dem Prinzip des mündigen Patienten, der mit sich und seiner Gesundheit verantwortlich umgeht, sind Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung lohnende und notwendige Zukunftsinvestitionen. Diese dürfen sich nicht nur auf das Verhalten des einzelnen beziehen, sondern müssen sich auch mit den Rahmenbedingungen auseinandersetzen, in denen Menschen leben. Gesundheitsförderliche Schulen und ein wirksamer Arbeitsschutz gehören ebenso dazu wie regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen, Patientenschulungen und zielgruppenorientierte Aufklärung, z.B. über gesunde Ernährung und Sport. Prävention ist eine Gemeinschaftsaufgabe, an der neben den Bürgerinnen und Bürger viele weitere Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene beteiligt sind, z.B. Krankenkassen, Ärzte und andere Leistungserbringer, Wohlfahrts- und Selbsthilfeverbände, aber auch die Unternehmen selbst, Gewerkschaften und politische Akteure.

- Umwelt, Ernährung und Gesundheit gehören zusammen. Zu einer gesunden Ernährung gehören qualitativ hochwertige Nahrungsmittel. Diese gibt es nur, wenn landwirtschaftliche Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung gemeinsam auf dieses Ziel ausgerichtet sind. Einzelne Sektoren dürfen nicht mehr nur für sich betrachtet werden, sondern müssen als Teil eines Ganzen mit Auswirkungen auf alle anderen Bereiche begriffen werden. So kommt man im Lebensmittelbereich beispielsweise zu einer "integrierten Pfadbetrachtung", die die Beschaffenheit des Bodens genauso einbezieht, wie die Erzeugung und den Einkauf von Futtermitteln, die Tierhaltung, die Hygienestandards in Schlachthöfen, die Verarbeitung in der Industrie und die Deklaration der Inhaltsstoffe auf der Verpackung. Hier sind Verbraucherschutz und Gesundheitsschutz vielfach deckungsgleich.
- Eine Reform des bestehenden Gesundheitswesens muss vom Ziel einer qualitativ hochwertigen und gleichermaßen kostengünstigen Leistung für den Patienten ausgehen. Ein für die Öffentlichkeit transparentes System der Qualitätssicherung einerseits, kombiniert mit wirtschaftlichen Anreizen für eine kostengünstige und patientennahe Erbringung der Leistungen andererseits, sind dafür wichtige Bausteine. Im Rahmen einer effektiven Qualitätssicherung brauchen wir klare Anforderungen an Diagnostik und Behandlung besonders relevanter Erkrankungen. Gleichzeitig sind Anreize notwendig, um bei der steigenden Zahl chronisch Kranker eine bessere Verzahnung der Versorgungsbereiche (Prävention, Behandlung, Rehabilitation) zu erreichen.

Bundesregierung und Bundestag haben in dieser Legislaturperiode wichtige Weichenstellungen für die oben skizzierte nachhaltige Gesundheitspolitik vorgenommen: So wurden im Sozialgesetzbuch V die Prävention und die betriebliche Gesundheitsförderung wieder als solidarisch finanzierte Leistung der gesetzlichen Krankenversicherungen verankert. Besonders betont wird die „Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen“. Dieser Passus ermöglicht es, im Rahmen des Gesundheitssystems zielgruppenspezifische Vorsorgemaßnahmen für sozial benachteiligte Gruppen durchzuführen. Schließlich setzt der mit der Reform des sogenannten Risikostrukturausgleiches geschaffene Ausgleich

zwischen den Krankenkassen wirtschaftliche Anreize, die medizinische Versorgung chronisch Kranker zu optimieren.

Mit der Neuorientierung der Agrarpolitik und der Betonung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes werden die Voraussetzungen für qualitativ hochwertige Lebensmittel entscheidend verbessert. Mit dem Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit hat ein Prozess der Auseinandersetzung mit möglichen Risiken aus der Umwelt und ihren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit begonnen, bei dem sektorenübergreifend Probleme aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden.

Um die vorhandenen Mittel im Gesundheitsbereich effektiver und effizienter einsetzen zu können, wurde ein "Runder Tisch Gesundheit" eingerichtet. Das Bundesministerium für Gesundheit hat sich mit relevanten Akteuren des Gesundheitswesens (Gesetzliche Krankenkassen, Ärzte und andere Beschäftigte im Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Apotheker, Pharmaindustrie, Patientenvertreter) für diese Initiative das Arbeitsprogramm "Qualitätssicherung und Steuerung im Gesundheitswesen" gegeben. Wegen der großen Bedeutung des Themenbereichs wurde auch eine Arbeitsgruppe "Stärkung der Prävention" eingerichtet, die derzeit Konzepte hierzu erarbeitet.

Darüber hinaus ist es bei begrenzten Ressourcen sinnvoll, Prioritäten in Form von Gesundheitszielen zu setzen. Hierzu wird momentan ein Modellprojekt durchgeführt, an dem alle relevanten Akteure beteiligt sind. Es wurde bereits ein Leitfaden für die Auswahl und Entwicklung konkreter Gesundheitsziele erarbeitet. Bis Juli 2002 sollen fünf der ausgewählten Gesundheitsziele in Strategien und Maßnahmen konkretisiert werden.

## **5. Kriminalität bekämpfen – Sicherheit gewährleisten**

Ein Leben ohne Bedrohung von Gewalt ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Entfaltung der Persönlichkeit. Denn Freiheit kann sich nur entwickeln, wenn gleichzeitig die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Wer etwa auf den Theater- oder Kinobesuch verzichtet, weil er Angst hat, in der U-Bahn be-

lästigt oder auf dem nächtlichen Heimweg überfallen zu werden, ist in seiner Freiheit eingeschränkt. Ebenfalls stellt die Wohnung einen geschützten Lebensbereich dar, in den über den Schaden am Eigentum hinaus durch einen Wohnungseinbruch massiv eingegriffen wird. Die Sorge um die Sicherheit des eigenen Lebens und das der Familie kann die Lebensqualität erheblich beeinträchtigen. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und Extremismus gehört daher zu den Kernaufgaben des Staates.

Umgekehrt gilt aber auch: Für das wichtige Gut der öffentlichen Sicherheit darf nicht das Ziel einer offenen und freien Gesellschaft geopfert werden. Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit muss so gelöst werden, dass eine wirksame Bekämpfung von Kriminalität und Extremismus im Rahmen einer freiheitlichen Grundordnung erfolgt.

Die Kriminalstatistik für das Jahr 2000 und andere Statistiken machen deutlich, dass Deutschland weiterhin zu den sichersten Ländern der Welt gehört: Der seit 1995 zu beobachtende Trend des kontinuierlichen Rückgangs der Gesamtkriminalität hat sich im Jahr 2000 fortgesetzt. Das gilt auch gerade für Delikte, die das Sicherheitsgefühl der Bürger in besonderem Maße berühren. So ist etwa bei der Zahl der registrierten Wohnungseinbrüche ein weiterer Rückgang zu verzeichnen, ebenso beim Straßenraub. Auch Fahrzeugdiebstähle sind erneut beträchtlich zurückgegangen und auf den niedrigsten Stand seit 1993 gesunken. Auch die Quote der aufgeklärten Straftaten ist von 52,8 Prozent (1999) auf 53,2 Prozent gestiegen und hat damit den höchsten Stand seit 1966 erreicht.

Ungeachtet dieser Erfolge darf es bei der Abwehr von Gefahren und der Bekämpfung der Kriminalität keine Ruhepause geben. Dies erfordert vielfältige Strategien und Ansätze. Bürgernahe Polizeiarbeit vor Ort ist ebenso wichtig wie der gemeinsame Kampf gegen die grenzüberschreitende und internationale Kriminalität. Im Rahmen der internationalen Kooperation kommt vor allem einer effektiven Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden innerhalb der Europäischen Uni-



on entscheidende Bedeutung zu. Substanzielle Fortschritte auf diesem Gebiet bringen Europa den Bürgern näher.

Wie in anderen Politikbereichen gilt auch für die Innere Sicherheit, dass Vorsorge besser und letztlich auch billiger ist als die Reaktion auf eingetretene Schäden. Die Bundesregierung sieht daher in der vorbeugenden Bekämpfung der Kriminalität einen wesentlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Dabei müssen die vielfältigen Ursachen von Kriminalität, etwa soziale Ausgrenzung und mangelnde Betreuung von Kindern und Jugendlichen, berücksichtigt werden. Die Stärkung der Familien und ihrer Fähigkeit, Kindern und Jugendlichen Halt zu geben, bilden dafür das Fundament. Darüber hinaus sind insbesondere an sozialen Brennpunkten Ganztageschulen und bessere Angebote zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Maßnahme. Aber auch eine Jugendarbeit, die Jugendliche aktiviert, sinnvolle Möglichkeiten der Freizeitbeschäftigung bietet, spielt eine wichtige Rolle. Vor allem eine Bildung und Ausbildung von Jugendlichen, die ihnen berufliche Chancen eröffnet und ihnen hilft ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, ist eine wichtige Brücke.

Diese Beispiele zeigen: Die vorbeugende Bekämpfung der Kriminalität ist eine Aufgabe, die nicht allein vom Staat bewältigt werden kann. Vielmehr haben wir es mit einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu tun, an der alle gesellschaftlichen Gruppen mitwirken, jeder einzelne Verantwortung übernehmen und Zivilcourage zeigen muss. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die der Kriminalität den Nährboden entziehen und das Rechtsbewusstsein stärken.

Die Terroranschläge in den USA haben auch in Deutschland schlagartig klar gemacht, wie verwundbar moderne Industriegesellschaften sind. Die Angriffe richteten sich gegen demokratische, offene Gesellschaften. Das Ausmaß der Gewalt, die logistische Vernetzung der Täter und ihre langfristig angelegten, grenzüberschreitenden Strategien erfordern ein entschiedenes administratives, operatives und gesetzgeberisches Handeln auch im Bereich der Inneren Sicherheit. Mit dem

Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus hat die Bundesregierung zahlreiche Sicherheitsgesetze der neuen Bedrohungslage angepasst. Ziel der Regelungen ist es, bereits die Einreise terroristischer Straftäter nach Deutschland zu verhindern. Zugleich ermöglicht das Gesetz, dass bereits im Inland befindliche Extremisten besser erkannt und ihre Aktivitäten rascher unterbunden werden können.

Neben der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit erfordert Nachhaltige Entwicklung einen Rechtsstaat, der Freiheit sichert. Sicherheit im Innern und nach außen ist ein wichtiger Beitrag zu Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt.

### **III. Sozialer Zusammenhalt**

Gerade der schnelle wirtschaftliche Strukturwandel mit seinen Folgen für die Arbeitsplätze und die damit geforderte Anpassung an veränderte Lebensumstände bedeuten eine Bewährungsprobe für den Sozialstaat und den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gelebte Solidarität und sozialer Zusammenhalt sind elementare Voraussetzungen einer sozial gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft. Nur auf dieser Grundlage können wir die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und den Strukturwandel in der Wirtschaft und der Arbeitswelt aktiv gestalten. Armut und sozialer Ausgrenzung so weit wie möglich vorzubeugen, eine Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zu verhindern, alle Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen, diese Elemente kennzeichnen die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung.

Wir haben in Deutschland ein gut ausgebautes System des sozialen Schutzes. Die verschiedenen Sozialversicherungen sichern gegen die großen Lebensrisiken Alter, Krankheit, Invalidität, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit. Ergänzend dazu

schützt die Sozialhilfe diejenigen Menschen vor Armut oder besonderen Notlagen, die nicht versichert sind oder deren Versicherungsschutz nicht ausreichend ist. Um den wirtschaftlichen Strukturwandel und seine sozialen Folgen zu bewältigen, sind die Sozialversicherungen unverzichtbar. Da lebenslange Beschäftigungsverhältnisse nicht mehr die Regel sind, ist gerade der Wechsel von einem Beschäftigungsverhältnis zum anderen der kritische Punkt. Erst die Kombination aus sozialer Absicherung (Arbeitslosengeld) und Qualifizierung für neue oder veränderte Aufgaben machen einen möglichst schnellen Wechsel des Arbeitsplatzes möglich.

Wir können zu Recht auf die Errungenschaften unseres Sozialstaates stolz sein. In Zeiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs den sozialen Zusammenhalt zu sichern, kann jedoch nicht allein von den staatlichen Sicherungssystemen geleistet werden. Die intensive Diskussion der letzten Jahre über die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge und die Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen zeigen die finanziellen Grenzen des Sozialstaats. Es bedarf daher einer innovativen Neugestaltung unseres Sozialsystems, die gleichermaßen sozial gerecht und wirtschaftlich effizient ist. Das verlangt eine schwierige Gratwanderung: Einerseits sowohl den Bedürfnissen nach sozialem Schutz und sozialem Ausgleich gerecht zu werden, andererseits die im Erwerbsleben Stehenden nicht übermäßig mit Steuern und Abgaben zu belasten. Hierzu müssen wir den Übergang vom überwiegend passiv agierenden Sozialstaat zum aktivierenden Sozialstaat bewerkstelligen. Dass dies möglich ist, zeigt die von der Bundesregierung verabschiedete Rentenreform. Durch die Reform der Alterssicherung – eine der größten Sozialreformen der Nachkriegszeit – wird das bewährte Solidarsystem der gesetzlichen Rente auf eine neue, stabilere Basis gestellt. Gleichzeitig erhält es zwei neue Säulen zur Seite: Die staatlich geförderte private Altersvorsorge und den Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge.

Damit ist die notwendige Neugestaltung des Sozialstaates aber noch nicht abgeschlossen: Der Strukturwandel geht weiter. Die Aufgabe bleibt: Wir müssen unse-

ren Sozialstaat laufend überprüfen, modernisieren und den Erfordernissen anpassen.

Sozialer Zusammenhalt ist aber nicht nur eine Frage funktionierender sozialer Sicherungssysteme. Auch die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen kann den sozialen Zusammenhalt gefährden. Hier hat der Staat nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten. Inwieweit Obdachlose oder andere Randgruppen aus der Gesellschaft herausfallen oder die Integration von Ausländern gelingt, hängt ganz wesentlich vom Verhalten jedes Einzelnen ab, z.B. im Wohnquartier, in der Schule, am Arbeitsplatz und in öffentlichen Verkehrsmitteln. Unternehmen und Gewerkschaften, Kirchen und Sportverbände und insgesamt die Zivilgesellschaft sind gefordert, ihren Beitrag gegen soziale Ausgrenzung zu leisten. Das Programm „Soziale Stadt“ leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Wenn hier durch eigene Betroffenheit oder aktuelle Gefahrenlagen ein Nachdenken einsetzt und das Bewusstsein dafür wächst, wie sehr jeder von uns und unser Land insgesamt auf gelebte Solidarität angewiesen sind, dann kann auch wieder ein neues Bewusstsein sozialer Verantwortung wachsen. Ein bisher gegenläufiger Trend zeigt, dass dies nicht einfach wird. Bisher prägt eine zunehmende Individualisierung das Gesicht der modernen Gesellschaft. Sie stellt für den sozialen Zusammenhalt und damit die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung eine große Herausforderung dar.

Dieser Trend hat viele positive Seiten. Die tendenziell gestiegene wirtschaftliche Unabhängigkeit der Menschen, die Vielfalt der Lebensstile, die Möglichkeit, sich dem Anpassungsdruck enger sozialer Milieus zu entziehen, sind Ausdruck unseres freiheitlichen Lebensgefühls. Niemand zwingt die Menschen in ein Korsett gesellschaftlicher Bevormundung. Diese Errungenschaften einer freiheitlichen Gesellschaft sind heute Allgemeingut und stehen nicht zur Disposition.

Allerdings werden inzwischen auch die Kehrseiten der Individualisierung deutlicher sichtbar. Wer allein lebt, sich nicht mehr im Verein, sondern im Fitnessstudio

sportlich betätigt, bei entsprechendem Betreuungsbedarf nicht mehr auf Familienmitglieder oder die Nachbarschaft zurückgreift, sondern sich entsprechende Dienste gegen Entgelt besorgt, ist vordergründig nicht mehr auf ein tragendes soziales Milieu angewiesen, verliert aber möglicherweise an sozialer Kompetenz. In der Familie, im Verein, mit Nachbarn oder am Arbeitsplatz Konflikte auszutragen und sich anschließend zu verständigen, bedeutet auch eine Art soziales Training, auf das gerade die arbeitsteilige Industrie- und Wissensgesellschaft mit ihren vielen Akteuren angewiesen ist. Nicht umsonst stellen heute viele Unternehmen bei Bewerbungen die soziale Kompetenz, also die Fähigkeit zur Rücksichtnahme und Teamarbeit wie auch die Fähigkeit, in der Gruppe auf eine angemessene Art Konflikte zu lösen, in den Vordergrund.

Wir brauchen eine neue Balance zwischen der Freiheit zur individuellen Lebensgestaltung und der sozialen Verantwortung. In den Familien, in den Schulen, am Arbeitsplatz sollte bei Kindern und Jugendlichen die Entwicklung der sozialen Kompetenz, die Fähigkeit zum Miteinander stärker in den Vordergrund gestellt werden. Mindestens ebenso wichtig sind die Leitbilder, die durch die Medien, insbesondere die Werbung vermittelt werden und das gesellschaftliche Bewusstsein prägen. Die Menschen dafür zu begeistern, soziale Verantwortung wahrzunehmen und freiwilliges Engagement zu zeigen, darauf kommt es an. Das Potenzial hierfür ist durchaus groß.

Ein Drittel der Menschen ab 14 Jahren ist heute freiwillig in Verbänden, Initiativen oder Projekten aktiv. Das sind etwa 22 Millionen Menschen, die durch ihre Arbeit unsere Gesellschaft mittragen, sei es durch aktive Mitarbeit im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, bei der freiwilligen Feuerwehr, in Bürgerinitiativen und Naturschutzprojekten. Neben den bereits Engagierten wären weitere 20 Millionen Menschen in Deutschland zu freiwilligem Engagement bereit. Diese zu ermutigen, auch aktiv zu werden, war Ziel der Kampagne „Was ich kann, ist unbezahlbar“, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 gestartet hat. Die Aktion fand eine große Resonanz und trug wesentlich zur öffentlichen Aufmerksamkeit und stärkeren Aner-

kennung des freiwilligen Engagements bei. Die Vernetzung der unterschiedlichen Aktivitäten im Freiwilligenbereich und die Kooperation der vielfältigen Trägerorganisationen wurde verbessert, unter anderem durch die Einrichtung eines Nationalen Beirates. Schließlich hat die Bundesregierung die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement deutlich verbessert, indem sie die Übungsleiterpauschale um 50 Prozent angehoben und die steuerlichen Möglichkeiten für Stiftungen erweitert hat.

Gemeinsinn, Solidarität und Zivilcourage sind der Kitt unserer Gesellschaft, aus dem eine Kultur der wechselseitigen Anerkennung erwächst. Diese Werte sind unser soziales Kapital. Sie so zu fördern, dass die Zahl der ehrenamtlich Tätigen in den kommenden Jahren weiter wächst und der soziale Zusammenhalt gestärkt wird, gehört zu den Grundanliegen einer nachhaltigen Entwicklung.

## **1. Bruchlinien erkennen - Brücken schlagen**

Wollen wir den sozialen Zusammenhalt auch unter veränderten Bedingungen lebendig gestalten, gilt es, frühzeitig in der Gesellschaft mögliche Bruchlinien zu erkennen und Brücken zu schlagen, wenn sich Gräben auftun.

Mehr als zehn Jahre nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist das Zusammenwachsen von Ost und West nach wie vor ein zentrales Anliegen für den inneren Zusammenhalt unseres Landes. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet sind auf diesem Weg enorme Erfolge erzielt worden. In den wenigen Jahren seit der Einheit sind mehr als eine halbe Million neue, meist kleine und mittelständische Unternehmen entstanden, in denen mehr als drei Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen wurden. In Industrie und produktionsnahen Dienstleistungen wächst die ostdeutsche Wirtschaft stärker als die westdeutsche. Die dennoch hohe Arbeitslosigkeit hat viel mit den Überkapazitäten der Bauwirtschaft zu tun. Wenn die Erfolge in den auf überregionalen Wettbewerb ausgerichteten

Branchen nicht mehr von der Sonderentwicklung der Bauwirtschaft kompensiert werden, wird sich dies auch positiv auf die Zahl der Arbeitsplätze auswirken.

Die bisherigen Erfolge, die in den Städten und Gemeinden Ostdeutschlands mit Händen zu greifen sind, beruhen auf der Aufbauleistung der Ostdeutschen und der solidarischen Unterstützung des gesamten Landes. Es ist also ein Erfolg gemeinsamer Anstrengungen der Menschen in Ost und West. Würde diese Tatsache stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangen, wäre für den inneren Zusammenhalt Deutschlands viel gewonnen.

Die immer noch viel zu hohe Arbeitslosigkeit insbesondere in den neuen Ländern bleibt die große Herausforderung. Die Bundesregierung hat in den letzten drei Jahren die Voraussetzungen für eine Trendwende geschaffen. So hat sie die Wirtschaftsförderung auf die Industrie und produktionsnahe Dienstleistungen konzentriert, zudem durch Strukturreformen die Wachstumschancen verbessert. Darüber hinaus wurden im Bundeshaushalt 2001 rund 22 Milliarden Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt. Davon flossen allein 10 Milliarden Euro in die neuen Länder.

Mit dem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit eröffnet die Bundesregierung jungen Menschen zusätzliche Chancen für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung. Das Programm ist 1999 erfolgreich angelaufen und wird bis zum Jahre 2003 fortgeführt. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt des Programms in den neuen Ländern. 50 Prozent der Mittel fließen seit 2001 dorthin. Dahinter steht die Erkenntnis, dass es vernünftiger ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Insbesondere ist es wichtig, Chancen für Jugendliche und Langzeitarbeitslose zu schaffen und möglichst viele Arbeitslose für die neuen Anforderungen am Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Mit dem „Ausbildungsprogramm Ost 2002“ werden in diesem Jahr 14.000 zusätzliche Lehrstellen in den neuen Ländern und Berlin geschaffen.

In manchen Regionen Ost- aber auch Westdeutschlands führt die Kombination aus hoher Arbeitslosigkeit, kombiniert mit dem Wegzug qualifizierter Arbeitnehmer sowie örtlichen sozialen und städtebaulichen Brennpunkten, zu Problemen. Diese Probleme hängen eng mit dem strukturellen Wandel seit 1990 zusammen. Die meisten Menschen mussten sich beruflich neu orientieren, Jugendliche und Eltern sich auf geänderte Anforderungen und Abläufe in den Schulen einstellen, auch bei der Betreuung der Kinder und der medizinischen Versorgung gab es grundlegende Änderungen. Insgesamt hat die umfassende persönliche und gesellschaftliche Neuorientierung dazu beigetragen, dass nicht wenige Jugendliche in dieser Umbruchsituation die Orientierung verloren und bei gewaltbereiten Gruppen und Rechtsextremisten Halt suchten.

Um dieser Situation wirksam zu begegnen, müssen wir den Jugendlichen eine persönliche und berufliche Perspektive geben. Auch deshalb kommt dem Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit so große Bedeutung zu. Darüber hinaus sind das Gesprächsangebot an alle, die gesprächsbereit sind, verdoppelte Anstrengungen der Jugendarbeit und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität an den sozialen Brennpunkten wichtige Bestandteile des Pakets.

Für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft wie auch für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen zu einem ernst zu nehmende Problem geworden. Mit dem beschleunigten wirtschaftlichen Strukturwandel ist ein Wechsel des Arbeitsplatzes und eine damit verbundene vorübergehende Arbeitslosigkeit häufiger geworden. Diese Fälle kurzfristiger Arbeitslosigkeit sind in ihren sozialen Auswirkungen nicht so gravierend. Dagegen führt die Langzeitarbeitslosigkeit zu einer Entwertung von Kompetenzen und kann den wirtschaftlichen und sozialen Abstieg bedeuten. Neben den geringer qualifizierten sind vor allem ältere Arbeitnehmer davon betroffen. In Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs werden sie als erste entlassen und finden dann nur noch schwer eine neue Beschäftigung.



Die persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit sind so schwerwiegend, dass ihre Bekämpfung ein vorrangiges Ziel einer nachhaltigen Entwicklung darstellt. Bereits 1999 haben Bundesregierung und Gesetzgeber mit der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes hier einen Schwerpunkt gesetzt. Mit dem Job-AQTIV-Gesetz, das am 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist, wird dieser Weg konsequent fortgesetzt.

Im Vordergrund der Maßnahmen steht die vorbeugende Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Der Arbeitnehmer muss nicht erst längere Zeit arbeitslos sein, bis er wirksame Maßnahmen in Anspruch nehmen kann. Beim ersten Kontakt jedes Arbeitssuchenden mit dem Arbeitsamt werden die beruflichen Stärken und Verwendungsmöglichkeiten festgestellt. Vorrangiges Ziel ist die schnelle Eingliederung in eine reguläre Beschäftigung.

Entsprechend der Grundsätze der Nachhaltigkeit wird aber gleichzeitig auch die Eigenverantwortung der Arbeitslosen gefordert. In einer Art Zielvereinbarung werden zwischen dem Arbeitsamt und dem Langzeitarbeitslosen konkret die notwendigen Schritte vereinbart. Diese Kombination aus maßgeschneiderter staatlicher Hilfe und eigenverantwortlichen Schritten nimmt den Betroffenen in seiner Lebenssituation ernst und zeigt ihm Wege auf, die er aber selber gehen muss.

Aber auch die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sind stärker auf eine nachhaltige Politik hin zu orientieren. Dies ist ein wichtiges Ziel der kürzlich eingeleiteten Reform der Bundesanstalt für Arbeit, welche die Leitungsebene mit Strukturen ausstattet, die sich bei privatwirtschaftlichen Unternehmen bewährt haben. Kernelement einer nachhaltigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine effektive Vermittlung in Arbeit. Zukünftig werden in verstärktem Maße auch private Arbeitsvermittler bei der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt mitwirken. Auf diesem Wege sollen auch die Initiative und Kreativität der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeitsvermittler unterstützt werden. Durch die Integration wettbewerblicher Elemente in die bisher hauptsächlich staatliche Arbeitsvermittlung sollen zugunsten der Arbeitslosen und der Gesellschaft insgesamt die

Anstrengungen verstärkt werden, die über eine Million offenen Stellen möglichst schnell zu besetzen.

Der nationale Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung konzentriert sich bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die am stärksten gefährdeten Personengruppen, also insbesondere Sozialhilfeempfänger, niedrig Qualifizierte oder Schwerbehinderte.

Über sieben Millionen Ausländer leben in Deutschland. Inwieweit sie in Nachbarschaft, Arbeitswelt, Schulen und Sport integriert werden, wird langfristig maßgeblich über den Zusammenhalt und das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft entscheiden. Dies setzt vor allem voraus, dass wir die damit verbundene kulturelle Vielfalt unseres Landes als Reichtum begreifen, der sich nicht nur in der Vielfalt exotischer Restaurants zeigt. Dazu gehört beispielsweise auch, den Islam als eine große Weltreligion zu verstehen, dessen Gläubige nicht mit seinen fundamentalistischen Anhängern gleichgesetzt werden dürfen. Auf der anderen Seite verlangt ein solches Verständnis von den Ausländern die Bereitschaft zur Integration und insbesondere den Willen, die deutsche Sprache zu erlernen.

Das vielleicht größte Hindernis für die Integration bestand in Deutschland bis vor kurzem darin, dass unser Recht auch diejenigen als Ausländer bezeichnete, die hier geboren sind und vielleicht schon in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und arbeiten. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in dieser Legislaturperiode wurde das Abstammungsprinzip aufgegeben und entsprechend der Rechtstradition in den meisten europäischen Ländern festgelegt, dass unter bestimmten Voraussetzungen derjenige deutscher Staatsbürger ist, der hier geboren ist.

Aber immer noch liegt ein weiter Weg vor uns. So liegt beispielsweise die Arbeitslosenquote von Ausländern in Deutschland im Durchschnitt fast doppelt so hoch wie bei den Inländern. Mangelnde Sprachkenntnisse und Defizite bei der beruflichen Qualifizierung sind hierfür die wichtigsten Gründe. Wenn Familien bereits

in der dritten Generation in Deutschland leben, wenig Deutsch sprechen und sich ganz überwiegend im sozialen Umfeld von Menschen ihres Herkunftslandes bewegen, kann kaum gegenseitiges Kennenlernen stattfinden und Verständnis wachsen. Aber in dieser Situationsbeschreibung liegt vor allem eine kritische Anfrage an die Inländer. Warum ziehen sich viele Ausländer auf die eigene Familie und das vertraute Umfeld zurück? Integration kann nur gelingen, wenn die Ausländer, erst recht diejenigen, die schon lange in unserem Land leben, das Gefühl haben, dass sie hier willkommen sind. Werden sie wegen ihrer Andersartigkeit schief angesehen, gar von Rechtsextremisten verfolgt oder als Sicherheitsrisiko betrachtet, ist der Rückzug in die Sicherheit der eigenen Familie und Sprache zwangsläufig.

Vielleicht nirgends so wie hier wird deutlich, dass weniger der Staat, sondern wir alle die entscheidenden Akteure einer nachhaltigen Entwicklung sind. Ob ausländische Kinder in der Schule oder auf dem Sportplatz willkommen sind und welche Erfahrungen ausländische Arbeitnehmer im Umgang mit ihren deutschen Kollegen am Arbeitsplatz machen, dürfte für die Aufnahme der Ausländer in unserer Gesellschaft wichtiger sein als noch so gut gemeinte staatliche Programme. Dennoch hat der Staat insbesondere beim Angebot von Sprachkursen, bei der schulischen Integration und der an die Situation der Ausländer angepasste berufliche Qualifizierung eine wichtige Funktion. Die hier getätigten Investitionen, beispielsweise die Sprachkurse auch für sogenannte Altfälle, tragen für den Zusammenhalt unseres Landes reiche Früchte.

## 2. Zwei Geschwindigkeiten: Alle mitnehmen

Über die oben genannten Schwerpunkte wird in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Ein anderes Thema, das im öffentlichen Bewusstsein noch ein Schattendasein führt, stellt zunehmend den sozialen Zusammenhalt auf eine harte Probe: Nicht wenige Menschen haben das Gefühl, dass sie beim hohen Tempo der Modernisierung nicht mithalten können.

Beispielsweise fühlen sie sich wegen fehlender Kenntnisse und Fertigkeiten beim Umgang mit moderner Kommunikationstechnik von den neueren Entwicklungen unserer Gesellschaft ausgeschlossen. Im täglichen Leben, im Fernsehen und am Arbeitsplatz ist ständig von E-mail, SMS, Windows und dem Internet die Rede. Bis zum heutigen Tag haben viele Menschen zu diesen Begriffen und der dazu gehörenden Welt keinen Zugang. Soll ein Arbeitsplatz mit moderner Informationstechnik ausgerüstet werden, kann dies insbesondere bei älteren Arbeitnehmern Versagensängste auslösen.

Ganz ähnlich führt auch der zunehmende Gebrauch der englischen Sprache häufig dazu, dass Menschen sich ausgegrenzt fühlen. Selbst am Bahnhof hat der meeting-point den Treffpunkt abgelöst. Wer in den Abendnachrichten den Bericht über die Entwicklung der Aktienmärkte verfolgen will, braucht einen umfangreichen englischen Wortschatz und einige Kenntnisse über das Funktionieren der Finanzmärkte. Tatsächlich verfügt aber ein großer Teil der Bevölkerung über keine oder nur geringfügige Kenntnisse der englischen Sprache.

Die rasante technologische Entwicklung, der internationale Wettbewerb und der damit verbundene wirtschaftliche und soziale Strukturwandel stellen hohe Anforderungen an die Flexibilität, die Fähigkeit und Bereitschaft zum lebenslangen Lernen und die ständige Anpassung an sich ändernde Umstände. Die Geschwindigkeit der Veränderungen macht viele Menschen atemlos, sie haben das Gefühl, dass der sich beschleunigende Zug der Zeit an ihnen vorbeifährt und sie zurücklässt. Der flexible und ständig wissbegierige Mensch, wie er in Leitartikeln und

Hochglanzbroschüren als Leitbild propagiert wird, ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Wie sehr derartige Erfahrungen Menschen ausgrenzen können, ist vielen nicht bewusst. Bleibt es dabei, spalten sie eine Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Die damit verbundenen Versagenserlebnisse können zum Rückzug in die private Nische, aber auch zu Aggression und Gewaltbereitschaft führen.

Wie kann die Antwort auf diese Herausforderung aussehen? Sicher kann unsere Gesellschaft nicht die Menschen vor den Zumutungen einer sich verändernden Welt schützen. Die exportorientierten deutschen Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb und können dort nur mit innovativen Produkten und Dienstleistungen konkurrieren, die an das Wissen und die Fähigkeiten ihrer Arbeitnehmer hohe Ansprüche stellen. Dies verlangt eine gute Ausbildung, lebenslanges Lernen und solide Sprachkenntnisse. Die Fähigkeit, sich auf ändernde Umstände einzustellen und damit konstruktiv umzugehen, bildet eine Kernkompetenz, ohne die eine moderne Volkswirtschaft und Gesellschaft nicht funktionieren kann.

Dennoch: In einer Gesellschaft wird es immer unterschiedliche Geschwindigkeiten der beruflichen und sozialen Entwicklung geben. So lange die Menschen vom Geleitzug nicht abgehängt werden, ist dagegen grundsätzlich nichts einzuwenden. Die entscheidende Frage lautet aber, ob unsere Schulen und Betriebe sowie das soziale Umfeld derart beschaffen sind, dass die vorhandenen Potenziale zum Lernen und zur Entwicklung der Persönlichkeit auch genutzt werden können. Stellen sie sich auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Jugendlichen und Erwachsenen ein? Wichtig ist, dass die Ermutigung und nicht das Versagen zur prägenden Erfahrung wird.

Wir brauchen eine Bildungsoffensive, die angepasst an die Bedürfnisse und Möglichkeiten dieser Menschen Konzepte erarbeitet und umsetzt. Dies setzt insbesondere ein angemessenes Zahlenverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden voraus. Wir brauchen darüber hinaus ein gesellschaftliches Engagement, um im

Betrieb und Büro genauso wie im Verein auch diejenigen mitzunehmen, die für die Anpassung an neue Umstände ihre Zeit brauchen. Eine Kultur des Miteinander ist gefragt.

Aber auch sonst können viele Rahmenbedingungen so verändert werden, dass alle ihre Chance haben. Wenn wir uns in der Politik, den Medien, der Werbung, aber auch in unserer Alltagssprache allgemein verständlich ausdrücken und auf ein ausgrenzendes Fachchinesisch verzichten, dient dies der Verständigung. Auch in der Nutzung der Informationstechnik gibt es heute viele Möglichkeiten, Schwellenängste zu überwinden. So bietet beispielsweise das Internet für ältere Menschen gute Möglichkeiten, sich zu informieren und an der gesellschaftlichen Diskussion teilzunehmen. Mit ihrem Zehn-Schritte-Programm „Internet für alle“ hat die Bundesregierung wichtige Voraussetzungen geschaffen, um allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum Internet zu ermöglichen und Sorgen und Ängste vor den technischen Innovationen abzubauen.

## **IV. Internationale Verantwortung**

### **1. National handeln in Verantwortung für die Eine Welt**

Umwelt und Entwicklung. Das war die Botschaft der Konferenz von Rio 1992. Die Verknüpfung der beiden Ziele ist heute international anerkannt als Grundlage für eine weltweite Strategie für nachhaltige Entwicklung. Das macht Sinn, da beispielsweise die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser und fruchtbaren Böden für viele Entwicklungsländer des Südens Grundlage ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ist, andererseits gerade in diesen Ländern Armut und mangelnde wirtschaftliche Alternativen zur Übernutzung von Böden führen.

Trotz beachtlicher Erfolge seit 1992 sind die Trends, die Auslöser der Rio-Konferenz waren, nach wie vor besorgniserregend:

- Die Armut in den Entwicklungsländern ist immer noch weit verbreitet. Die Schere zwischen armen Entwicklungsländern und reichen Industrieländern hat sich in den vergangenen Jahren noch weiter geöffnet. Bei einer großen Zahl von Entwicklungsländern kommt die Einbindung in den Welthandel bisher über bescheidene Ansätze nicht hinaus.
- Die globalen Umwelttrends, etwa die Emission der Treibhausgase (Klimawandel) oder die Erosion der Böden gefährden langfristig die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Schon heute können in vielen Ländern die Menschen nicht mehr ausreichend mit sauberem Trinkwasser versorgt werden.
- Trotz rückläufiger Geburtenraten wächst die Weltbevölkerung weiter, was in der Konsequenz die genannten Entwicklungen verschärft.

Die Folgen dieser globalen Trends betreffen uns alle: Dazu gehören Stürme und Überflutungen, Dürre und Wüstenbildung infolge des globalen Klimawandels,

Waldsterben und Abholzung von Wäldern, Verschmutzung und Überfischung der Meere, Verlust von Pflanzen- und Tierarten, von Acker- und Weideland. Diese Entwicklungen gefährden die Lebensgrundlagen der Menschen vor allem im Süden. Sie führen ebenso wie die Armut vielfach zu Flucht und Auswanderung und sind Ursache von Konflikten und Gewalt.

Die Beispiele machen deutlich: Unsere zukünftige Entwicklung ist untrennbar mit dem Rest der Welt verbunden. Das gilt nicht nur für den globalen Umweltschutz. Die deutsche Volkswirtschaft ist heute in einem so hohen Maße in die Weltwirtschaft eingebunden und vom Export abhängig, dass der Verlauf der Weltkonjunktur und ein funktionierender Welthandel wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung in unserem Land maßgeblich prägen. Außerdem setzt sich die Erkenntnis durch, dass sich menschenunwürdige oder krass ungleiche Lebensverhältnisse und Lebenschancen in den Entwicklungsländern auch negativ auf uns auswirken.

Keine Nation der Welt kann diese Probleme im Alleingang lösen. Stärker als jemals in der Geschichte unseres Landes sind wir darauf angewiesen, in Europa und weltweit im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft angemessene Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu finden.

## **2. Chancen und Risiken der Globalisierung**

Einige der genannten Trends sind eng mit der Globalisierung der Weltwirtschaft verbunden. Im Rahmen des internationalen Wettbewerbs entscheidet sich, an welchem Standort sich welche Investitionen lohnen. Neben der Qualifikation der Beschäftigten und der Infrastruktur, dem verfügbaren Kapital, der vorhandenen Technologie und anderen Rahmenbedingungen, spielen ein unterschiedliches Lohnniveau sowie unterschiedliche Umwelt- und Sozialstandards für diese Entscheidungen eine wichtige Rolle. Das Unbehagen gegenüber der Globalisierung wächst ganz besonders bei den Menschen, die vom wirtschaftlichen Strukturwan-



del und einem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes betroffen sind. Viele junge Menschen kritisieren, international arbeitende Unternehmen könnten mit ihren Kapitalbewegungen und Investitionen massiven Einfluss auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes nehmen. Widerstände gibt es auch gegen die kulturelle Dimension der Globalisierung: Eine einseitige Angleichung von Lebensstilen an die vorherrschend „westlich“ geprägten Konsummuster ist oft mit der Marginalisierung einheimischer Kulturen, Sprachen und Gebräuche, aber auch mit Konsequenzen für die einheimische Wirtschaft und großen Umweltproblemen verbunden.

Tatsächlich hat international betrachtet die politische nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten. Während internationale Strukturen und Entscheidungen auch die Verhältnisse bei uns maßgeblich beeinflussen, bestimmt nach wie vor der Nationalstaat die Grenzen für die demokratische Legitimation einer Regierung und die Wirksamkeit von Gesetzen. Die institutionellen Strukturen für internationales Handeln („global governance“) sind noch nicht weit genug entwickelt, um zu global bedeutsamen Fragen verbindliche Entscheidungen treffen und deren Durchsetzung sicherstellen zu können. Es gilt daher, das gemeinsame Handeln auf überstaatlicher Ebene, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, anderer internationaler Institutionen und regionaler Organisationen weiter zu entwickeln und dabei die Entwicklungsländer gleichberechtigt einzubeziehen.

Da es sich hierbei um einen mühsamen, nur langfristig erfolgversprechenden Prozess handelt, bleibt zunächst nur der Weg, durch internationale Vereinbarungen zwischen Staaten Regeln aufzustellen, mit denen weltweit Schritt für Schritt eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden kann. Das gilt für die stärkere Einbindung der Entwicklungsländer in den Welthandel ebenso wie für den globalen Umweltschutz und die internationalen Finanzmärkte. Dabei sind durchaus Erfolge zu verzeichnen. Die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll sind trotz aller Kompromisse eine ermutigende Grundlage für den weltweiten Klimaschutz, die allerdings weiter entwickelt werden muss. Bei der Bekämpfung des Terrorismus,

der Geldwäsche und des Drogenhandels gibt es heute anerkannte Standards für die Feststellung verdächtiger Finanztransaktionen.

Schwieriger wird es sein, in der Welthandelsorganisation und in anderen Institutionen Umwelt- und Sozialstandards als Mindeststandards weltweit durchzusetzen. Da die Einhaltung dieser Standards für die Entwicklungsländer mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein kann, bedeuten diese aus ihrer Sicht neue Handelshemmnisse, welche die Industrieländer zu ihren Lasten errichten. Dagegen kann z.B. ein erfolgreicher Weg darin bestehen, internationale Vereinbarungen zum Umweltschutz oder zur Einführung solcher Standards mit finanzieller und technischer Unterstützung oder sonstigen Anreizen für die Entwicklungsländer zu verbinden. In diesem Sinne wurden beispielsweise auf der Bonner Klimakonferenz Hilfen beschlossen, damit die Entwicklungsländer ihre Energieträger effizienter nutzen und erneuerbare Energieträger für ihre Bedürfnisse angepasst einsetzen können.

Die existierenden internationalen Vereinbarungen und Institutionen werden von vielen Entwicklungsländern als unfair angesehen. Die Auffassung, dass die internationale Ordnung die Industrieländer bevorzugt, ist weit verbreitet. Dies muss im konstruktiven Dialog und durch Verhandlungen beispielsweise über einen besseren Marktzugang und über eine wirksamere Teilhabe von Entwicklungsländern an den Entscheidungsprozessen aufgegriffen werden.

Die Globalisierung bietet aber auch große Chancen. Globalisierung ist weit mehr als wirtschaftliche Verflechtung, sie verspricht mehr Wohlstand und Stabilität für alle. Sie eröffnet neue Kommunikationswege und ermöglicht damit mehr Begegnungen von Menschen, mehr Austausch zwischen Kulturen und Völkerverständigung. Globalisierung setzt Zeichen für die Universalität der Menschenrechte. Sie eröffnet auch der Zivilgesellschaft neue Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten und fördert ein globales Verantwortungsgefühl.

Wie insbesondere Beispiele in Südostasien zeigen, bietet ein funktionierender Welthandel auch Entwicklungsländern große Chancen für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Erst recht beruht der Wohlstand unseres Landes als Exportnation ganz wesentlich auf einem liberalisierten Welthandel. Vielfach können von der Arbeitsteilung in internationalen Unternehmen Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen Nutzen ziehen. Nicht zu unterschätzen: Je stärker und besser Staaten in eine globalisierte Wirtschaft eingebunden sind, desto geringer dürfte auch das Risiko sein, dass sie einseitige politische oder militärische Aktionen ergreifen.

Allerdings sind die Vorteile der Globalisierung heute sehr ungleich verteilt. Die zentrale Herausforderung besteht deshalb darin, Globalisierung zu einer für alle Menschen positiven Entwicklung zu machen. Die Bundesregierung setzt sich u.a. im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) dafür ein, dass die Entwicklungsländer gleichberechtigt die Rahmenbedingungen der Globalisierung mitgestalten können. In der Entwicklungszusammenarbeit verfolgt sie das Ziel, die Fähigkeit von Entwicklungsländern zur Integration in die Weltwirtschaft erfolgreich zu stärken.

Die WTO-Ministerkonferenz in Doha im November 2001 hat das Startsignal für eine Welthandelsrunde gegeben, bei der die Interessen der Entwicklungsländer besonderes Gewicht haben werden. Gleichzeitig ist es gelungen, die WTO für neue Themen zu öffnen. Insbesondere auf deutsches und europäisches Drängen wird die WTO künftig auch über Fragen des Umweltschutzes verhandeln und sich mit grundlegenden Arbeitnehmerrechten befassen, wie dies schon seit längerem gefordert wird. Die Vereinbarungen von Doha sind ein wichtiger Beitrag zu einer aktiven Gestaltung der Globalisierung durch die Politik.

Insgesamt sollten wir die Globalisierung trotz negativer Begleiterscheinungen als positive Herausforderung begreifen. Deutschland verfügt über hervorragende Potenziale, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Deutschland ist darüber hinaus als wichtiger Kooperationspartner für Entwicklungs- und Transformationsländer und als Mitglied multilateraler Organisationen gut positioniert. Vor diesem

Hintergrund neue Strategien zu entwickeln, vorhandene Spielräume zu nutzen und mit Selbstvertrauen die Dinge anzugehen, könnte diese Potenziale mobilisieren. Offensiv einen Strukturwandel so zu gestalten, dass wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung, wirksamer Schutz der Umwelt und Stärkung des sozialen Zusammenhalts Hand in Hand gehen, darin liegt die kreative Aufgabe. Es geht also um die Verankerung eines globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Ordnungsrahmens, damit die Globalisierung nachhaltige Entwicklung fördert. Wie die Initiative der Bundesregierung auf dem G 7 – Gipfel im Juni 1999 in Köln zur Entschuldung der ärmsten Länder oder das Armutsbekämpfungsprogramm der Bundesregierung zeigen, profitieren auch die Entwicklungsländer davon, wenn die Probleme offensiv angegangen werden.

### **3. Europa stärken**

Europäische und nationale Politik wirken immer enger zusammen. Eine erfolgreiche nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist deshalb auf eine am Leitbild nachhaltiger Entwicklung ausgerichtete europäische Politik angewiesen. So lässt sich beispielsweise die Neuorientierung der Agrarpolitik nur realisieren, wenn auch in Brüssel die Signale neu gesetzt werden. Gerade in Zeiten wachsender internationaler Verantwortung ist die Führungsrolle der Europäischen Union gefragt. Dies trifft für Maßnahmen der Handelspolitik, der Umweltpolitik oder der Entwicklungspolitik genau so zu wie für die gemeinsame Friedens- und Stabilitätspolitik.

Die EU braucht deshalb eine anspruchsvolle und konkrete Nachhaltigkeitsstrategie. Vor diesem Hintergrund hat der Europäische Rat in Göteborg im Juni 2001 eine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung beschlossen, deren Richtung und Schwerpunkte der hier vorgelegten Strategie ähnlich sind. Dieses neue Konzept für die Politikgestaltung beruht auf dem Grundsatz, dass die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen aller Politikentscheidungen geprüft und bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden. Künftig sollen also alle Politiken danach beurteilt werden, ob sie zur nachhaltigen Entwicklung innerhalb und außer-

halb der Union beitragen. Der Europäische Rat hat zudem beschlossen, Prioritäten in den Feldern Klimaschutz und Energie, nachhaltiger Verkehr, öffentliche Gesundheit (einschließlich Lebensmittelsicherheit) und verantwortungsvolles Ressourcenmanagement (einschließlich Agrarreform) zu setzen.

Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung spielt in der Europäischen Union das in Artikel 6 des EG-Vertrages verankerte Prinzip der Integration der Umweltbelange in andere Politikbereiche eine besondere Rolle. Dies erfordert eine konsequente Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung auch bei der Erweiterung der Europäischen Union.

Die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung kann eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie allerdings nicht ersetzen. Noch immer liegen für eine nachhaltige Entwicklung zentrale Kernkompetenzen, etwa in den Bereichen Steuern, Sozialversicherung oder Bildung, bei den Mitgliedsstaaten. Sie tragen außerdem in allen Bereichen die Verantwortung für die Umsetzung der Politik in konkrete Maßnahmen. Nationale und europäische Nachhaltigkeitsstrategien ergänzen und verstärken sich gegenseitig.

#### **4. International handeln**

Gerade die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA haben uns drastisch vor Augen geführt, mit welchen neuen Bedrohungen wir heute konfrontiert werden. Sicherheit und Frieden können nicht nur in den Grenzen des Nationalstaats oder beschränkt auf einzelne Konflikte oder Regionen erreicht werden.

Frieden ist ohne Gerechtigkeit, Stabilität und Reduzierung der globalen Armut auf Dauer nicht möglich. Armut, Hunger und Verteilungskonflikte, Umweltzerstörung, Missachtung von Menschenrechten, Staatsversagen und Staatszerfall sind häufig strukturelle Ursachen kriegerischer Konflikte. Umgekehrt braucht nachhaltige Entwicklung Frieden. Gewaltsame Konflikte gefährden Entwicklungserfolge und schaf-

fen neue Armut. Nachhaltige Entwicklung zielt daher auch auf längerfristiges Vorbeugen der gewaltsamen Austragung von Konflikten, indem sie dazu beiträgt, strukturelle Krisenursachen zu entschärfen und Mechanismen gewaltfreier Konfliktlösung zu stärken. In besonderen Fällen kann es unvermeidlich werden, den Teufelskreis von Elend und Gewalt durch international abgestimmte Aktionen zu durchbrechen, um die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung überhaupt erst zu schaffen. Auf der Basis völkerrechtlich wirksamer Beschlüsse der Vereinten Nationen beteiligt Deutschland sich daher auch mit Bundeswehreinheiten an Friedensmissionen.

Die Achtung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien sowie verantwortungsvolle Regierungsführung sind sowohl Ziel als auch Grundvoraussetzung nachhaltiger Entwicklung. Sie sind grundlegende Bedingung für Stabilität und Frieden. Menschliche Entwicklung ist ohne die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte auf Freiheit, Selbstbestimmung, demokratische Beteiligung, Nahrung, Unterkunft, Bildung und Gesundheit nicht möglich.

Nachhaltigkeitsziele müssen international umgesetzt und abgesichert werden. Sie sind nicht allein durch nationale Anstrengungen zu erreichen – weltweite Zusammenarbeit ist unerlässlich. Auch wenn die Vereinten Nationen für diese Aufgaben noch unzureichend ausgestattet sind, gibt es doch keine Alternative zu diesem universellen Forum der Völker. Deutschland ist bereit, in diesem Rahmen weitere Verantwortung zu übernehmen und sich weiter konsequent für eine Stärkung multilateraler Strukturen einzusetzen.

## **V. Managementregeln der Nachhaltigkeit**

### ***Grundregel***

Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Sie muss zugleich Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen treffen. Das gilt für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die wirtschaftliche Entwicklung sowie den sozialen Zusammenhalt und den demographischen Wandel.

### ***Akteure***

1. Bürgerinnen und Bürger, Produzenten und Verbraucher, Wirtschaft und Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirchen und Verbände sind mit dem Staat wichtige Akteure der nachhaltigen Entwicklung. Sie sollen sich am öffentlichen Dialog über das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung beteiligen und sich eigenverantwortlich in ihren Entscheidungen und Maßnahmen an diesen Zielen orientieren.
2. Die Unternehmen tragen für ihre Produktion und ihre Produkte die Verantwortung. Dazu gehört die Information der Verbraucher über gesundheits- und umweltrelevante Eigenschaften der Produkte sowie über nachhaltige Produktionsweisen. Der Verbraucher trägt die Verantwortung für die Auswahl des Produkts und dessen sozial und ökologisch verträgliche Nutzung.

### ***Handlungsbereiche***

3. Erneuerbare Naturgüter (wie z. B. Holz oder Fischbestände) dürfen auf Dauer nur im Rahmen ihrer Fähigkeit zur Regeneration genutzt werden.

Nicht erneuerbare Naturgüter (wie z. B. Mineralien oder fossile Energieträger) dürfen auf Dauer nur in dem Umfang genutzt werden, wie ihre Funktionen durch andere Materialien oder durch andere Energieträger ersetzt werden können. Die Freisetzung von Stoffen oder Energie darf auf Dauer nicht größer sein als die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme – z. B. des Klimas, der Wälder und der Ozeane.

4. Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit sind zu vermeiden.
5. Der durch technische Entwicklungen und den internationalen Wettbewerb ausgelöste Strukturwandel soll wirtschaftlich erfolgreich sowie ökologisch und sozial verträglich gestaltet werden. Zu diesem Zweck sind die Politikfelder so zu integrieren, dass wirtschaftliches Wachstum, hohe Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Umweltschutz Hand in Hand gehen.
6. Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Verkehrsleistung müssen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Zugleich ist anzustreben, dass der wachstumsbedingte Anstieg der Nachfrage nach Energie, Ressourcen und Verkehrsleistungen durch Effizienzgewinne mehr als kompensiert wird.
7. Auch die öffentlichen Haushalte sind der Generationengerechtigkeit verpflichtet. Bund, Länder und Kommunen sollen möglichst bald ausgeglichene Haushalte aufstellen und in einem weiteren Schritt kontinuierlich den Schuldenstand abbauen.
8. Eine nachhaltige Landwirtschaft muss natur- und umweltverträglich sein und die Anforderungen an eine tiergerechte Tierhaltung und den vorsorgenden, insbesondere gesundheitlichen Verbraucherschutz beachten.



9. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, sollen

- Armut und sozialer Ausgrenzung soweit wie möglich vorgebeugt,
- allen Bevölkerungsschichten Chancen eröffnet werden, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen
- alle am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben.

10. Die internationalen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass die Menschen in allen Ländern ein menschenwürdiges Leben nach ihren eigenen Vorstellungen führen und an den wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben können. Umwelt und Entwicklung bilden eine Einheit. In einem integrierten Ansatz soll die Bekämpfung der Armut

- mit der Achtung der Menschenrechte,
- mit wirtschaftlicher Entwicklung, Schutz der Umwelt sowie
- verantwortungsvollem Regierungshandeln

verknüpft werden.

### ***Managementkonzept der Nachhaltigkeit***

Das Managementkonzept für eine nachhaltige Entwicklung umfasst folgende drei Elemente:

- Managementregeln
- Indikatoren und Ziele:  
Die Indikatoren zeigen an, wo wir auf dem Weg für eine nachhaltige Entwicklung stehen. Ziele machen den Handlungsbedarf deutlich und sind für eine Erfolgskontrolle wichtig.
- Monitoring:  
Regelmäßig soll über die erreichten Fortschritte berichtet sowie Indikatoren und Ziele an sich ändernde Prioritäten angepasst werden.

## **C. Strategie als gesellschaftlicher Prozess**

### **I. Nachhaltigkeit gemeinsam gestalten**

Allen ist bewusst: Nachhaltige Entwicklung kann nicht einfach vom Staat verordnet werden. Nur wenn alle Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft, wenn Bürgerinnen und Bürger das Thema zu ihrer eigenen Sache machen, werden wir Erfolg haben. Denn über Nachhaltigkeit entscheidet, wer investiert, produziert und konsumiert.

Wenn in dieser Strategie so wichtige gesellschaftliche Fragen wie Lebensqualität heutiger und zukünftiger Generationen angesprochen werden, ist klar, dass der Staat diese Zukunftsfragen nur im Dialog mit den Bürgern, den Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft angehen kann. Die Entwicklung von Visionen und konkreten Zielvorstellungen bedarf der breiten gesellschaftlichen Verständigung und eines eigenverantwortlichen Handelns jedes Einzelnen.

Deshalb ist die öffentliche Diskussion, die Zusammenarbeit mit und zwischen den gesellschaftlichen Akteuren ein wesentliches Element der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Dies entspricht auch der Forderung der in Rio verabschiedeten Agenda 21, die die Staaten auffordert, ihre Strategien für nachhaltige Entwicklung mit möglichst breiter Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen zu entwickeln.

Dabei können wir auf bereits erbrachte Leistungen in der Gesellschaft aufbauen. Die Länder und Kommunen, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Umwelt- und Entwicklungsverbände, Landwirtschafts- und Verbraucherverbände, die Wissenschaft, die Kirchen, die einzelnen Bürger und Bürgerinnen haben in der Vergangenheit bereits bewiesen, wie sie in ihrem Verantwortungsbereich durch konkrete Maßnahmen zu mehr Umweltschutz, Lebensqualität, wirtschaftlichem Wachstum

und sozialer Gerechtigkeit beitragen können. Die nachfolgend genannten Beispiele sollen Ermutigung und Ansporn zu ähnlichen Initiativen sein. Sie helfen mit, das Leitbild mit Leben zu erfüllen.

## **1. Die Bundesregierung**

In dem nationalen Nachhaltigkeitsprozess will die Bundesregierung Impulsgeber sein.

### **a) Wie hat die Bundesregierung den Prozess organisiert?**

Innerhalb der Bundesregierung wurde die nationale Nachhaltigkeitsstrategie durch den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung unter Vorsitz des Staatsministers im Bundeskanzleramt Hans Martin Bury erarbeitet. In ihm sind die Staatssekretäre der Ressorts Auswärtiges Amt, Finanzen, Wirtschaft, Verbraucherschutz und Landwirtschaft, Arbeit, Inneres, Verkehr, Umwelt, Bildung/Forschung, Gesundheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Familie, Senioren, Frauen und Jugend vertreten. Er hat die ressortübergreifende Steuerung innerhalb der Bundesregierung übernommen und erstattet dem Bundeskabinett regelmäßig Bericht.

Der Staatssekretärsausschuss wurde bei dieser Arbeit unterstützt durch den von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzten Rat für Nachhaltige Entwicklung. Er leistet mit innovativen Vorschlägen konkrete Beiträge zur Nationalen Strategie für Nachhaltige Entwicklung, berät die Bundesregierung im Prozess der Nachhaltigkeit und bildet ein Forum des Dialogs für die vielfältigen Aktivitäten und Ideen in der Gesellschaft. Seine Mitglieder kommen aus den Bereichen Umweltschutz, Wirtschaft, Verkehr, Gewerkschaften, Länder/Kommunen, Verbraucherschutz/Ernährung/Landwirtschaft, Kirchen, Internationales/Entwicklung und Wissenschaft. Er spiegelt somit eine breite Vielfalt gesellschaftlicher Akteure und ist damit in der Lage, sowohl die Anforderungen aus der Gesellschaft an das politi-

sche Handeln für eine nachhaltige Entwicklung zu formulieren als auch die entwickelten Ziele und Maßnahmen in die Gesellschaft und die Verantwortungsbereiche jedes Einzelnen hineinzutragen. Der Rat leistet einen wesentlichen Beitrag zur Teilhabe gesellschaftlicher Gruppen an den Entscheidungsprozessen und stellt eine neue Form des Dialogs zwischen Bundesregierung und Gesellschaft dar.

Für die Bundesregierung endet der Nachhaltigkeitsprozess nicht mit der Vorlage dieser Strategie. Die Bundesregierung setzt auf die aktive Mitwirkung aller Akteure in Politik und Gesellschaft und jedes einzelnen bei der Umsetzung und der Weiterentwicklung der Strategie. Sie wird deshalb den Prozess weiterführen (vgl. Kapitel G).

#### **b) Wie hat die Bundesregierung den Dialog gestaltet?**

Die Erarbeitung der Strategie ging einher mit einem breit angelegten Dialog, in dem Bürger und Bürgerinnen sowie die gesellschaftlichen Gruppen ihre Vorschläge und Anregungen einbringen konnten. Zwei Dialogphasen gingen der Fertigstellung der Strategie im April 2002 voraus.

Die erste Dialogphase fand noch vor Veröffentlichung des Strategieentwurfes der Bundesregierung im Oktober und November 2001 statt. Bereits in dieser frühen Phase der Strategieerarbeitung hatten die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, schriftlich oder über das Internet (Forum „Dialog Nachhaltigkeit“) ihre Ideen und Vorschläge für die Nachhaltigkeitsstrategie einzubringen. Nachdem im Dezember 2001 der erste Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie veröffentlicht worden war, wurde im Februar 2002 die zweite Dialogphase durchgeführt, in der die Bürgerinnen und Bürger wiederum schriftlich und per Internet zu dem Strategieentwurf Stellung nehmen konnten.

In beiden Dialogphasen bestand zudem die Möglichkeit, in direktem Chat-Kontakt mit dem Vorsitzenden des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwick-

lung, Staatsminister Bury, dem Vorsitzenden des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Dr. Volker Hauff, sowie Staatssekretären verschiedener Bundesministerien Aspekte der Nachhaltigkeit zu erörtern.

Ergänzt wurde der Dialog in beiden Phasen durch direkte Konsultationsrunden mit Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungsverbänden, Landwirtschafts- und Verbraucherverbänden sowie Wissenschaft und Kirchen. Von vielen Verbänden und Organisationen wurden zusätzlich zu den Gesprächen umfangreiche schriftliche Stellungnahmen eingereicht, die ausgewertet und bei der Überarbeitung der Strategie berücksichtigt wurden.

Schließlich fand eine ganze Reihe wichtiger Aspekte durch den kontinuierlichen Gedankenaustausch mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung Eingang in die überarbeitete Fassung der Nachhaltigkeitsstrategie.

### **c) Wesentliche Ergebnisse des öffentlichen Dialogs und der Konsultationen**

Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie der gesellschaftlichen Gruppen in die Erarbeitung der Strategie wurde von allen Teilnehmern des Konsultations- und Dialogprozesses begrüßt. Kritisiert wurden teilweise die knappen Zeiträume, die für den Dialog zur Verfügung standen.

Konsens bestand darüber, dass das Thema „nachhaltige Entwicklung“ in der Öffentlichkeit eine größere Rolle spielen muss und der Prozess mit der Veröffentlichung der Strategie nicht beendet sein darf. „Entscheidend ist die Umsetzung der Strategie“, so eine häufige Aussage aus dem Dialog. Die Strategie dürfe keine „Symbolpolitik“ sein, sondern ein glaubwürdiges Handlungskonzept, das mit konkreten, quantifizierten und realistischen Zielen umgesetzt wird. Die Bundesregierung teilt diese Auffassung und hat Indikatoren und Ziele in die Strategie aufgenommen (vgl. insbesondere Kapitel D sowie Kapitel E).

Klar zum Ausdruck kam im Dialog, dass der Erfolg der Nachhaltigkeitsstrategie davon abhängt, in welchem Umfang es gelingt, alle Akteure und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger für die Anliegen der Strategie zu begeistern. Nur wenn jeder nachhaltig handele, könne nationale und internationale Nachhaltigkeit Wirklichkeit werden. „Für mich heißt Nachhaltigkeit auch, ganz konkrete Verantwortung zu übernehmen“ – so brachte es ein Teilnehmer des Online-Forums auf den Punkt.

Die Bandbreite der angesprochenen Themen war enorm: Allein im Online-Forum waren es in der ersten Dialogphase 78 Themenkomplexe. „Man merkt ja schon an diesem Forum: Im Prinzip gehört jedes Thema aus unserem (Arbeits- und Sozial-) Leben zum Nachhaltigkeitskomplex – da ist es um so wichtiger, Grenzen zu setzen bzw. sich auf Kernthemen zu konzentrieren,“ so ein Kommentar im Online-Forum, durch den sich die Bundesregierung in ihrem Vorgehen bei der Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bestätigt sieht.

Die vom Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung dem Leitbild der Strategie zugrunde gelegten Koordinaten Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung wurden kontrovers diskutiert. Einige Stellungnahmen hätten die etablierte Einteilung in die ökologische, ökonomische und soziale Dimension bevorzugt. Andere lehnten diese „drei Säulen“ dagegen ab, weil dies einer integrierten Sichtweise entgegen stehe und nur dazu führe, dass bekannte Positionen unverändert nebeneinander stehen blieben. Insgesamt überwog die Unterstützung für die von der Bundesregierung gewählten Koordinaten deutlich.

Interessante Anregungen zur Ergänzung des Leitbildes kamen sowohl vom Rat für nachhaltige Entwicklung, in den Konsultationen mit den gesellschaftlichen Gruppen als auch im Internet. Aufgegriffen wurde beispielsweise der Vorschlag, die kulturelle und die ethische Dimension der Nachhaltigkeit zu thematisieren. Beide Aspekte sind im Kapitel B bei der Definition des Leitbildes aufgenommen worden. Auch die häufig eingeforderte Auseinandersetzung mit der Gerechtigkeit zwischen den heute lebenden Generationen, d.h. die weltweite Verteilung des Wohlstandes, wurde in der überarbeiteten Fassung der Strategie deutlich stärker berücksichtigt.

Die Forderung, Zielkonflikte nicht auszublenden, sondern deutlich zu machen, schlägt sich ebenfalls in der überarbeiteten Fassung der Strategie nieder (vgl. insbesondere Kapitel D sowie Kapitel E).

Weiterhin werden in der Strategie insbesondere folgende Vorschläge aufgegriffen:

- Einbeziehung der Verbraucher und der Wirtschaft als wichtige Akteure in der Strategieumsetzung,
- Notwendigkeit der Änderung von Verhaltens- und Konsummustern,
- Entwicklung eines nachhaltigen Warenkorbs,
- Bedeutung von Ressourcenschutz und Rückführung des Flächenverbrauchs,
- stärkere Einbeziehung der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung,
- zukunftsfähige, generationenübergreifende Gestaltung der Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme,
- Betonung der interdisziplinären Bildung für eine nachhaltige Entwicklung,
- Bedeutung der Kinder und Jugend im Nachhaltigkeitsprozess,
- die Notwendigkeit einer geeigneten Nachhaltigkeitsinformationskampagne, um die „Lust auf nachhaltige Lebensstile“ und damit die Akzeptanz und das Engagement für nachhaltiges Handeln zu erhöhen,
- Kohärenz der Außen- und Entwicklungspolitik mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung,
- Verknüpfung des nationalen Engagements mit europäischem und internationalem Vorgehen sowie fairem Welthandel, um auch Verantwortung für die Eine Welt zu übernehmen,
- Folgen der Globalisierung.

Sehr intensiv wurden die Schlüsselindikatoren diskutiert, wobei vom Rat für Nachhaltige Entwicklung, von Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen sowie in den Internet-Dialogen mit der Öffentlichkeit eine Vielzahl von Indikatoren vorgeschlagen wurden. Einige Beispiele:

- Indikatoren mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen, damit frühzeitig erkennbar wird, ob der richtige Weg eingeschlagen wurde,



- Indikatoren für die internationale Verantwortung,
- Indikatoren für eine kinder- und familienfreundlichere Gesellschaft,
- Indikator für die Einkommens- und Vermögensverteilung,
- Arbeitslosenquote als Indikator für die Beschäftigung,
- Indikator „Gewaltdelikte“ für die Kriminalität,
- Indikator für den Bereich Abfall und die Kreislaufwirtschaft,
- Indikator für Wasser und Wald als erneuerbare Ressource,
- Indikator für die nachhaltige ökonomische Entwicklung,
- Indikatoren zum demokratischen und ehrenamtlichen Engagement.

Die Bundesregierung ist trotz der vielen Vorschläge – in Übereinstimmung mit dem Rat für nachhaltige Entwicklung - dabei geblieben, die Zahl der Schlüsselindikatoren klar zu begrenzen. „Man kann immer darüber streiten, ob nicht der eine oder andere dazu gehört. Aber am Ende ist man bei 80 bis 100 Indikatoren und kein Mensch blickt mehr durch“, so ein Kommentar im Online-Forum, der die Vorgehensweise der Bundesregierung stützt.

Einzelne Indikatoren des Strategieentwurfs wurden kritisch hinterfragt. So wurden z.B. eine Erweiterung des Artenschutzindikators sowie ein zusätzlicher Indikator für die Landwirtschaft, der auch die konventionelle Landwirtschaft abdeckt, angemahnt. Die Bundesregierung hat diese Vorschläge aufgegriffen. Andere Kritikpunkte konnten dagegen nicht oder nur teilweise berücksichtigt werden. Beispielsweise wurde das Bruttoinlandsprodukt teilweise als Indikator für eine nachhaltige Entwicklung abgelehnt. Im Klimaschutz wurden quantifizierte Ziele für 2020 und 2050 gefordert. Ebenso wurde eine Zeitangabe für die Realisierung des 0,7 %-Ziels bei der Entwicklungshilfe angemahnt. Letztgenannte Forderung wurde mit einem Zwischenziel für 2006 aufgegriffen (vgl. hierzu Kapitel F).

Kritik gab es auch an der Auswahl der Indikatoren insgesamt. Die ausgewählten Indikatoren erweckten den Eindruck, dass eine Effizienzrevolution die Probleme löse: „Bedarf es nicht neben intensiver Überzeugungsarbeit stärker belastender Eingriffe in die Konsum-, Produktions- und Handlungsfreiheit?“, so fasste ein Online-Teilnehmer diese Diskussion zusammen. Insgesamt gab es jedoch eine breite Unterstützung für den effizienzorientierten Ansatz der Nachhaltigkeitsstrategie,

wobei in einigen Stellungnahmen ambitioniertere Effizienzsteigerungen gefordert wurden (Orientierung an der „Faktor 4“- oder „Faktor 10“ Vision).

Auch bei den Schwerpunkten einer nachhaltigen Entwicklung konnten gemeinsame Standpunkte von Teilnehmern der Konsultationen und des öffentlichen Internet-Dialogs festgestellt werden. Die ausgewählten Prioritäten zukunftsfähige Energiepolitik, nachhaltige Mobilitätsgestaltung und gesunde Ernährung fanden in den Konsultationen und Dialogen breite Unterstützung. Dazu gab es eine Reihe von Anregungen. Beim Schwerpunkt „Energie“ sei die Nutzerorientierung stärker zu berücksichtigen (konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung). Zum „Schwerpunkt Mobilität“ wurde die Ausschöpfung weiterer Möglichkeiten, wie neuer Transportsysteme sowie die Förderung des Fahrradverkehrs, gefordert. Zum Schwerpunkt „Ernährung“ sei der Zusammenhang zwischen Gesundheit und gesunder Ernährung ebenso wie die Rolle der Agrarverwaltung im Prozess des Erzeuger- und Verbraucher-Dialogs stärker zu thematisieren. Weitere wichtige Themen seien mehr Dezentralität und Regionalität, mehr Tiergerechtigkeit, mehr Umweltverträglichkeit und die Bedeutung der „konventionellen sowie bäuerlichen Landwirtschaft“. Kritisiert wurde, dass die Forstwirtschaft im ersten Entwurf der Strategie nicht ausreichend berücksichtigt worden sei.

Einige Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen sowie Internet-Dialogteilnehmer hielten drei prioritäre Aktionsfelder für unzureichend, wobei die Themen für weitere Prioritäten variierten. Genannt wurden z.B. der zukunftsfähige Umbau der sozialen Sicherungssysteme, die Gründe und Konsequenzen der sinkenden Geburtenrate, eine notwendige qualifizierte Bildungspolitik sowie die Wahrnehmung einer globalen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung.

### **Konsultation der gesellschaftlichen Gruppen: Einige Schwerpunkte**

Die konsultierten **Wissenschaftler** warnten davor, die Zielkonflikte, die sich bei der Formulierung und Umsetzung einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie ergeben, ungenügend offen zu legen. Gegen eine allzu einfache Harmonisierung der drei Dimensionen (ökologisch, ökonomisch, sozial) der Nachhaltigkeit müsse den Naturschranken als Grenzen jeder wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung besondere Beachtung geschenkt werden. Transparenz verbessere zudem die Möglichkeit der Partizipation und unterstütze dadurch demokratische Entscheidungsfindung. Wissenschaft und Forschung liefere dafür das notwendige Orientierungswissen. Jenseits alter Gegensätze von Grundlagen- und angewandter Forschung organisiere sich die Wissenschaft bereits weltweit in Richtung auf eine lösungsorientierte „science for sustainability“. Dafür bedürfe es des Ausbaus der öffentlichen Unterstützung entsprechender Forschungsoffensiven. Dies bringe auch die notwendige Effizienzrevolution durch die Entwicklung innovativer Technologien voran. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie sollte auf weitere Handlungsfelder wie Stadt und Bauen der Zukunft, Vermeidung von Naturverbrauch, Entwicklung von Human- und Wissenskapital, zukunftsfähige Arbeitswelt, biologische Vielfalt sowie Umgang mit Risiken ausgeweitet werden.

Die **Kirchen** wiesen darauf hin, dass ethische Fragen und Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität bei der Umsetzung von nachhaltigem Handeln eine entscheidende Rolle spielen. Ebenso wie die Wissenschaftler forderten sie, dass in der Strategie auf Zielkonflikte und Probleme eingegangen werden sollte. Vor allem die Bedeutung der Familie für das Aufwachsen von Kindern und die Weitergabe von Werten solle thematisiert werden. Gemeinsam mit den **Entwicklungshilfeorganisationen** plädieren die Kirchen dafür, die internationalen Auswirkungen auch der rein nationalen Handlungsfelder stets mitzubehandeln. Menschenrechte und Aspekte der Sicherheit seien ebenfalls in der Strategie zu verankern. Kirchen, Entwicklungshilfeorganisationen und Umweltverbände forderten, die Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit und die Armutsbekämpfung nicht aus den Augen zu verlieren. Hierzu gehöre es auch, für das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Ent-

wicklungszusammenarbeit auszugeben, ein Umsetzungskonzept in die Strategie aufzunehmen.

Die **Umwelt- und Naturschutzverbände** brachten neben ihrer insgesamt positiven Gesamteinschätzung zum Nachhaltigkeitsprozess der Bundesregierung auch zum Ausdruck, dass sie klare Aussagen zu langfristigen Klimaschutzzielen, zur Fortführung der Ökosteuer oder zum Abbau der Kohlesubventionen fordern. Im Ergebnis einer verbandsübergreifenden Initiative haben DNR, NABU und BUND ihre zentralen Vorschläge für ökologische Ziele und Maßnahmen in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Strategieentwurf der Bundesregierung formuliert. Sie mahnten darin das Fehlen strategischer Ansätze für eine weit in die Zukunft reichende Trendumkehrpolitik für eine nachhaltige Entwicklung an, verwiesen auf die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und ihre „Leitplankenfunktion“ für alles wirtschaftliche und soziale Handeln und forderten die Fortführung des Nachhaltigkeitsprozesses über den „Johannesburg-Gipfel“ hinaus.

Die Vertreter der **Wirtschaft** betonten die Wettbewerbsfähigkeit sowie das international abgestimmte Denken und Handeln. Weiterhin stellten sie die Bedeutung der Effizienzsteigerung heraus. Es sei ein Prozesscharakter wünschenswert, der einen Wettbewerb nach den besten Lösungen initiiert. Aufgenommen werden sollten auch die Themen „Wasserqualität“ und Trinkwasser. Die **Gewerkschaftsvertreter** traten dafür ein, der sozialen Gerechtigkeit besonderes Augenmerk zu widmen. Hierbei seien die Veränderungen in der Arbeitswelt und Fragen der Mitbestimmung zentrale Aspekte. Vor dem Hintergrund von rund einer Million offener Stellen bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit wurde darüber hinaus die Notwendigkeit einer Verstärkung von Bildung und Ausbildung betont. Wichtig seien im Übrigen konkrete Zielvorgaben und sichtbare „Leitprojekte“ zur Verdeutlichung der Ziele, damit die Menschen sich unter Nachhaltigkeit etwas vorstellen könnten.

Aus Sicht der **Verbraucherschützer** ist eine aktivierende Verbraucherpolitik wesentlich für den Erfolg der Strategie. Hierzu gehöre z.B. die ehrliche Kennzeichnung von Lebensmitteln. Darüber hinaus sei es erforderlich, einer toleranten, offenen Gesellschaft besonderes Augenmerk zu widmen. Dem Verbraucher komme dabei eine aktive Rolle bei der Verbesserung des Verbraucherschutzes zu. Der

Hinweis auf Programme wie „die soziale Stadt“ und „Aufbau Ost“ dürfe nicht fehlen. Nach Auffassung der **Landwirtschaftsverbände** müssen die Gentechnik, die Bedeutung der Biomasse in der Energiedebatte, die Zukunft einer qualitätsorientierten konventionellen Landwirtschaft sowie die Kreislaufwirtschaft berücksichtigt werden. Der Flächenverbrauch sei möglichst auf Null zu reduzieren. Deutlich hervorgehoben wurde auch der Stellenwert der Forstwirtschaft für den Klimaschutz und bei der Produktion und Nutzung nachwachsender Rohstoffe.

Den **Kommunen** ging es u.a. um eine breitere Darstellung der Lokalen Agenda 21. Als zusätzliche Handlungsfelder wurden Flächenverbrauch, Bauen und nachhaltige Stadtentwicklung genannt. Ebenso seien die sozialen Themen besonders wichtig, wie die Armut von Kindern und Familien sowie die Integration von Arbeitslosen, Ausländern und Randgruppen. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei eine nachhaltige Finanzwirtschaft.

### **Schwerpunkte des Dialogs im Internet**

Die Teilnehmer des Online-Forums thematisierten vielfach konkrete Maßnahmen für eine nachhaltige Verkehrs- und Energiepolitik. Ausdrücklich begrüßt wurde die Einführung der Ökosteuer. Darüber hinaus betonten die Internet-Akteure die Bedeutung von erneuerbaren Energien sowie von Maßnahmen zur Energieeinsparung durch private Haushalte. Auch die von der Bundesregierung in die Wege geleitete Neuorientierung der Agrarpolitik war vielen ein wichtiges Anliegen. Die von der Bundesregierung begonnene Rückführung der Staatsschulden wurde als konkreter Beitrag zur Nachhaltigkeit anerkannt. Generationenübergreifende Gerechtigkeit müsse Richtschnur der Steuer- und Abgabenpolitik sein. Teilweise wurden auch konkrete praktische Projekte angeregt. Ein interessanter Ansatz war z.B. die Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen (Schüler als „Kontrollleure“ einer glaubwürdigen Nachhaltigkeit in Unternehmen).

Hinsichtlich des sozialen Zusammenhalts beschäftigten sich die meisten Online-Beiträge damit, was getan werden kann, um die Gesellschaft nicht in Gewinner und Verlierer zu spalten. Entscheidend sei die Unterstützung des Gemeinschafts-sinns von Beginn des Lernprozesses eines Menschen an, also im Kindergarten und in der Schule. Forderungen nach mehr Kindertagesplätzen sowie Ganztags-schulen und eine Reduzierung der Kosten für die Kinderbetreuung wurden in die-sem Zusammenhang erhoben. Ähnlich wie die Kommunen sprachen die Bürge-rinnen und Bürger auch Themen wie die bessere Integration der Ausländer, die Ausgrenzung von Personengruppen sowie die Arbeitslosigkeit an. Schließlich wurde der Sicherheitsaspekt und die Bedeutung der Menschenrechte nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA betont.

Interessant war die These, dass es für das Zeitalter der Globalisierung noch kein positiv anzustrebendes Ideal gebe. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung hat nach Auffassung von Teilnehmern des Dialogs durchaus das Potenzial dazu, wenn es richtig vermittelt werde. Dabei werde entscheidend sein, nachhaltige

Entwicklung nicht mit Verzicht gleichzusetzen: „Wäre es da nicht denkbar, auf nationaler Ebene eine öffentliche Arbeit und Diskussion voranzutreiben, die nachhaltige Entwicklung nicht nur als Muss, sondern vielmehr als Wunsch und Gewinn thematisiert. Nachhaltige Entwicklung bedeutet nicht unbedingt Verzicht auf Lebensqualität sondern ihre Verbesserung hier und heute“, so ein Bürger im Online-Forum.

Der Rahmen wäre gesprengt worden, hätte man alle Anregungen aus den Konsultationen mit den gesellschaftlichen Gruppen, dem online-Forum, den Chats und weiteren schriftlichen Stellungnahmen aufgegriffen, zumal auch einige Vorschläge sich widersprachen. Der Vergleich des ersten Entwurfs mit der überarbeiteten Fassung der Nachhaltigkeitsstrategie zeigt aber, dass viele Anregungen in der Überarbeitung der Strategie berücksichtigt wurden.

**d) Veranstaltungen des Rates für nachhaltige Entwicklung, der Bundesressorts und anderer gesellschaftlicher Gruppen zur Nachhaltigkeitsstrategie (Auswahl):**

- Auftaktveranstaltung des Rates für nachhaltige Entwicklung „Nachhaltige Entwicklung: Vom Schlagwort zur politischen Strategie“ am 28. September 2001,
- Dialogforum „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, Johannesburg 2002 des Bundesumweltministeriums und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Kooperation mit dem Forum für Umwelt und Entwicklung am 13./14. November 2001 und Fortsetzung der Konsultationen mit den gesellschaftlichen Gruppen, u.a. am 25. Februar 2002,
- Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung und der Friedrich Ebert Stiftung „Nachhaltigkeit als Modernisierungsstrategie“ am 12. Dezember 2001

- Veranstaltung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN unter Beteiligung des Forums nachhaltige Entwicklung der deutschen Wirtschaft *econsense* am 28. Januar 2002,
- Forum „Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit“ des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 12. Februar 2002,
- Workshop des Bundesumweltministeriums in Kooperation mit den Umweltverbänden BUND, DNR und NABU zu den ökologischen Wegmarken der Nachhaltigkeitsstrategie am 7./8. März 2002 in Berlin,
- Veranstaltung des Rates für nachhaltige Entwicklung „10 Jahre nach Rio – 100 Tage vor Johannesburg“ am 13. Mai 2002,
- Veranstaltungen des Forums nachhaltige Entwicklung der deutschen Wirtschaft *econsense*, wie z.B. mit Weltbank, BMZ und BDI „Sustainability- Forum“ am 22./23. Mai 2002 in Berlin, eine Tagung mit den am Global Compact des VN-Generalsekretärs beteiligten deutschen Unternehmen im April 2002 sowie ein Kongress zu „Lösungsansätzen für eine nachhaltige Entwicklung in Unternehmen“ in Zusammenarbeit mit *Entreprise pour l' Environnement* am 4./5. Juli 2002 in Paris.

**e) Welche Rolle spielt der Rat für nachhaltige Entwicklung?**

Der Rat hat die Bundesregierung in diesem Prozess aktiv unterstützt:

Am 28. September 2001 lud das Gremium in Berlin zu seiner ersten öffentlichen Veranstaltung. Unter dem Titel „Nachhaltige Entwicklung: vom Schlagwort zur Strategie“ begann der Rat den öffentlichen Meinungsaustausch über die nachhaltige Entwicklung. Der Vorsitzende betonte vor über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Dialogbereitschaft des Rates.

Mitte November 2001 legte der Rat ein Dialogpapier zu Zielen und Schwerpunkten für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland vor. Der Rat eröffnete mit diesem Dialogpapier eine gesellschaftliche Diskussion über eine Reihe ambitionierter Ziele



und Positionen zu den drei Handlungsfeldern Energie, Mobilität und Landwirtschaft. Unter den energiepolitischen Zielen schloss er sich den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ an, die eine Reduktion der CO<sub>2</sub> Emissionen um 40 % bis 2020 gegenüber 1990 gefordert hatten. Des Weiteren schlägt der Rat eine neue Effizienzoffensive vor, die zu 3 % Effizienzgewinn pro Jahr führt, er fordert das Auslaufen der Kohle-Subventionierung bis 2010 und die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 50 % bis 2050 gegenüber 2000.

Im Verkehrsbereich sieht der Rat mit Konzepten zum CO<sub>2</sub> Zertifikathandel neue Chancen für eine umweltverträgliche Mobilitätsentwicklung. Die nachhaltige Siedlungsentwicklung wird als weiterer Handlungsschwerpunkt angesehen – hier unterstützt der Rat das Ziel der Bundesregierung zur Reduktion der täglichen Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr auf 30 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2020 und schlägt darüber hinaus eine Reduktion auf Null bis 2050 vor. Besonderes Gewicht misst der Rat dem Zusammenhang von Globalisierung und nachhaltiger Entwicklung bei und empfiehlt die Einrichtung einer Weltkommission Nachhaltigkeit und Globalisierung durch die Vereinten Nationen. Zur Unterstützung der gesellschaftlichen Diskussion über Ziele einer nachhaltigen Entwicklung hat der Rat ein Dialogforum im Internet eingerichtet, in dem von Ende November 2001 bis Ende Januar 2002 über die vorgeschlagenen Ziele debattiert wurde.

Neben diesen Beiträgen für eine langfristig orientierte Strategie hat der Rat im November 2001 Vorschläge für weitere Pilotprojekte im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Die Bundesregierung und der Rat für Nachhaltige Entwicklung koordinieren ihre Arbeiten durch gemeinsame Sitzungen des Staatssekretärsausschusses mit dem Rat. Die Bundesregierung hat die konzeptionellen Beiträge sowie Projektvorschläge des Rates in der Nachhaltigkeitsstrategie aufgegriffen.

Um den Stellenwert der Jugendlichen als Akteure für eine nachhaltige Entwicklung herauszuheben, hat der Rat ein Projekt „Jugendliche schreiben das Buch der Nachhaltigkeit“ gestartet. Erste Ergebnisse werden auf der Veranstaltung des Rates am 13. Mai 2002 vorgestellt.

Um die gemeinsamen Aktivitäten des Bundes und des Rates unter einem Dach der Nachhaltigkeitsstrategie zu verbinden, nutzen der Rat und Bundesregierung gemeinsam ein Logo. Damit wurden alle Initiativen zur Strategie und zu den praktischen Pilotprojekten öffentlichkeitswirksam miteinander verbunden und eine gemeinsame Identität in Sachen Nachhaltigkeit geschaffen. Bei der Gestaltung des weiteren Prozesses und der Weiterentwicklung der Strategie wird der Rat für nachhaltige Entwicklung auch in Zukunft eine maßgebende Rolle spielen.

**f) Welche Rolle hat der Deutsche Bundestag?**

Der Nachhaltigkeitsprozess wurde und wird vom Deutschen Bundestag aktiv mitgestaltet. Dies erfolgt durch einen regelmäßigen Austausch zwischen Parlament, Regierung und Rat. Die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Bundestages hat in ihrem Abschlussbericht „Konzept Nachhaltigkeit – vom Leitbild zur Umsetzung“ (1998) entscheidende Impulse zur Konkretisierung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung gegeben und u.a. die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsrates und einer ressortübergreifenden Koordinierung gefordert. In dieser Legislaturperiode hat sich der Deutsche Bundestag mehrfach mit dem Vorhaben der Nachhaltigkeitsstrategie auseinandergesetzt, beide Regierungsfractionen haben eigenständige Arbeitsgruppen eingerichtet.

- Die Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit der SPD-Fraktion hat mit den Konferenzen zur Nachhaltigkeit am 20. Februar 2001, 11. Juni 2001 und am 1. Februar 2002 Zukunftsfragen Deutschlands auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung im breiten Kreis diskutiert.

- Die Arbeitsgruppe der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ hat mit Veranstaltungen, u.a. am 4. Dezember 2000 und am 28. Januar 2002 die parlamentarische Diskussion zur Zukunftsstrategie Deutschlands gefördert.
- Gemeinsam haben beide Fraktionen ihre Positionen in einem Entschließungsantrag zur Nachhaltigkeitsstrategie formuliert. Der Deutsche Bundestag hat nach umfassenden Debatten in den Ausschüssen am 18. Oktober 2001 diesen Entschließungsantrag 14/4606 angenommen und die Bundesregierung u.a. aufgefordert, regelmäßig alle zwei Jahre dem Parlament einen schriftlichen Bericht zur Entwicklung und Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zuzuleiten.
- Der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages hat am 10. Oktober 2001 und am 20. Februar 2002 mit Staatsminister Bury als Vorsitzendem des Staatssekretärsausschusses den Stand der Arbeiten der Bundesregierung an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erörtert.

## 2. Länder

Die Länder haben in vielen Bereichen die Zuständigkeit für Politikgestaltung und ihre Umsetzung. Sie können deshalb aktiv in Bereichen wie der Bildungspolitik, im Umweltschutz, in der regionalen Wirtschaftsförderung, der Raumordnung und Landesplanung u.a.m. in Richtung nachhaltige Entwicklung umsteuern. Darüber hinaus haben inzwischen nahezu alle Länder strategische Planungen für eine nachhaltige Entwicklung in Angriff genommen, wobei der Schwerpunkt vielfach noch auf dem Umweltbereich liegt.

Bundesland	Strategien für eine nachhaltige Entwicklung
Baden-Württemberg	Der Umweltplan Baden-Württemberg wurde vom Kabinett am 12.12. 2000 beschlossen.
Freistaat Bayern	Die Bayern Agenda 21 wurde als Landesagenda am 16.12.1997 im Kabinett beschlossen (Druckfassung 1998); Der Umweltpakt Bayern – Nachhaltiges Wirtschaften im 21. Jahrhundert“ wurde am 23.10.2000

	zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft unterzeichnet.
Berlin	Der Berliner Senat hat im Oktober 2000 die Aufstellung einer Landes-Agenda beschlossen (Fertigstellung in 2003); Die im Februar 1998 eingesetzte Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ hat im Juni 1999 einen Abschlussbericht vorgelegt, der am 23. 09. 1999 zum Beschluss des Abgeordnetenhauses über die Erstellung einer „Lokalen Agenda Berlin 21“ führte. Die im Juli 2000 wieder eingerichtete Kommission setzte die Arbeiten fort und legte im Sommer 2001 einen Zwischenbericht hierzu vor.
Brandenburg	Umweltpartnerschaft des Landes Brandenburg mit Wirtschaftsverbänden beschlossen
Hansestadt Bremen	Entscheidung über die Erarbeitung einer Landes-Agenda in Vorbereitung
Freie und Hansestadt Hamburg	Die Umweltbehörde Hamburg hat 2001 das „Kursbuch Umwelt – Ziele für ein zukunftsfähiges Hamburg „ als Ressortprogramm vorgelegt. Im Zukunftsrat Hamburg haben sich ca. 90 Hamburger Initiativen, Vereine und Verbände zur Förderung der Lokalen Agenda 21 zusammen geschlossen.
Hessen	Das Umweltressort beabsichtigt, bis Ende 2002 einen ersten Umweltplan für das Land vorzulegen. Im Mai 2000 wurde zwischen der hessischen Wirtschaft und der Landesregierung eine Vereinbarung zum freiwilligen betrieblichen Umweltschutz abgeschlossen.
Mecklenburg-Vorpommern	Erarbeitung einer landesweiten Agenda „Schritte für eine nachhaltige Entwicklung im Umweltbereich“ in Vorbereitung. Eine „Umweltallianz M-V“ ist am 31.8.2001 von Vertretern der Landesregierung und der einheimischen Wirtschaft unterzeichnet worden.
Niedersachsen	Seit 1996 Interministerieller Arbeitskreis sowie Runder Tisch (Zusammenschluss von Landesregierung und gesellschaftlichen Gruppen). Das Kabinett hat im Januar 1998 das Landesprogramm „Nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen“ und 1999 den „Bericht zur Umsetzung der Agenda 21 in Niedersachsen“ beschlossen.
Nordrhein-Westfalen	Für die Legislaturperiode 2000-2005 ist im Koalitionsvertrag vereinbart, die Agenda 21 NRW gemeinsam mit Kooperationspartnern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Gewerkschaft, Umwelt- und Verbraucherorganisationen, Kirchen u.a. gesellschaftlichen Gruppen bis 2003 zu entwickeln. Im Januar 2001 wurde ein „Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung“ eingerichtet. Im Juli 2001 ist der „Zukunftsrat“ mit 28 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und anderen Bereichen berufen worden. Im Februar 2002 wurde mit einer Serie

	von 6 Agenda-Konferenzen zu unterschiedlichen Themen mit breiter Beteiligung der öffentliche Dialog begonnen.
Rheinland-Pfalz	Erstellung eines „Agenda 21-Programms“ in Vorbereitung
Freistaat Sachsen	Landesweite Agenda „ Nachhaltigkeitsstrategie für den Freistaat Sachsen“ befindet sich in Vorbereitung
Sachsen-Anhalt	Erarbeitung einer Landes-Agenda 21 beschlossen. Am 14.6.1999 ist eine Umweltallianz zwischen der Landesregierung und der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft beschlossen worden.
Saarland	Das Kabinett hat im Juli 1999 die Erstellung einer „Saarland-Agenda 21“ beschlossen. Die Landesregierung und die saarländische Wirtschaft haben am 19. März 2002 den Umweltpakt Saar unterzeichnet.
Schleswig-Holstein	Die Landesregierung hat am 14.11.2000 die Erarbeitung einer Landesnachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ beschlossen.
Freistaat Thüringen	Die Landesregierung hat am 15.2.2000 die „10 Leitlinien zur Umsetzung der Agenda 21 in Thüringen“ beschlossen.

Es ist deshalb selbstverständlich, dass Bund und Länder einen Informations- und Erfahrungsaustausch über Ziele und Maßnahmen einer nachhaltigen Entwicklung durchführen. Dies erfolgt z.B. in dem von der Umweltministerkonferenz im Mai 2001 eingesetzten Bund/Länder-Arbeitskreis „Nachhaltige Entwicklung“ unter Vorsitz von Hamburg. Im Dezember 2001 wurde der Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie an alle Chefs der Staatskanzleien der Länder übersandt. Die daraufhin eingegangenen Stellungnahmen sind bei der Überarbeitung des Entwurfs berücksichtigt worden.

### **3. Städte, Landkreise und Gemeinden - Lokale und regionale Agenda 21**

Städte, Landkreise und Gemeinden in Deutschland verzeichnen bemerkenswerte Erfolge auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. In den vergangenen Jahren wurden wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen „vor Ort“ realisiert. Klimaschutz und Energie, Verkehr sowie Flächen-  
nutzung und Bauen sind dabei Schwerpunkte. So bündeln viele deutsche Städte und Gemeinden ihre Vorhaben zur Reduzierung des Energiebedarfs in lokalen

Klimabündnissen. Hervorzuheben sind auch die Maßnahmen der Kommunen zur Förderung eines umweltschonenden Verkehrs und einer flächen- und ressourcensparenden Bau- und Siedlungsweise. Leitbilder wie „Städtebauliche Innenentwicklung“ oder „Stadt der kurzen Wege“ charakterisieren diesen Prozess.

Diese Initiativen gehen zurück auf die Agenda 21, in der alle Kommunen aufgefordert werden, in einen Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft einzutreten und eine „Lokale Agenda 21“ zu beschließen. Mit der „Lokalen Agenda 21“ haben die Städte und Gemeinden die Chance, neue Akzente für eine zukunftsweisende Entwicklung der Kommunen zu setzen. Sie stimmt verschiedene Politikbereiche stärker aufeinander ab und bezieht alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie die gesellschaftlichen Gruppen mit ein. Immer mehr Kommunen nutzen diese Möglichkeiten. Derzeit finden in Deutschland in über 2.300 Kommunen und in praktisch allen größeren Städten Lokale Agenda-Prozesse statt.

Die Bundesregierung hat sich mit den Ländern auf die Einrichtung einer Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ verständigt, die im Dezember 2001 eröffnet wurde. An ihr sind die kommunalen Spitzenverbände und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen beteiligt. Des weiteren unterstützt die Bundesregierung die vielfältigen Aktivitäten von Lokalen Agenda 21 – Prozessen, so z.B. die Agenda Transfer Stelle in Nordrhein-Westfalen, welche zukünftig auch als bundesweite Transfer-Stelle fungieren wird. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt fördert einen seit September 2001 laufenden 3-jährigen Wettbewerb sowie eine Kampagne „Zukunftsfähige Kommune“.

#### **4. Wirtschaft**

Kleine, mittelständische wie auch global agierende Unternehmen sind wichtige Akteure und Multiplikatoren für eine nachhaltige Wirtschaftsweise – sie tragen Verantwortung dafür, dass neue, zukunftsfähige Produkte, Dienstleistungen und Verfahren mit einem Mehr an Beschäftigung und Lebensqualität verbunden werden. Nachhaltige Unternehmensführung wird so zunehmend zum Markenzeichen,

denn für die Wirtschaft ist höhere Energie- und Ressourceneffizienz sowohl ökonomisch wie ökologisch profitabel. Die Unternehmen können auf diese Weise Kosten einsparen und senken, die Effizienz steigern, durch ökologisches Handeln ihr Image und ihre Absatzmöglichkeiten verbessern und zu nachhaltigem Konsum beitragen. Über die Nachhaltigkeitsziele ist ein intensiver Dialog zu führen. Spitzenverbände der Wirtschaft haben hierzu ihre Bereitschaft erklärt. Dabei soll es insbesondere um die Entwicklung von Zielindikatoren für den Bereich Wirtschaft gehen. Sie wollen dabei erreichen, dass die Wirtschaft die Entscheidung, wie sie die Nachhaltigkeitsziele erreicht, in eigener Verantwortung treffen kann.

Moderne Unternehmen integrieren in ihren Unternehmenszielen soziale und ökologische Qualität mit wirtschaftlicher Effizienz. Um diese Entwicklung messbar zu machen und eine Vorbildwirkung für andere Unternehmen und Organisationen der Wirtschaft zu entfalten, wurde beispielsweise der „Dow Jones Sustainability Group Index“ entwickelt. Er demonstriert, dass sozial und ökologisch verantwortungsvolle Unternehmen auf Dauer an der Börse höher bewertet werden als ausschließlich auf kurzfristigen Gewinn orientierte Unternehmen. In dem Index sind von den 2.000 marktstärksten Aktiengesellschaften der Welt jene 10 % berücksichtigt, die jeweils unter wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Kriterien als die Branchenführer eingestuft wurden.

Ein Gradmesser für die Nachhaltigkeitsorientierung der Wirtschaft ist auch die zunehmende Zahl von Unternehmen mit betrieblichen Umweltmanagementsystemen. Beim freiwilligen Öko-Audit liegen die deutschen Unternehmen in Europa an der Spitze – Ende Januar 2002 waren ca. 2.600 Wirtschaftsstandorte EMAS-zertifiziert, das sind etwa zwei Drittel der EU-weit zertifizierten Standorte. Auch ist die Zahl von ca. 120 umweltbezogenen Selbstverpflichtungen in Deutschland Ausdruck für die gestiegene Verantwortung der Wirtschaft. In einer Umweltinitiative der Wirtschaft haben sich rund 500 Mitglieder im Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e.V. (B.A.U.M.), europaweit dem größten seiner Art, vereint.

Um Anforderungen an künftige Leistungen von Unternehmen zu diskutieren sowie eine Plattform zwischen Wirtschaft und Politik zu bilden, haben führende national

und global agierende Unternehmen der deutschen Wirtschaft das Forum Nachhaltige Entwicklung *econsense* etabliert. Auf internationaler Ebene hat sich die Wirtschaft auf vergleichbarer Weise im „World Business Council“ zusammengeschlossen.

Eine Reihe weltweit tätiger deutscher Unternehmen beteiligt sich auch an der „Global Compact“ – Initiative des UN-Generalsekretärs Kofi Annan. Sie haben sich bereit erklärt, durch Ausrichtung ihrer Geschäftspolitik und modellhafter Initiativen zwischen Wirtschaft, Nationalstaaten und gesellschaftlichen Gruppen wichtige VN-Ziele im Bereich Nachhaltigkeit voranzubringen.

Um soziale und ökologische Standards in Entwicklungsländern stärker zu verankern, unterstützt die Bundesregierung die Entwicklungsländer bei der Einführung sozialer und ökologischer Gütesiegel. Sie konzentriert sich dabei auf Aktivitäten im Bereich des Ökologischen Landbaus, der Zertifizierung von Holzprodukten und des Fairen Handels, indem sie gemeinsam öffentliche und private Akteure in Entwicklungsländern und Deutschland zu gemeinsamen Handlungsansätzen zusammenführt – das sogenannte Public-Private-Partnership.

## **5. Gewerkschaften**

Die Gewerkschaften sind seit Beginn der 70er Jahre auch als Sachverständige, Berater und Ideengeber für Umweltschutz und Nachhaltigkeit aktiv. Auf Landes- und Bundesebene, in der Sozialpolitik und insbesondere auf internationaler Ebene, im CSD-Prozess oder bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) haben sie stets generationen- und grenzüberschreitend Politik für nachhaltige Entwicklung betrieben. Entsprechend der Verpflichtung des Kapitels 29 der Agenda 21 fordern die Gewerkschaften die Stärkung von Informations-, Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten, u.a. beim Umweltschutz im Betrieb und sind wichtige Verbündete bei der Durchsetzung umweltbezogener Maßnahmen mit Beschäftigungswirkung. Der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften engagiert sich aber nicht nur in Umwelt- und Arbeitsschutzfragen, sondern z.B. auch in der Arbeits-



markt-, Sozial-, Verkehrs-, Struktur- oder Energiepolitik für eine nachhaltige Entwicklung.

Zukunftsorientierte Reformvorhaben der Bundesregierung wurden unterstützt und mitgestaltet - genannt sei nur der vom DGB in den Themendialog „Arbeit und Umwelt“ des Bündnisses für Arbeit eingebrachte umfangreiche Katalog von Vorschlägen für die ökologische Modernisierung, aus dem das Programm zur energetischen Gebäudesanierung realisiert wurde. Die IG-Metall setzt sich gemeinsam mit Umweltverbänden und SPD-Bundestagsfraktion für eine zukunftsfähige Energieversorgung ein. Auch im Rahmen der Verkehrspolitik engagiert sich die IG-Metall für eine nachhaltige Mobilität. Für die IG-Bau sind das Projekt mit Greenpeace zu Klimaschutz und Arbeitsplätzen und die Bildungsoffensive mit den NaturFreunden „Arbeitnehmerinteressen und Nachhaltigkeit“ beispielhaft für eine nachhaltige Entwicklung. Auch das Flower Labeling und das FSC-Projekt sind für den Nachhaltigkeitsprozess von Bedeutung, da sie die ökologische, ökonomische und soziale Perspektive verbinden und im Dialog von DGB mit den anderen gesellschaftlichen Akteuren entstanden sind.

Aber auch auf der kommunalen Ebenen sind Gewerkschafter in vielen lokalen Agenda 21 -Prozessen aktiv. Zahlreiche tarifliche und betriebliche Vereinbarungen mit Bezügen zur nachhaltigen Entwicklung, regionalen Initiativen bis hin zu nachhaltiger Verkehrs-, Struktur- und Energiepolitik gehen auf die Gewerkschaft zurück, so u.a. das Freiburger Verkehrsprojekt „Umweltfreundlich zum Betrieb“ oder die „Kampagne Saubere Kleidung“.

Der DGB spricht sich im Rahmen von Nachhaltigkeit für eine sozialökologische Reform aus. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI), und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) hatten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung in einem Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ Machbarkeit und Auswirkungen nachhaltiger Wirtschaftsstrategien untersucht. Das Rheinisch Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) untersuchte Nachhaltigkeitskonzepte und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung. Die Ergebnisse beider Studien wurden im September 2000 vorgestellt und werden seitdem in der Öffentlichkeit diskutiert. Beispielhaft

für die Aktivitäten des DGB-Bildungswerkes ist die Vorbereitung der Akteurskonferenz Automobilindustrie im Juli 2002 um mit den an der beruflichen Bildung beteiligten Akteure und Entscheidungsträgern ein Aktionsprogramm „Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung“ zu entwickeln.

## **6. Umwelt- und Naturschutzverbände, Landwirtschafts- und Verbraucherverbände, Nichtregierungsorganisationen im Entwicklungsbereich, Stiftungen im Umwelt- und Naturschutzbereich**

### **a) Umwelt- und Naturschutzverbände**

Umwelt- und Naturschutz sind ohne die Leistungen der zahlreichen Freiwilligen und vor allem der Umwelt- und Naturschutzverbände undenkbar. Sie leisten vor allem in praktischen Pilotprojekten vor Ort konkrete Beiträge zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung, kooperieren mit den Regierungen, Ministerien, öffentlichen Verwaltungen und Wirtschaftsverbänden, positionieren sich mit qualifizierten Stellungnahmen zu aktuellen Fragen des Natur- und Umweltschutzes, treten in einen intensiven Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen, wie Wissenschaft, Medien, Parteien und Kirchen, Gewerkschaften u.a. ein. Sie informieren und sensibilisieren die Öffentlichkeit, erarbeiten neue politische Themenfelder, organisieren Kampagnen und tragen zu mehr Umweltbildung und Umweltkommunikation bei. Da Umweltverbände außerdem in der Öffentlichkeit ein hohes Vertrauen genießen, sind sie in der Lage, wichtige Themen glaubwürdig und öffentlichkeitswirksam zu vermitteln.

Als größter Dachverband vereint der Deutsche Naturschutzring (DNR) 97 Mitgliedsverbände mit ca. 5 Millionen Mitgliedern. Er versteht sich als Anwalt von Natur und Umwelt und agiert in wichtigen Bereichen, wie Verkehr, Freizeit, Tourismus, Stadtökologie, Energie- und Wirtschaftspolitik sowohl lokal, wie national und international. Im Rahmen von ad-hoc Arbeitsgruppen, z.B. zum Naturschutzrecht, durch die Organisation und Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen, darunter den alle zwei Jahre stattfindenden Deutschen Naturschutztag zusammen

mit dem Berufsverband Beruflicher Naturschutz und dem Bundesamt für Naturschutz sowie das Europäische Naturschutzjahr oder durch die Bereitstellung von Service-Leistungen, wie z.B. den zwölfmal jährlich herausgegebenen Deutschland-Rundbrief setzt sich der DNR für den Schutz des Naturhaushaltes und eine nachhaltige Entwicklung ein.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) engagiert sich seit Anfang der neunziger Jahre für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. 1995 veröffentlichte der BUND gemeinsam mit Misereor die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", die eine breite öffentliche Diskussion mit über 1.000 regionalen Veranstaltungen zur Nachhaltigkeit auslöste. Insbesondere das Leitbild "gut Leben statt viel haben" stieß auf große Resonanz. In der Nachfolge startete der BUND auf regionaler, Landes- und Bundesebene zahlreiche Projekte, die das Konzept der Nachhaltigkeit konkret aufnahmen.

Beispielhaft für die vielen hundert Projekte der Umwelt- und Naturschutzverbände seien u.a. genannt:

- In Heidelberg entwickelten der BUND und die örtlichen Handwerksinnungen die Projekte Friseur-, Maler-, Bäckerhandwerk und Umwelt. Darin erhielten interessierte Handwerksbetriebe konkrete Informationen für eine umweltverträgliche Betriebsführung, die gleichzeitig Geld spart. Dank intensiver Öffentlichkeitsarbeit fanden die Projekte bundesweite Nachahmer.
- Gemeinschaftsinitiative des NABU mit dem Deutschen Verband der Landschaftspfleger „Regionalvermarktung“ mit dem Ziel, die Potentiale der Regionalvermarktung für transparente und umweltverträgliche Erzeugungswege weiter zu verbreitern und zu verbessern.
- Der BUND Berlin erarbeitete eine Wanderausstellung "Zukunftsfähiges Deutschland", die bundesweit auf Tournee ging.
- Die BUNDjugend demonstrierte mit ihrem Klimaschutzprojekt "Die Wette", dass Schulen innerhalb von nur sieben Monaten ebensoviel klimaschädliches CO<sub>2</sub> vermeiden können wie es dem Reduktionsziel der Bundesregierung für die nächsten sieben Jahre entspricht.

- Für die ökologischen, ökonomischen und sozialen Vorteile der ökologischen Steuerreform setzten sich die Umweltverbände DNR, BUND und NABU 1998 in einem breiten Bündnis zusammen mit Gewerkschaften und Unternehmen ein.
- In Initiativen zur Kennzeichnung ökologischer Produkte und Dienstleistungen (Forest Stewardship Council für nachhaltige Forstwirtschaft, Grüner Strom Label für Ökostrom, Neuland-Siegel für artgerechte Tierhaltung) setzt sich der BUND gemeinsam mit anderen Organisationen dafür ein, dass die Verbraucher solche Produkte leichter erkennen können und die Anbieter erfolgreicher am Markt sind.
- Kampagne des NABU „Nachbar Natur – Ökologische Konzepte für Städte und Dörfer“ mit Initiativen für eine lebenswertere Gestaltung des Wohnumfeldes.

## **b) Verbraucher- und Landwirtschaftsverbände**

Ein weiteres Standbein einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bilden die Verbraucherverbände. Mit ihrer unabhängigen Information der Verbraucher und deren Interessenvertretung gegenüber Politik und Wirtschaft fördern sie den kritischen, verantwortlich handelnden Konsumenten, der durch seine bewusste Kaufentscheidung eine nachhaltige Entwicklung unterstützt und einfordert. Bundesweiter Fürsprecher der Verbraucher ist der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Als Dachverband der 16 Verbraucherzentralen der Länder und 19 weiterer verbraucher- und sozialorientierter Verbände vertritt er die Anliegen der Verbraucher im politischen und gesellschaftlichen Prozess sowie gegenüber wirtschaftlichen Fachverbänden. Überdies nimmt der vzbv die rechtliche Vertretung kollektiver Verbraucherinteressen wahr, fördert die Verbraucherinformation, entwickelt Beratungsstandards und sichert die fachliche Qualifikation in der Verbraucherberatung.

Verbraucherschutz und eine Neuorientierung in der Landwirtschaft sind ebenfalls Herausforderungen, der sich die Landwirtschaftsverbände stellen. Verbände der

Land- und Ernährungswirtschaft und die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft treten für eine nachhaltige, umwelt- und naturverträgliche Landwirtschaft ein und entwickeln neue Konzepte für eine sowohl ökonomisch wie ökologisch tragfähige Agrarproduktion.

### **c) Entwicklungsverbände**

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Nichtregierungsorganisationen (NRO) besteht auch auf internationaler Ebene, insbesondere bei der Vorbereitung des anstehenden Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg. Eine wichtige Rolle spielt dabei das im Nachgang an die Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro gegründete Forum für Umwelt und Entwicklung. Es vereint eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen und sieht ihre Aufgabe in der Vernetzung der Akteure und ihrer Aktivitäten sowie in der Information der Öffentlichkeit über nachhaltige Entwicklung. Das Forum bestimmt zudem wichtige umwelt- und entwicklungspolitische Positionen im Vorfeld von internationalen Konferenzen, insbesondere zwischen dem BMZ und dem Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO).

### **d) Umweltstiftungen**

Leitbild der Fördertätigkeit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) ist die nachhaltige Entwicklung. Sie hat seit 1991 über 4500 Projekte mit mehr als 880 Mio. Euro in den Bereichen Umwelttechnik und –forschung, Umweltkommunikation und –bildung sowie Bewahrung des Naturschutzes und des nationalen Kulturerbes gefördert.

Die Bundesregierung unterstützt zudem aktiv die Arbeit der rd. 700 deutschen Stiftungen im Umwelt- und Naturschutzbereich.

## 7. Wissenschaft und Forschung

Praktizierte Nachhaltigkeit braucht solide wissenschaftliche Grundlagen und muss mit technischen Neuentwicklungen einhergehen. Gerade weil es für nachhaltige Entwicklung kein fertiges Rezept gibt und sie nur in einem ständigen Such-, Lern- und Erfahrungsprozess gestaltet werden kann, sind Wissenschaft und Forschung gefragt, Visionen zu erarbeiten, Ziele vorzuschlagen, geeignete Maßnahmen zu identifizieren und technische Innovationen zu entwickeln.

Wissenschaft und Forschung kommt dabei die besondere Verantwortung zu, zukünftige Probleme auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Gesellschaft frühzeitig zu erkennen, die Wechselbeziehungen zwischen Teilbereichen der Gesellschaft aufzuzeigen und unerwünschte Nebenfolgen einzelner Maßnahmen gesellschaftlichem Handeln zugänglich zu machen.

Im Sinne des Leitbildes „Nachhaltigkeit“ werden alten Grenzlinien zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung transformiert und neue integrative Formen der Wissenschaft entwickelt.

Politische Entscheidungen verlangen ein tragfähiges wissenschaftliches Fundament. Die Bundesregierung setzt sich deshalb weiterhin für eine klare Ausrichtung der Forschungs- und Technologieförderung am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ein. Schwerpunkte sind dabei nicht nur die klassischen Bereiche der Ressourcen- und Energieeffizienz sowie der Umweltforschung, sondern zunehmend auch die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnik, Fertigungstechnik, Biotechnologie, Werkstoffforschung sowie die sozialwissenschaftliche Forschung. Ohne wissenschaftliche und technische Neuerungen werden wir nicht die Herausforderungen eines gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses bewältigen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die großen deutschen Forschungsför-

der- und Wissenschaftsorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft , die Max-Planck-Gesellschaft , die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung sowie die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz.

Darüber hinaus muss das Forschungspotential von transdisziplinär orientierten Forschungseinrichtungen, auch im Bereich der nichtstaatlichen gemeinnützigen Nachhaltigkeitsforschung und der Wirtschaft für das Entwickeln technischer und gesellschaftlicher Problemlösungskapazitäten aktiviert und gestärkt werden.

## **8. Kirchen**

Die Kirchen tragen seit langem auf vielfältige Weise zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung bei. Sie setzen sich für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft, die Bewahrung der Schöpfung und die Bekämpfung der Armut weltweit ein und beteiligen sich – etwa durch gemeinsame Erklärungen des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz oder durch Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzgebungsvorhaben – an der gesellschaftlichen und politischen Diskussion.

Der diakonische und caritative Dienst für die Menschen in Not gehört zu den unveräußerlichen Kennzeichen der Kirche. Sie unterhalten ein großes Netz sozial-caritativer Einrichtungen, darunter Sozialstationen, mobile Hilfsdienste, ambulante Pflegedienste, Beratungsstellen, Kindergärten, Schulen, Altersheime, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, Bahnhofsmissionen, Einrichtungen für Nichtsesshafte usw.. Es gibt eine Vielzahl kirchlich getragener sozialer Betriebe, Werkstätten, Einrichtungen der Jugendarbeit, Projekte „neue Arbeit“, Gruppen, die den Strukturwandel in einer Region begleiten, oder Treffpunkte für Angehörige verschiedener Generationen.

In ihrem Eintreten für Recht und Gerechtigkeit bemühen sich die Kirchen auch um gerechtere Strukturen in der Welt. Insbesondere durch ihre Hilfswerke leisten die Kirchen weltweit Vorbildliches auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, vor allem der Armutsbekämpfung. Auch haben MISEREOR und BUND schon früh mit ihren Vorschlägen für ein "Zukunftsfähiges Deutschland" wegweisende Impulse gesetzt.

Im Umweltschutz tragen die Kirchen auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes und des Schöpfungsglaubens zu einem vertieften Verständnis nachhaltiger Entwicklung bei. Sie betrachten ökologische Fragen grundsätzlich in enger Verknüpfung mit Fragen der weltweiten sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Existenzsicherung und des Friedens und versuchen häufig, im eigenen Bereich eine Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz zu übernehmen. So unternehmen sie große Anstrengungen zugunsten umweltfreundlichen Bauens, bei der Energieeinsparung und der Einführung alternativer Energien. Die im Eigentum der Kirche befindlichen landwirtschaftlichen Grundstücke werden zunehmend nach natur-schonenden und umweltgerechten Methoden bewirtschaftet.

Ein besonderes Anliegen ist den Kirchen die Vermittlung von Werten, die Bewusstseinsbildung, die Schärfung des Gewissens und die Sensibilisierung für die Schöpfung. Fragen der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes nehmen in Verkündigung und Lehre, aber auch in der Schul-, Hochschul- und Erwachsenenbildung einen breiten Raum ein.

Die Kirchen beteiligen sich aktiv in den kommunalen Prozessen der Agenda 21. Vertreter der beiden großen Kirchen sind wegen ihrer bedeutenden Beiträge von der Bundesregierung in den „Rat für nachhaltige Entwicklung“ mit je einem Mitglied berufen worden.



## **9. Gleichberechtigte Teilhabe von Männer und Frauen**

Für die Bundesregierung sind die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die aktive Frauenförderung entscheidende Beiträge, damit Familie und Beruf durch konkrete staatliche Maßnahmen besser miteinander verbunden werden können. Das Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz, das am 05.12.2001 in Kraft getreten ist, hat als wesentliches Ziel die Förderung von Frauen, um ihre Gleichstellung im Bereich des Bundes tatsächlich durchzusetzen. Die Bundesregierung hat sich auch dazu verpflichtet, im Sinne des Gender-Mainstreaming geschlechtsspezifische Aspekte in allen Fachpolitiken zu berücksichtigen und diese Verpflichtung in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung aufzunehmen.

Mit der Agenda 21 haben Frauen die Chance, Veränderungen in der Gesellschaft durch Partizipation und Konsultation einzuleiten. Netzwerke; wie u.a. „Frauen und lokale Agenda“ oder „Frauen und Umwelt“ (LIFE e.V.) sind Ausdruck bestehender Initiativen für das Engagement der Frauen für mehr Gleichberechtigung und Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen.

## **10. Kinder und Jugendliche**

Kinder und Jugendliche verkörpern die Zukunft unseres Landes. Sie erwarten Nachhaltigkeit bei der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Denn angesichts der Herausforderungen durch rasche gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Wandlungsprozesse ist es eine zentrale Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik, Zukunftsperspektiven zu entwickeln und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich alle Kinder und Jugendlichen entfalten können. Eine Vielzahl von Initiativen und Programmen wurden entwickelt, um die Bildungs- und Integrationschancen junger Menschen mit unterschiedlichen Benachteiligungen nachhaltig zu verbessern.

Schon im Kindergarten und in der Schule werden Kinder durch handlungsorien-

tiertes Lernen motiviert, selbst Beiträge zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten wie zum Beispiel das aktive Mitgestalten der Kinder an naturnahen Kindergarten- oder Schulgeländen, in denen sie dann später natürliche Zusammenhänge erkunden. Ein großer Erfolg ist auch das „Fifty-Fifty-Projekt“, an dem sich inzwischen viele Schulen beteiligen. Schüler, Lehrer und Hausmeister bemühen sich um einen sparsamen Umgang mit Wasser und Energie. Die Hälfte des gesparten Geldes können die Schulen nutzen, um damit zum Beispiel den Schulhof ökologisch umzugestalten. Als beispielhaft für die vielfältigen Initiativen Jugendlicher für eine nachhaltige Entwicklung sei hier auch das Netzwerk „Jugendbündnis für Johannesburg“ unter Koordination von Futur X – Gesellschaft für Generationengerechtigkeit e.V. genannt, die mit ihrem Positionspapier „Die junge Generation und die Agenda 21 – Deutschland auf dem Prüfstand“ die Bedürfnisse junger Menschen und künftiger Generationen in den Vordergrund stellen.

## **II. Partnerschaften entwickeln**

Partnerschaften, Bündnisse, Allianzen – das sind Antworten auf die Frage, wie Nachhaltigkeit in der Praxis umgesetzt werden kann, wie die Herausforderungen der Globalisierung, der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, der Schaffung neuer Arbeitsplätze oder der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelöst werden können. Wir brauchen das kooperative Zusammenwirken vieler Akteure, um erfolgreich zu sein.

Nachfolgend genannte Beispiele sollen die vielfältigen Kooperationsbeziehungen zwischen Staat und Wirtschaft, innerhalb der Wirtschaft, zwischen Wirtschaft und Gesellschaft u.a. Partnern verdeutlichen. Diese können in Form von Vereinbarungen, Bündnissen, freiwilligen Selbstverpflichtungen u.a. geschlossen werden.

Beispiele für Partnerschaften	Leistungen
<b>Bündnis für Arbeit</b> – Initiative der Bundesregierung mit den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften seit dem 7. Dezember 1998, u.a. Themendialog „Arbeit und Umwelt“, Arbeitsgruppe „Arbeit durch Innovation“	Schaffung von Arbeitsplätzen und Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, u.a. Entwicklung von Maßnahmenpaketen zur Energieeinsparung; Aufzeigen der Innovationspotentiale aus dem Zusammenwachsen von New and Old Economy
Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft zur <b>Klimavorsorge</b> vom 9. November 2000	Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zur CO <sub>2</sub> Reduktion um 28% bis 2005 gegenüber 1990
<b>Umweltpakt Bayern</b> „Nachhaltiges Wirtschaften im 21. Jahrhundert“ – Vereinbarung zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft vom 23. Oktober 2000	Vereinbarungen über gemeinsame Handlungsziele zur Verbesserung aller Umwelt- und Standortbedingungen
<b>Klimabündnis</b> der europäischen Städte	Deutschland ist mit 402 Kommunen daran beteiligt, die CO <sub>2</sub> Emissionen gegenüber 1987 bis 2010 zu halbieren
Konzertierte Aktion der Solarindustrie, des Zentralverbandes des Sanitär-, Heizungs- und Klima-Handwerks, des Bundes Deutscher Architekten, des Deutschen Naturschutzrings und unter Koordinierung des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management zur Solarwärmenutzung „ <b>Solar-na-klar</b> “, Start 1999	Installation von zusätzlich 2 Mio. Quadratmeter Kollektorfläche für Solarthermie-Anlagen in den nächsten 3 Jahren; geschätztes Marktpotenzial von 4 Mrd. DM, Schaffung neuer Arbeitsplätze in kleinen und mittelständischen Unternehmen
3jährige <b>Dialogpartnerschaft</b> zwischen dem NABU und dem Volkswagen-Konzern 2000-2002	Zu Themen wie ökologische Existenzgründung, alternative Energien und Siedlungsökologie
Programm <b>Entwicklungspartnerschaften</b> des BMZ mit der Wirtschaft zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Entwicklungsländern	Es wurden über 800 Partnerschaften mit Unternehmen geschlossen. Für eine öffentlich investierte Mark wurde mindestens eine Mark von Unternehmen beigetragen.
<b>Runder Tisch Verhaltenskodizes</b> (Codes of Conduct) zur Verbreitung von Sozialstandards in Entwicklungsländern sowie Dialogprozess „Umwelt und Auslandsdirektinvestitionen“	Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Regierung leiten aus gemeinsamen Projekten Beispiele guter Praxis und Empfehlungen für Einführung, Monitoring und Verifizierung freiwilliger Verhaltenskodizes im Umwelt- und Sozialbereich ab
<b>Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit</b> von BMU und BMG mit Bun-	Verbesserung des gesellschaftlichen Dialogs zum Thema Umwelt und Gesund-

<p>desbehörden und im Dialog mit NRO's, z.B. Schwerpunkt „<b>Kinder, Umwelt und Gesundheit</b>“</p>	<p>heit, Verbesserung der umweltbezogenen Gesundheitsberichterstattung, der Risikokommunikation und themenbezogener Forschung</p>
<p><b>Runder Tisch Gesundheit</b> – Initiative des BMG mit relevanten Akteuren des Gesundheitswesens (Gesetzliche Krankenkasse, Ärzte und Beschäftigte im Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Apotheker, Pharmaindustrie, Patientenvertreter)</p>	<p>Arbeitsprogramm „Qualitätssicherung und Steuerung im Gesundheitswesen“ mit den Themen Zukunft der Arznei-, Heil- und Hilfsmittelversorgung, Zukunft der Versorgung in Krankenhäusern, Grundprinzipien der Leistungsbringung, Konzepte zur Stärkung der Prävention, Zahnmedizinische Versorgung und Finanzierung der gesetzlichen Krankenversorgung</p>
<p><b>Servicestelle Kommunen in der Einen Welt</b> (Bund, Länder, Kommunale Spitzenverbände, NRO)</p>	<p>Beratung, Konzepte, Training, Projekte, Seminare zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und Einbeziehung von entwicklungspolitischen Themen in die lokale Agenda-Arbeit</p>
<p><b>Forum Bildung</b> – breiter gesellschaftlicher Dialog über die Erneuerung des Bildungssystems (Vertreter von Bund, Ländern, Sozialpartnern, Wissenschaft, Kirchen, Auszubildenden, Studierenden), Laufzeit: 1999-2001</p>	<p>Das Forum Bildung hat Ende 2001 Empfehlungen für Reformen im deutschen Bildungswesen vorgelegt. Als vordringlich erachtet das Forum frühe und individuelle Förderung, die Verwirklichung des lebenslangen Lernens, die Erziehung zur Verantwortung und die Reform der Aus- und Weiterbildung der Lehrenden. Bund und Länder werden die Umsetzung dieser Empfehlungen begleiten.</p>
<p><b>FUTUR Prozess</b> - Breiter Forschungsdialog mit 300 Experten und der Öffentlichkeit, um über künftige Lebenswelten für das Jahr 2020 zu diskutieren;</p>	<p>Ergebnis der ersten Phase des Dialoges sind 25 Themenbereiche, von denen insbesondere die Felder „Mobilität“, „Ernährungskultur“ und „Agrarproduktion in globaler Verantwortung“ als Basis für die Entwicklung von Nachhaltigkeits-Leitvisionen von Bedeutung sind.</p>

<p><b>Wissenschaft im Dialog;</b> Im Mai 1999 haben die führenden Wissenschaftsorganisationen, das BMBF und der Stifterverband beschlossen, aktiv und gemeinschaftlich den Dialog mit allen Gruppen der Gesellschaft zu verstärken und dauerhaft zu führen.</p>	<p>Verbesserung des Dialogs und damit des Verständnisses zwischen Wissenschaft und Gesellschaft; Information über Methoden und Prozesse wissenschaftlicher Forschung für die Öffentlichkeit und Verdeutlichung der gegenseitigen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft; Pflege von Kontakten zu ähnlichen Initiativen auf europäischer und internationaler Ebene</p>
<p><b>Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland;</b> Konzertierte Aktion von Bund, Länder, Wissenschaft, Wirtschaft sowie weiteren Organisationen. Gemeinsames Ziel ist es, Deutschland zu einer Topadresse für diejenigen zu machen, die in Bildung und Forschung Karriere machen wollen.</p>	<p>Leitlinien zur Internationalisierung der Berufungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen; weitere Leistungen sind mehr international ausgerichtete Studiengänge, neue Fördermöglichkeiten für den Export von Studiengängen, neue Fördermöglichkeiten für die Gewinnung von Spitzenwissenschaftlern und wissenschaftlichem Nachwuchs aus dem Ausland.</p>
<p>Im Rahmen des <b>Branchendialogs</b> Textil/ Bekleidung Dialog zwischen Textilindustrie, BMWi und Gewerkschaften zu Umwelt/ Nachhaltigkeit</p>	<p>Erarbeitung von Empfehlungen zum nachhaltigen Wirtschaften in der Textil-/ Bekleidungsindustrie</p>
<p><b>Kampagne „Fair kauft sich besser“</b> - Entwicklungspolitische Initiative von Akteuren aus Wirtschaft, Handel, Verbraucherverbänden, Schulen und staatlichen Behörden</p>	<p>Öffentlichkeitsarbeit, Medienpartnerschaften, Kommunale Aktionstage, Verbraucherinformationen, Schülerwettbewerbe etc.</p>
<p><b>„Ökoprofit“ in Hannover</b> – Kooperation von Stadtverwaltung und 12 Unternehmen</p>	<p>Initiative führte in einem Jahr zur Einsparung 900.000 kWh Strom, 450.000 Liter Wasser, 65.000 Kilogramm Restmüll und damit zu 30 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß.</p>

## D. Indikatoren und Ziele

Seit vielen Jahren gelten Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenquote und Inflationsrate als Schlüsselindikatoren zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. An der Börse vermittelt der DAX ein Bild von der Gesamtentwicklung des Marktes.

Auch die Nachhaltigkeitsstrategie braucht solche integrierten Kennziffern. Mit 21 Schlüsselindikatoren für eine nachhaltige Entwicklung will die Bundesregierung künftig in regelmäßigen Abständen aufzeigen, wo wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen, welche Fortschritte erreicht wurden und wo es weiteren Handlungsbedarf gibt. Die Indikatoren sind somit elementarer Bestandteil eines Managementkonzeptes zur Umsetzung und kontinuierlichen Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie. Sie dienen insbesondere auch der Erfolgskontrolle.

Die Zahl der Schlüsselindikatoren wurde bewusst klein gehalten. Mit wenigen Kennziffern soll ein rascher Überblick über wichtige Entwicklungen ermöglicht werden. Es geht darum, ein umfassendes und nicht ein detailliertes Bild der Nachhaltigkeit zu entwerfen. In diesem Sinne ist zu beachten, dass die isolierte Betrachtung eines Indikators nicht genügt, um die Nachhaltigkeit einer zu beobachtenden Entwicklung zu beurteilen.

So kann eine positive Entwicklung von Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt oder Investitionen teilweise auch durch Aktivitäten verursacht sein, die einer nachhaltigen Entwicklung entgegen wirken. Versuche, entsprechend modifizierte Indikatoren zu entwickeln – hingewiesen sei hier auf Stichworte wie ökologisches Sozialprodukt, qualitatives Wachstum, ethisches Investment – haben jedoch bisher nicht zu breit akzeptierten Ergebnissen geführt.

Auch die ökologisch orientierten Indikatoren sind für sich allein betrachtet nur begrenzt aussagefähig. Ein massiver Ausbau der Windenergie kann z.B. Auswirkungen auf das Landschaftsbild oder den Vogelzug haben. Es kommt daher entscheidend darauf an, die Nutzung der Windkraft naturverträglich auszubauen. Diese Beispiele zeigen, dass die Indikatoren nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Vielmehr ist jeder Indikator als Teil eines Indikatorensystems zu betrachten, das als Gesamtbild aufzeigt, welche Fortschritte im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zu verzeichnen sind.

Indikatoren müssen mit konkreten und - wo sinnvoll und möglich - mit quantifizierten Zielen verknüpft werden. Damit werden sie für das politische Handeln relevant und eine Verständigung der staatlichen und gesellschaftlichen Akteure über den einzuschlagenden Weg wie auch die notwendigen Maßnahmen möglich. Konkrete Ziele sind auch zwingende Voraussetzung, damit der Erfolg der nachhaltigen Entwicklung messbar wird. Somit ergibt erst die Kombination aus Indikatoren und Zielen ein effektives Managementinstrument der Nachhaltigkeit.

Die gleichzeitige Verfolgung mehrerer Ziele bringt in aller Regel Zielkonflikte mit sich. Dies gilt auch für die Ziele zu den folgenden Schlüsselindikatoren. So laufen steigende Staatsausgaben für Kinderbetreuung, Forschung oder Entwicklungszusammenarbeit ohne entsprechende Einsparungen an anderer Stelle den Zielen der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus entgegen. Wirtschaftswachstum schafft zwar Arbeitsplätze und materiellen Wohlstand, bringt aber zugleich steigende Treibhausgasemissionen mit sich.

Solche Zielkonflikte sind unvermeidbar. Gäbe es sie nicht, bräuchte man keine Strategie. Bei der Nachhaltigkeitsstrategie geht es gerade darum, die Ziele auszubalancieren und so weit wie möglich miteinander in Einklang zu bringen. So ist z.B. Wirtschaftswachstum mit Klimaschutzzielen vereinbar, wenn es mit Effizienzsteigerungen oder strukturellen Veränderungen einhergeht.

Entsprechend dem in Kapitel B dargestellten Leitbild kann eine nachhaltige Entwicklung nicht einseitig von oben durch die Regierung verordnet werden. Wer investiert und konsumiert, entscheidet ebenfalls darüber, inwieweit die Ziele erreicht werden. Neben den staatlichen kommt es deshalb genauso auf die gesellschaftlichen Akteure an. Nur wenn jeder in seinem Verantwortungsbereich und nur wenn die politisch Verantwortlichen auf allen staatlichen Ebenen einschließlich Ländern und Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie die Bürgerinnen und Bürger die Ziele für ihr Handeln akzeptieren, können wir gemeinsam eine nachhaltige Entwicklung erreichen. In diesem Sinne sind die im Folgenden genannten Ziele als Orientierungswerte für alle staatlichen und gesellschaftlichen Akteure der nachhaltigen Entwicklung zu verstehen.

Deshalb brauchen wir eine möglichst breite Verständigung auf die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. Aus diesem Grund gab die Bundesregierung in zwei Dialogphasen den Bürgerinnen und Bürgern sowie betroffenen Verbänden Gelegenheit, sich in die Erarbeitung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einzubringen. In der zweiten Phase wurde ein erster Entwurf der Strategie einschließlich Indikatoren und Zielen zur Diskussion gestellt. Auch die Länder und Kommunen erhielten Gelegenheit zur Stellungnahme. Zahlreiche Anregungen aus diesem Dialog flossen in das vorliegende Strategiepapier ein.

Die in der Strategie genannten Orientierungswerte berücksichtigen die heutigen Erkenntnisse und Erwartungen. Die Bundesregierung beabsichtigt, regelmäßig über die Entwicklung der Indikatoren zu berichten. In diesem Zusammenhang ist darüber hinaus zu prüfen, ob aufgrund der festgestellten Entwicklung sowie neuer Erkenntnisse eine Anpassung der Ziele erforderlich ist.



## I. Generationengerechtigkeit

Verantwortung auch für künftige Generationen übernehmen – das ist der Grundgedanke der nachhaltigen Entwicklung. Er macht darauf aufmerksam, dass sich unsere heutige Lebensweise in vielfältiger Weise auf die Chancen nachfolgender Generationen auswirkt.

Verbrauchen wir z.B. in hohem Maße knappe Rohstoffe oder schonen wir sie durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Ressourcen? Finanziert der Staat seine Ausgaben durch die laufenden Einnahmen oder nimmt er höhere Schulden in Kauf, die die Handlungsspielräume künftiger Generationen einengen?

Eine wichtige Rolle für die Chancen künftiger Generationen spielen Investitionen. Dies gilt für Investitionen in die Infrastruktur, in moderne Anlagen und Bauten, vor allem aber auch für Investitionen in Forschung, Entwicklung und Bildung. Investitionen bilden die Grundlage für Innovation und Modernisierung. Sie sind damit Voraussetzung dafür, dass wir unseren Wohlstand sichern und ausbauen und zugleich umweltverträglicher gestalten können.

## 1. Ressourcenschonung

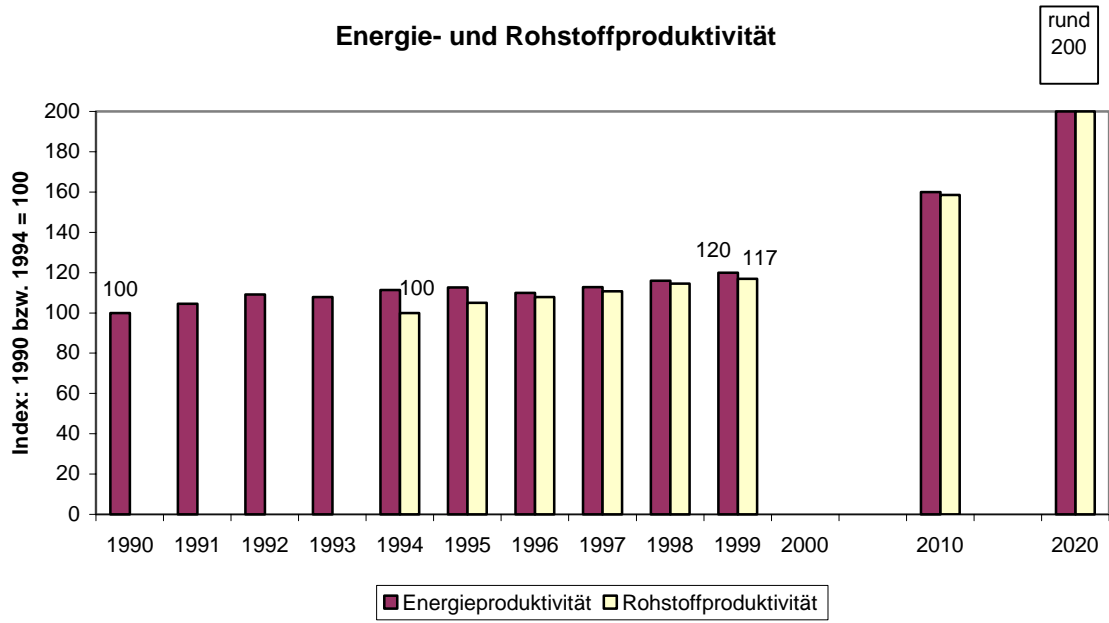
### *Knappe Ressourcen sparsam und effizient nutzen*

Die Rohstoffvorräte unserer Erde sind begrenzt. Rohstoffe, die wir heute verbrauchen, stehen künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung. Die sparsame und effiziente Nutzung knapper Ressourcen stellt deshalb einen Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung dar. Im Mittelpunkt steht dabei der Energieverbrauch.

Vor allem die Industrieländer werden vom Leitbild der nachhaltigen Entwicklung vor die Herausforderung gestellt, ihren Verbrauch knapper und endlicher Energierohstoffe sowie sonstiger Ressourcen Schritt für Schritt zurückzufahren. Deutschland kann hier eine positive Bilanz vorweisen: In den neunziger Jahren sank der Primärenergieverbrauch absolut und pro Einwohner um rund 5 %.

Entscheidende Grundlage für eine Senkung des absoluten Verbrauchs ist die immer effizientere Nutzung von Energie und anderen Rohstoffen. Diese schlägt sich in den Schlüsselindikatoren „Energieproduktivität“ bzw. „Ressourcenproduktivität“ nieder. So wie die Arbeitsproduktivität die Wirtschaftsleistung pro Arbeitsstunde misst, gibt die Energieproduktivität an, welche Wirtschaftsleistung mit dem Einsatz einer bestimmten Energiemenge erbracht wurde. In den vergangenen Jahren konnte sie kontinuierlich erhöht werden. Auch die Rohstoffproduktivität entwickelte sich positiv. Wichtige Fortschritte wurden durch die Vermeidung von Abfällen und die verstärkte Kreislaufführung von Rohstoffen erzielt.

Diese Effizienzverbesserung soll fortgesetzt werden. Bis 2020 sollen die Energie- und die Rohstoffproduktivität gegenüber 1990 bzw. 1994 etwa verdoppelt werden. Dies bedeutet, dass mit einer bestimmten Energiemenge im Jahr 2020 etwa doppelt so viel produziert werden kann wie 1990. Langfristig soll sich die Verbesserung der Energie- und der Rohstoffproduktivität an der „Faktor 4“-Vision orientieren.



Quelle: Statistisches Bundesamt (Rohstoffproduktivität), Umweltbundesamt (Energieproduktivität)

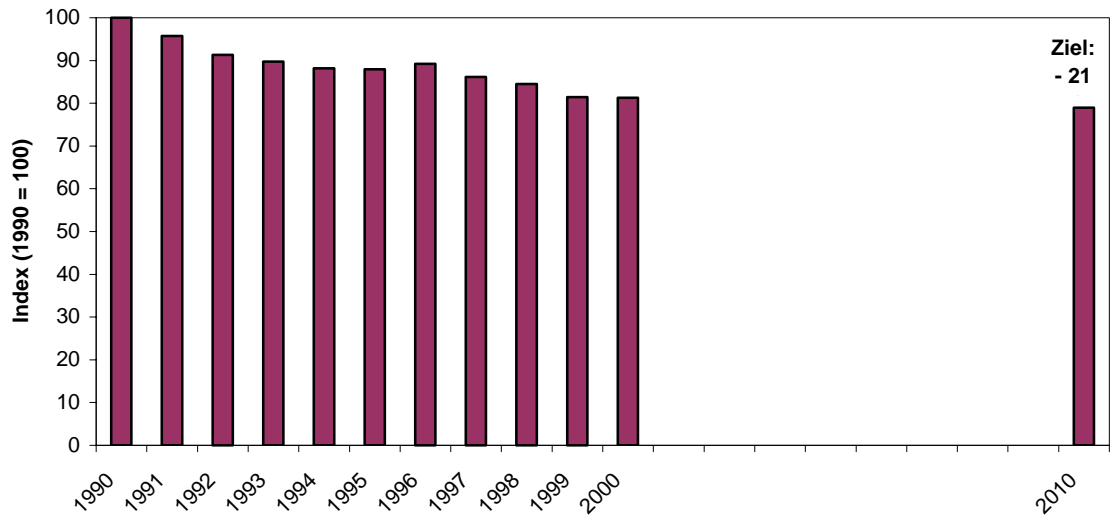
## 2. Klimaschutz

### *Treibhausgase reduzieren*

Die drohende Klimaänderung stellt eine enorme Herausforderung für die Menschheit dar. Deutschland hat sich verpflichtet, seine Emissionen der sechs im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgase bis zum Zeitraum 2008 – 2012 gegenüber 1990 um 21 % zu reduzieren. Bis 2000 wurde bereits eine Reduktion um 18,7 % erreicht. Darüber hinaus zielt die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung darauf ab, die Emissionen des wichtigsten Treibhausgases CO<sub>2</sub> bis 2005 gegenüber 1990 um 25 % zu senken.

Langfristig zielen die globalen Klimaschutzanstrengungen auf die Stabilisierung der Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre auf einem Niveau, auf dem eine gefährliche Störung des Klimasystems verhindert wird. Nach Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Klimaforscher ist dazu eine drastische Senkung der gegenwärtigen Treibhausgasemissionen erforderlich. Auch nach Ansicht der Bundesregierung sind über die bereits beschlossenen Maßnahmen hinaus zusätzliche Anstrengungen zur Bekämpfung des Treibhauseffektes sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene erforderlich. Sie verweist dazu auf die Klimaenquete-kommissionen des Deutschen Bundestages, die für die Industriestaaten weitere ganz erhebliche Minderungen der Treibhausgasemissionen als notwendig ansehen. Deshalb wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Europäische Union mit einem anspruchsvollen Zielvorschlag in die bald beginnenden internationalen Verhandlungen über die Weiterentwicklung der Kyoto-Ziele für die Zeit nach 2012 geht.

### Emissionen der sechs Treibhausgase des Kyoto-Protokolls (THG)



Quelle: Bericht 2000 der Bundesrepublik Deutschland über ein System zur Beobachtung von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen entsprechend der Ratsentscheidung 1999/296/EG

### **3. Erneuerbare Energien**

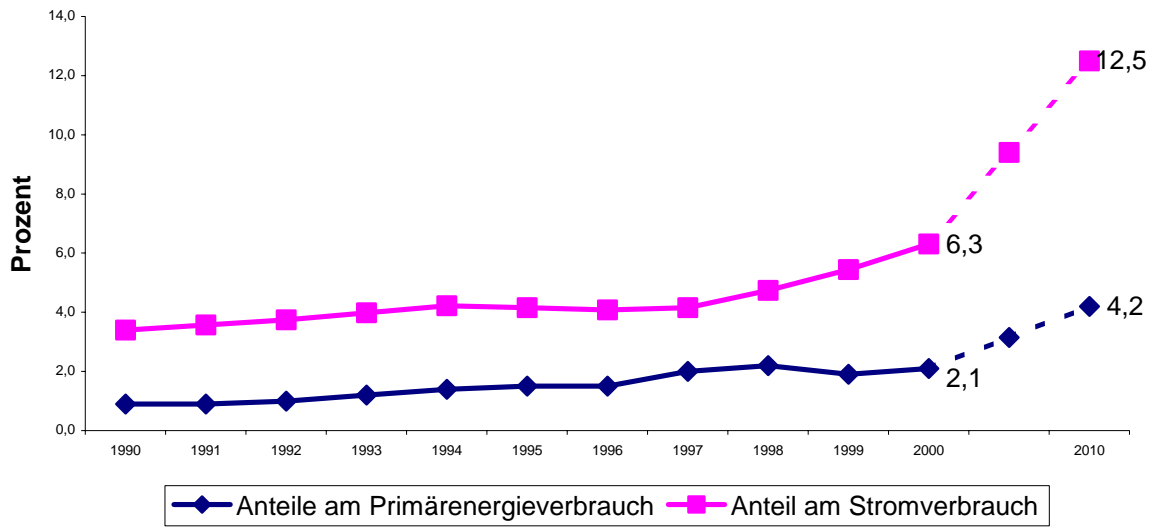
#### ***Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen***

Unsere wichtigsten Energieträger Öl, Gas und Kohle sind begrenzt. Ihre Nutzung ist zudem mit der Emission von Treibhausgasen verbunden. Aus beiden Gründen müssen wir verstärkt umwelt- und naturverträglich erneuerbare Energieträger nutzen.

In den vergangenen Jahren wurden vor allem durch den Ausbau der Windenergie bereits erhebliche Fortschritte erreicht. In keinem anderen Land wird die Nutzung der Windenergie so vorangetrieben wie in Deutschland. Ende 2001 waren rund 8.750 MW Windkraftleistung am Netz. Dies entspricht rund einem Drittel der weltweit installierten Leistung. Aber auch Sonnenenergie erlebt in Deutschland einen Boom. Allein 2001 wuchs die Kollektorfläche um 900.000 auf insgesamt 4,2 Mio. m<sup>2</sup>. Große Potenziale liegen darüber hinaus in der verstärkten Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen (insbesondere Holz).

Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis 2010 gegenüber 2000 auf 4,2 % und am Stromverbrauch auf 12,5 % zu erhöhen. Dies entspricht etwa einer Verdoppelung. Deutschland leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Ziel der EU, den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von 14% (1997) auf 22% (2010) zu erhöhen. Bis Mitte des Jahrhunderts sollen erneuerbare Energien rund die Hälfte des Energieverbrauchs decken. Daraus ergeben sich zwischen 2010 und 2050 liegende Orientierungswerte. Um eine solche Entwicklung zu erreichen, genügt es nicht, die erneuerbaren Energien auszubauen. Vielmehr muss zugleich der Energieverbrauch insgesamt reduziert werden.

### Anteile erneuerbarer Energien am Energieverbrauch



Quellen: AG Energiebilanzen, DIW 2001, Staiß, Jahrbuch Erneuerbare Energien 2001, VDEW 2001

#### **4. Flächeninanspruchnahme**

##### ***Freiräume erhalten***

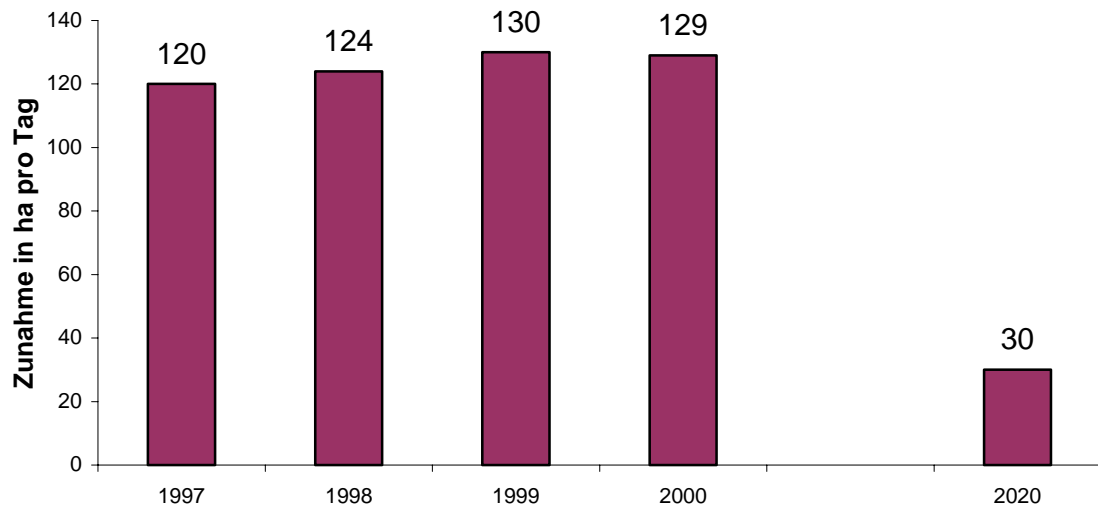
Zu wenig machen wir uns bewusst, dass auch die unbebaute Landschaft eine begrenzte Ressource ist. In Deutschland werden täglich rund 130 ha neu als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen. Ca. 80 % entfallen auf die Siedlungs- und 20 % auf die Verkehrsfläche. Von den ausgewiesenen Flächen wird etwa die Hälfte bebaut oder anderweitig versiegelt. Dies entspricht einer Fläche von rund hundert Fußballfeldern. Hinzu kommt, dass vor allem durch Verkehrswege die Landschaft und damit die Lebensräume von Tieren und Pflanzen immer stärker zerteilt werden. Diese Flächenzerschneidung gilt als eine der wesentlichen Ursachen des Artenverlustes in Mitteleuropa.

Durch Flächeninanspruchnahme und –zerschneidung nimmt der Lebensraum für Tiere und Pflanzen ebenso ab wie die Erholungslandschaften für die Menschen, die am Wochenende immer weitere Strecken zurücklegen, um in die Natur zu kommen.

Künftig wollen wir deshalb den Landschaftsverbrauch zurückführen, beispielsweise durch verstärktes Flächenrecycling. Dazu muss zunächst der ansteigende Trend der vergangenen Jahre umgekehrt und anschließend ein deutlicher Rückgang erreicht werden. Ziel ist eine Flächeninanspruchnahme von maximal 30 ha pro Tag im Jahr 2020. Gefordert sind hier in erster Linie die für die Landes- und Bauleitplanung zuständigen Länder und Kommunen.



### Siedlungs- und Verkehrsfläche



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

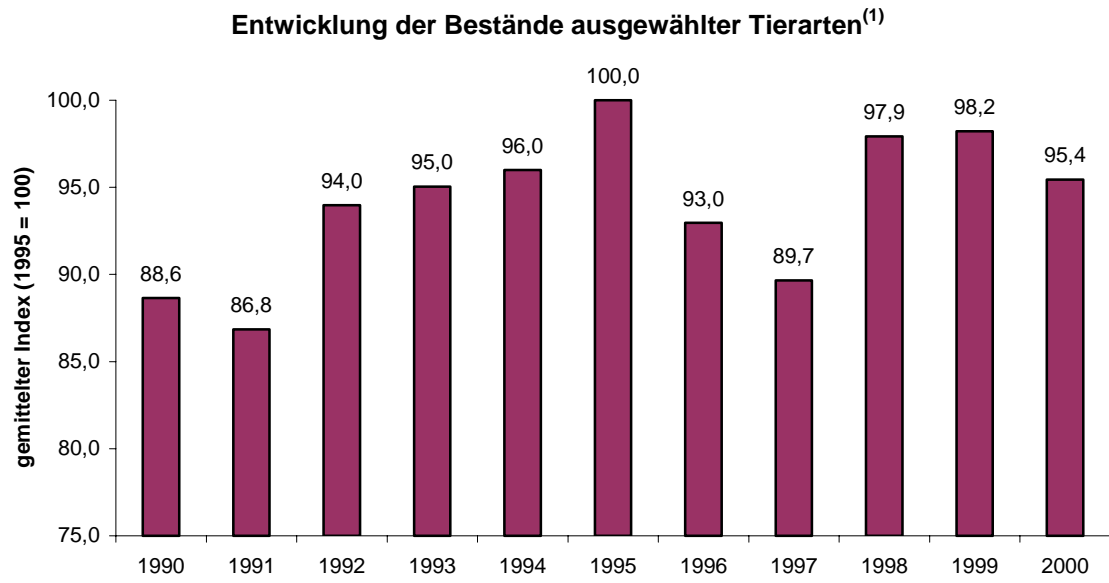
## 5. Artenvielfalt

### *Arten erhalten – Lebensräume schützen*

In Deutschland kommen heute etwa 28.000 Pflanzen- und 45.000 Tierarten vor. Die Vielfalt von Pflanzen, Tieren, Mikroorganismen und Lebensräumen („biologische Vielfalt“) bildet die Lebensgrundlage des Menschen und hält den Naturhaushalt im Gleichgewicht. Obwohl die biologische Vielfalt gefährdet ist, konnten durch gezielte Maßnahmen in den vergangenen Jahren bei einigen bedrohten Arten (z.B. Elbebiber, Weißstorch, Habicht und Sperber) gute Erfolge erzielt werden. Dieser Weg soll fortgesetzt werden, was vor allem Verbesserungen beim Schutz der Lebensräume voraussetzt.

Um im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Erfolge und Fehlentwicklungen bei der Sicherung der biologischen Vielfalt zu dokumentieren, wurde ein Index entwickelt, der die Entwicklung der Bestände ausgewählter Tierarten zusammenfasst. Diese Arten repräsentieren zugleich auch typische Lebensräume und ermöglichen so Aussagen über den Zustand von Natur und Landschaft. Der Artenindex enthält derzeit elf Tierarten, die unterschiedliche Lebensräume repräsentieren. Die Erweiterung um weitere Arten ist vorgesehen, um ein breiteres Spektrum an Lebensräumen abzudecken.

In den vergangenen Jahren weist der Artenindex im Vergleich zu 1995 einen schwankenden Verlauf auf. Dahinter verbergen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen. Während z.B. die Seehundbestände im Vergleich zu 1995 um rund zwei Drittel angestiegen sind, fielen Seeregenpfeifer und Alpenstrandläufer auf rund die Hälfte ihres Niveaus von 1995 zurück. Ziel ist es, bei allen Arten und den von ihnen repräsentierten Lebensräumen einen stabilen Zustand auf hohem Niveau zu erreichen.



(1) Mittelwerte der Bestände von Weißstorch, Schwarzstorch, Rotmilan, Seeregenpfeifer, Alpenstrandläufer, Bless- und Saatgans, Seeadler, Schreiadler, Zwergseeschwalbe und Seehund.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

## 6. Staatsverschuldung

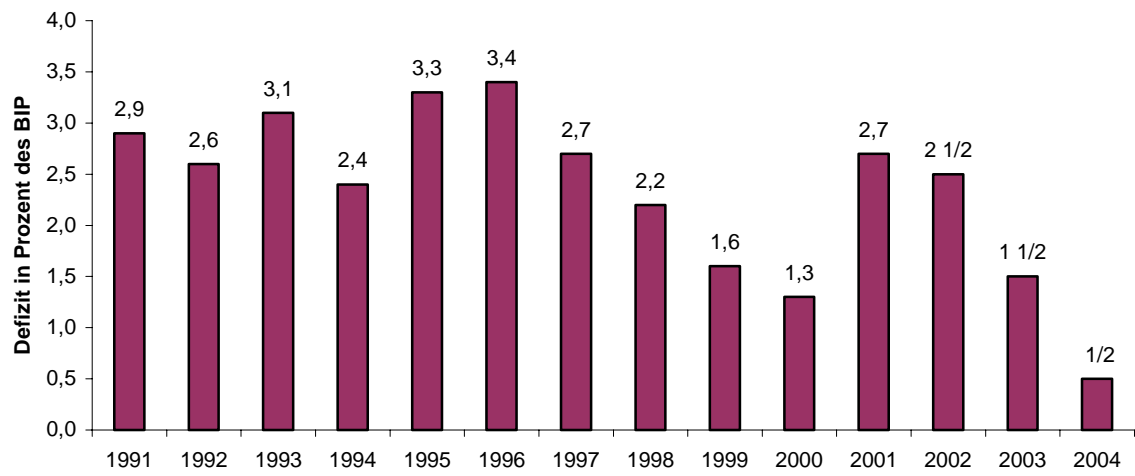
### ***Schulden abbauen – neue Handlungsspielräume schaffen***

Eine solide Finanzpolitik gehört zu den Kernelementen der Politik der Bundesregierung. Parallel zu der im Rahmen der großen Steuerreform erfolgten Entlastung für private Haushalte und Unternehmen (allein im Jahr 2001 rund 23 Mrd. €, mittelfristig rd. 48 Mrd. €) hat die Bundesregierung die Nettokreditaufnahme des Bundes konsequent zurückgeführt. Mit rund 40 Mrd. € erreichte sie 1996 ihren Höchststand. Nach knapp 23 Mrd. € im Jahr 2001 soll sie kontinuierlich auf 5 Mrd. € in 2005 abgesenkt werden. Ziel ist ein ausgeglichener Bundeshaushalt im Jahr 2006. Ab dem Jahr 2007 sollen Überschüsse im Bundeshaushalt zur kontinuierlichen Schuldentilgung verwendet werden.

Dieser Konsolidierungskurs war längst überfällig. Zu lange wurden Staatsausgaben auf Pump finanziert. Die Folge: Zurzeit binden die Zinszahlungen rund 20 % der Steuereinnahmen des Bundes. Für wichtige Zukunftsausgaben wie z.B. Bildung, Forschung und Entwicklung stehen diese Beträge nicht mehr zur Verfügung. Künftig wollen wir nicht mehr auf Kosten nachfolgender Generationen leben.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungssysteme müssen - jeder für sich und gemeinsam - ihren Beitrag zur Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen leisten. Konjunkturell bedingte Ausschläge des Staatsdefizits, wie sie im Jahr 2001 zu beobachten waren, dürfen nicht zu einer Verfestigung auf vergleichsweise hohem Niveau führen. Trotz der ungünstigen Entwicklung im vergangenen Jahr wird für den Gesamtstaat ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 2004 angestrebt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine strikte Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf allen Ebenen erforderlich.

**Staatsdefizit**  
**(Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungssysteme)**

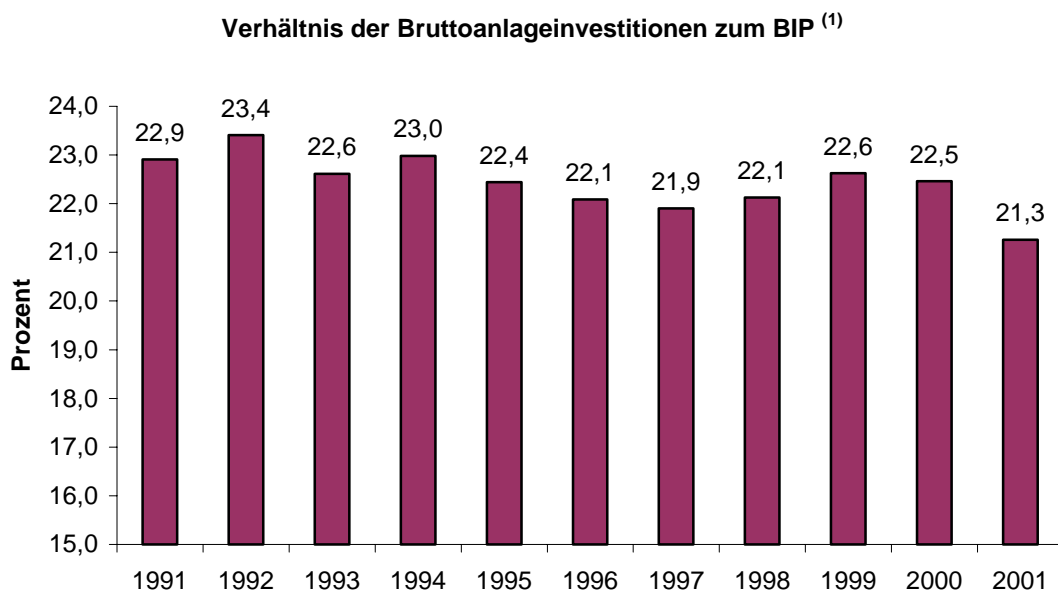


Quelle: Bundesministerium der Finanzen

## 7. Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge

### *Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft sichern*

Dauerhaft erfolgreiches Wirtschaften setzt Investitionen voraus. Nur wer attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen schafft, wird auch künftig wirtschaftlich leistungsfähig bleiben, ein hohes Beschäftigungsniveau erreichen und eine moderne, innovative Wirtschaftsstruktur sichern. In den vergangenen Jahren schwankte die Investitionsquote in einem Bereich zwischen 21,3 und 23,4 % bezogen auf das BIP. Auch in Zukunft hält die Bundesregierung eine hohe gesamtwirtschaftliche Investitionsquote für erforderlich.



(1) Bruttoanlageinvestitionen sind Investitionen in Form von Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen der Unternehmen und des Staates.

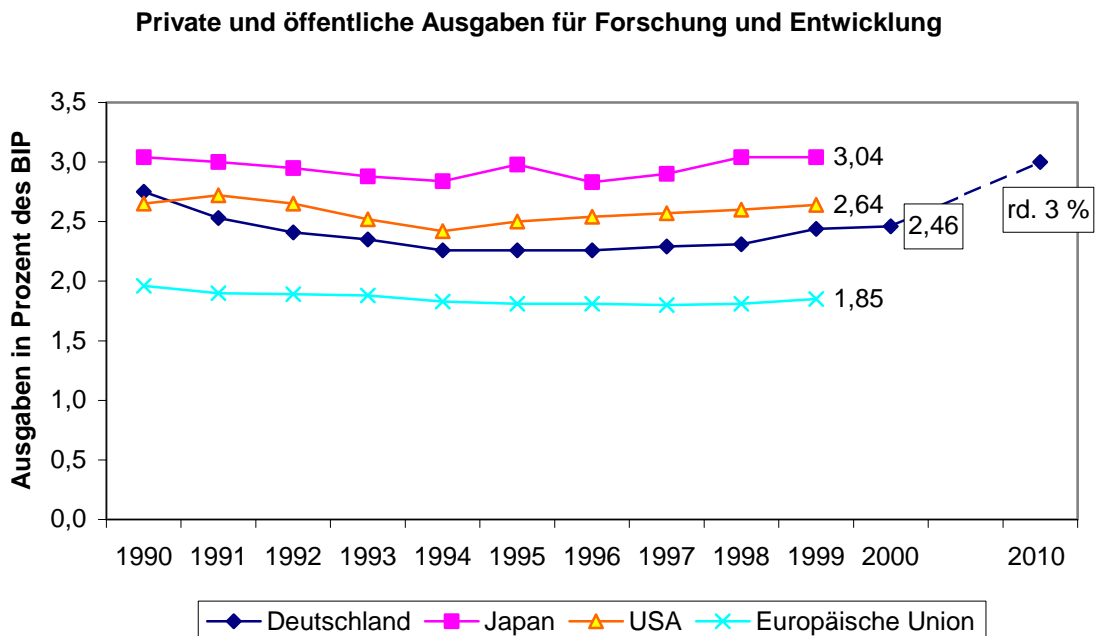
Quelle: Statistisches Bundesamt

## 8. Innovation

### *Zukunft mit neuen Lösungen gestalten*

Vor 30 Jahren spielte der Computer in Wirtschaft und Gesellschaft keine Rolle – heute ist er aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Solche Innovationen sind das Fundament für wachsenden Wohlstand und zugleich Voraussetzung für ein effizientes und damit umweltverträgliches Wirtschaften. Ausgaben für die Erforschung und Entwicklung neuer, innovativer Technologien kommt daher eine Schlüsselrolle für die Lebensqualität künftiger Generationen zu.

In Deutschland wurden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP in den letzten Jahren deutlich gesteigert, nachdem sie in der ersten Hälfte der neunziger Jahren zurückgegangen waren. Allein im Bundeshaushalt liegt der Ansatz im Jahr 2002 mit 8,4 Mrd. € um 15,5 % über den Ausgaben von 1998. Noch immer liegt der Anteil der F&E-Ausgaben insgesamt (staatliche und private Ausgaben) am BIP in Deutschland aber niedriger als in den USA und Japan. Angestrebt wird eine Erhöhung auf rund 3 % bis 2010.



Quelle : OECD, Main Science and Technology Indicators 2001/1. Daten teilweise geschätzt.

## 9. Bildung

### ***Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern***

Investitionen in die Ausbildung junger Menschen sind Zukunftsinvestitionen. Das gilt gerade in einer Welt, die sich durch technischen Fortschritt in rasantem Tempo wandelt. Schlagworte wie „lebenslanges Lernen“ und „Wissensgesellschaft“ bringen dies zum Ausdruck. Wissen und Gestaltungskompetenz sind zudem notwendige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Wichtiges politisches Ziel der Bundesregierung ist es, dass möglichst alle Jugendliche einen Schulabschluss erreichen und einen Ausbildungsplatz erhalten oder ein Studium aufnehmen. Mit dem erfolgreichen Programm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ("JUMP") wurde seit 1999 rund 350.000 Jugendlichen eine Perspektive in Form von Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung gegeben.

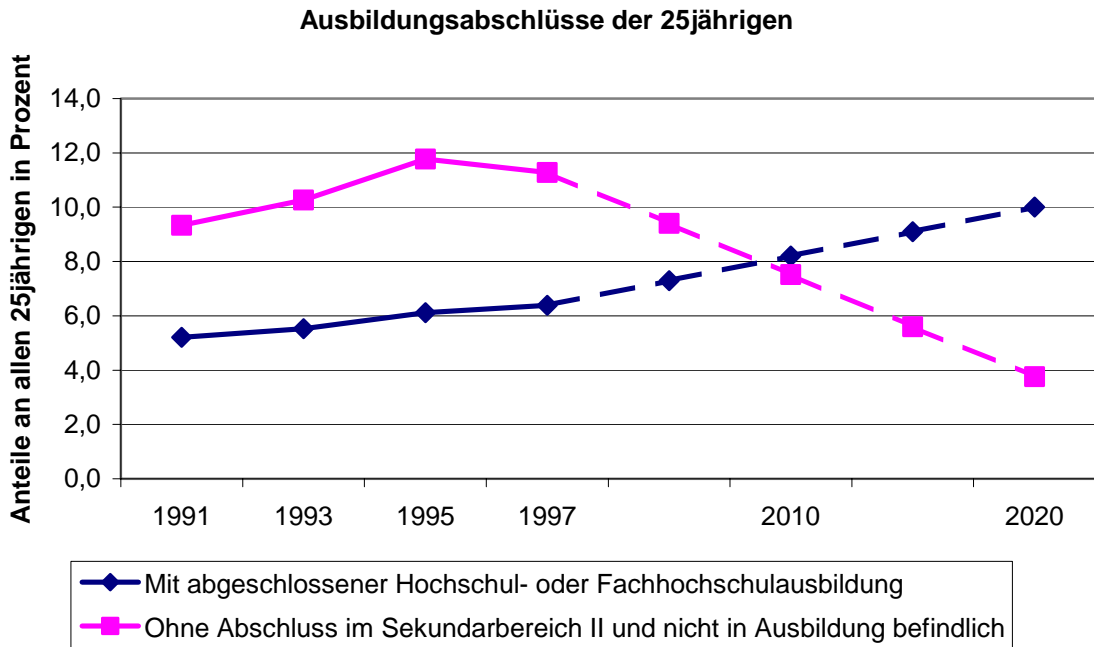
In den letzten Jahren lag die Quote der 25jährigen ohne Hochschulzugangsberechtigung bzw. Berufsausbildung bei 10 bis 12 Prozent. Gemeinsam mit den Ländern strebt die Bundesregierung an, diese Quote bis 2010 um rund ein Drittel und bis 2020 um etwa ein weiteres Drittel auf rund 4 % zu reduzieren.

Die Zahl der Studienanfänger in Deutschland liegt mit 28,5 % im Jahr 1999 deutlich unter dem OECD-Durchschnitt (45 %). Die Erklärung hierfür ist nicht allein in den deutschen Besonderheiten des dualen Bildungssystems zu finden, sondern auch in einer derzeit relativ geringen Bereitschaft der Studienberechtigten, ein Studium aufzunehmen. Energische Reformen sind erforderlich, um das bereits vorhandene Potenzial voll auszuschöpfen und damit zugleich die Grundlage für eine künftige Entwicklung zu legen. Im Jahr 2000 lag die Studienanfängerquote in Deutschland bei 30,2 %. Ziel ist eine Quote von rund 40 % im Jahr 2010.

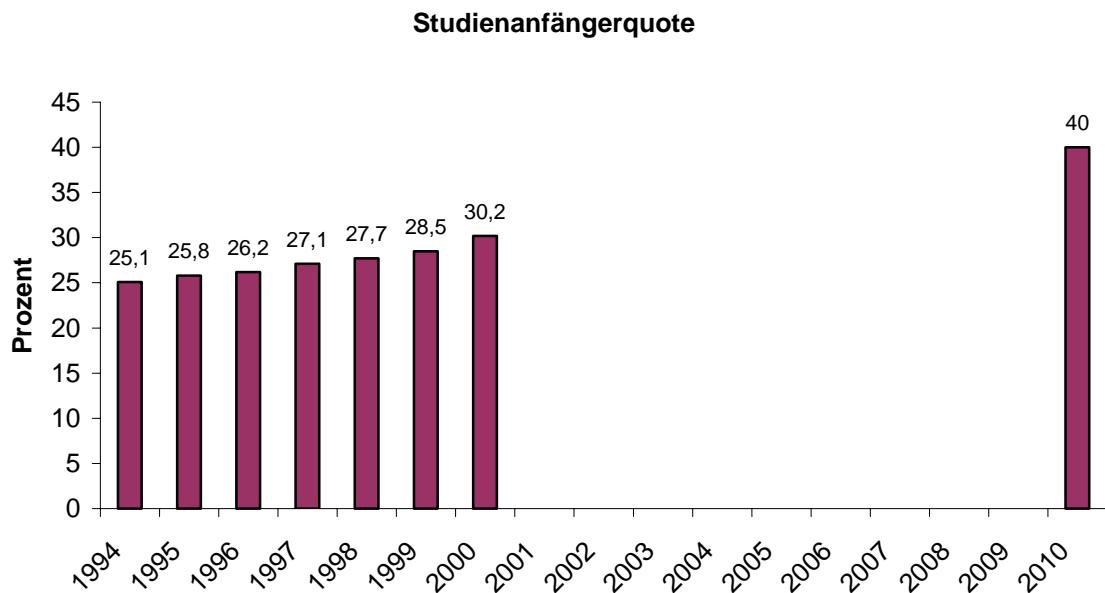
Darüber hinaus wird angestrebt, den Anteil derjenigen deutlich zu erhöhen, die mit 25 Jahren ein Studium abgeschlossen haben. Dies bedeutet im Wesentlichen: Die Studienabbrecherquote und die Studienwechslerquote sind zu senken und die



Studienzeiten sind sinnvoll zu verkürzen. Die genannten Zielsetzungen stellen vor allem für Schulen und Hochschulen eine Herausforderung dar.



Quelle: ZUMA-Auswertung des Mikrozensus



## **II. Lebensqualität**

Eine ausgewogene Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen zu finden – das ist der Grundgedanke einer nachhaltigen Entwicklung. Nachhaltigkeit beschränkt sich also keineswegs auf das Wohlergehen künftiger Generationen. Mehr Lebensqualität hier und heute – auch das ist ein Leitmotiv einer nachhaltigen Entwicklung.

Wirtschaftlicher Wohlstand gehört damit zu den zentralen Zielen einer nachhaltigen Politik. Lebensqualität umfasst aber weit mehr als materiellen Wohlstand. Eine intakte Umwelt gehört dazu ebenso wie gute Schulen und die persönliche Sicherheit. Aber auch die von der Bundesregierung eingeleitete Neuorientierung der Agrarpolitik zielt auf mehr Lebensqualität.

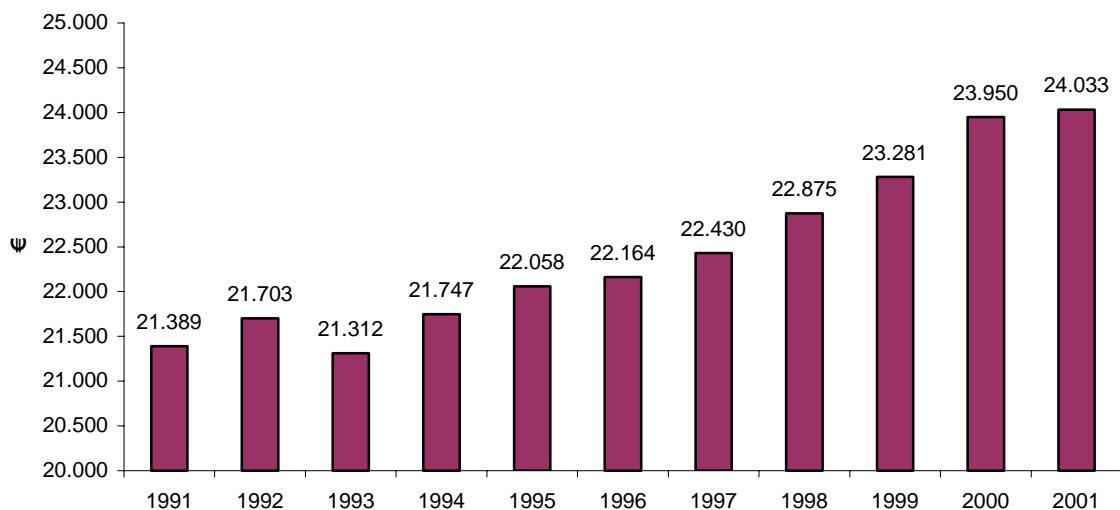
## 10. Wirtschaftlicher Wohlstand

### *Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern*

Eine steigende Wirtschaftsleistung ist ein zentraler Indikator für zunehmenden Wohlstand in der Gesellschaft. Dabei wird nicht verkannt, dass mit wirtschaftlichem Wachstum ein steigender Verbrauch begrenzter Ressourcen und eine zunehmende Umweltbelastung verbunden sein können. Wichtig ist daher, dass die Steigerung der Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich erfolgt.

In diesem Sinne strebt die Bundesregierung eine kontinuierliche, umwelt- und sozialverträgliche Steigerung des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner an. Durch die wirtschafts- und finanzpolitischen Reformen der letzten Jahre, vor allem die Steuerreform, wurden die Rahmenbedingungen dafür entscheidend verbessert. Auf dieser Grundlage kann nach der weltweiten Konjunkturschwäche des Jahres 2001 im laufenden Jahr wieder mit einer konjunkturellen Erholung gerechnet werden.

**Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Preisen von 1995**



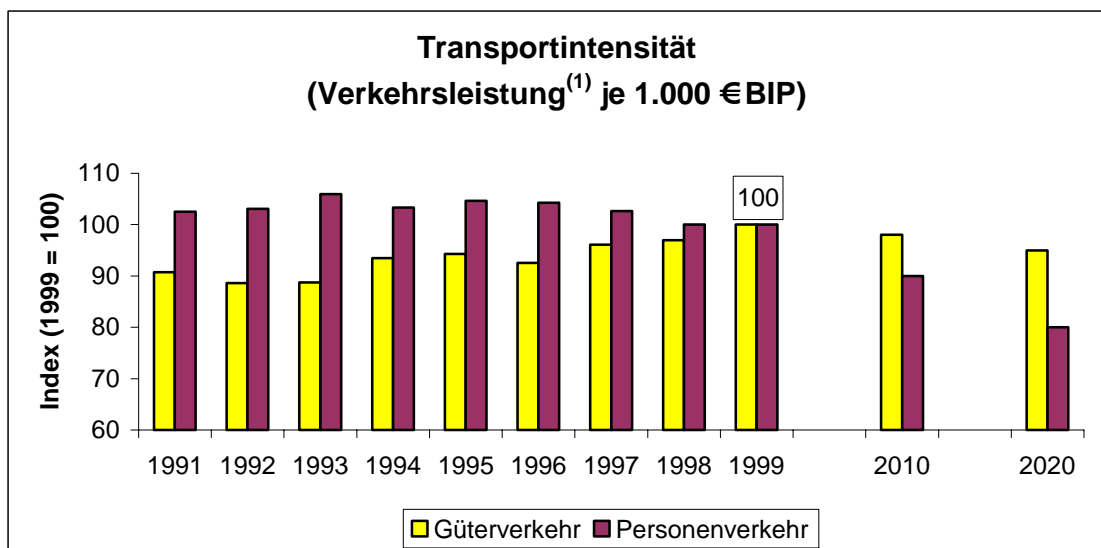
Quelle: Statistisches Bundesamt

## 11. Mobilität

### *Mobilität umweltverträglich gestalten*

Am Verkehr scheiden sich die Geister. Wir alle wollen mobil sein, möglichst schnell zum Arbeitsplatz, zu Freunden oder zum Einkaufen kommen. Zugleich ärgern wir uns über Staus, Verkehrslärm, Abgase und verbaute Landschaften. Um diese Gesichtspunkte zusammenzuführen, müssen wir Mobilität umweltverträglich gestalten und - ähnlich wie in der Industrie oder der Energiewirtschaft - die Effizienz verbessern. Lkw, die ohne Ladung fahren, nützen z.B. niemandem etwas. Durch effizientere Logistiksysteme müssen solche Leerfahrten reduziert werden. Insgesamt geht es darum, Wirtschaftsleistung und Verkehrsleistung in vergleichbarer Weise zu entkoppeln, wie dies beim Energieverbrauch bereits gelungen ist.

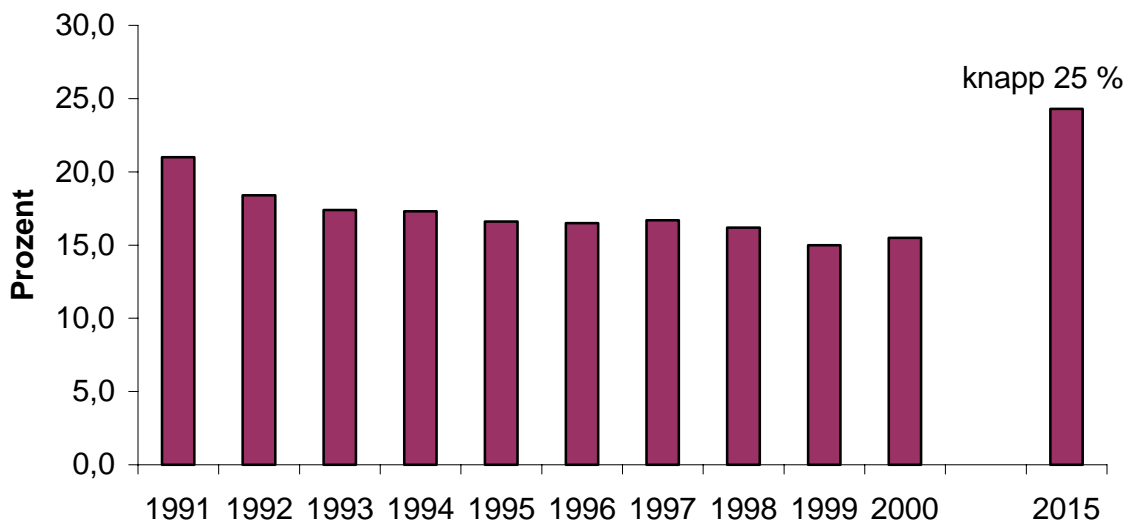
In den neunziger Jahren war allerdings im Güterverkehr ein Anstieg der Transportintensität und damit auch der absoluten Verkehrsleistung zu beobachten. Im Personenverkehr blieb die Transportintensität relativ konstant. Ziel ist es, beim Verkehr eine ähnliche Entwicklung einzuleiten, wie sie im Energiebereich bereits gelungen ist, d.h. Wirtschaftsleistung und Verkehrsleistung zu entkoppeln. In diesem Sinne wird ein Rückgang der Transportintensität um rund 5 % im Güterverkehr bzw. 20 % im Personenverkehr bis 2020 bezogen auf 1999 angestrebt.



(1) Mrd. Tonnen- bzw. Personenkilometer

Neben der Entkopplung von Wirtschafts- und Verkehrsleistung geht es darum, die verkehrlichen Belastungen durch Erhöhung der Anteile (Modal split) des nichtmotorisierten Verkehrs sowie der umweltfreundlichen Verkehrsträger, Schiene, ÖPNV und Wasserstraße zu bewältigen. In den neunziger Jahren war hier sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr eine negative Entwicklung zu beobachten. Dieser Trend soll umgekehrt werden. Ziel ist eine Verdoppelung der Güterverkehrsleistung der Schiene bis 2015 gegenüber 1997. Das entspricht einem Anteil von 24,3 %. Die Verkehrsleistung der Binnenschifffahrt soll im gleichen Zeitraum um rund 40 % wachsen, was einem Anteil von 14,1% entspricht. Auch für den öffentlichen Personenverkehr (Schiene und Straße) wird ein steigender Anteil an der gesamten Verkehrsleistung angestrebt.

### Anteil des Schienenverkehrs an der Güterverkehrsleistung



Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

## 12. Ernährung

### ***Gesunde Nahrungsmittel umweltverträglich produzieren***

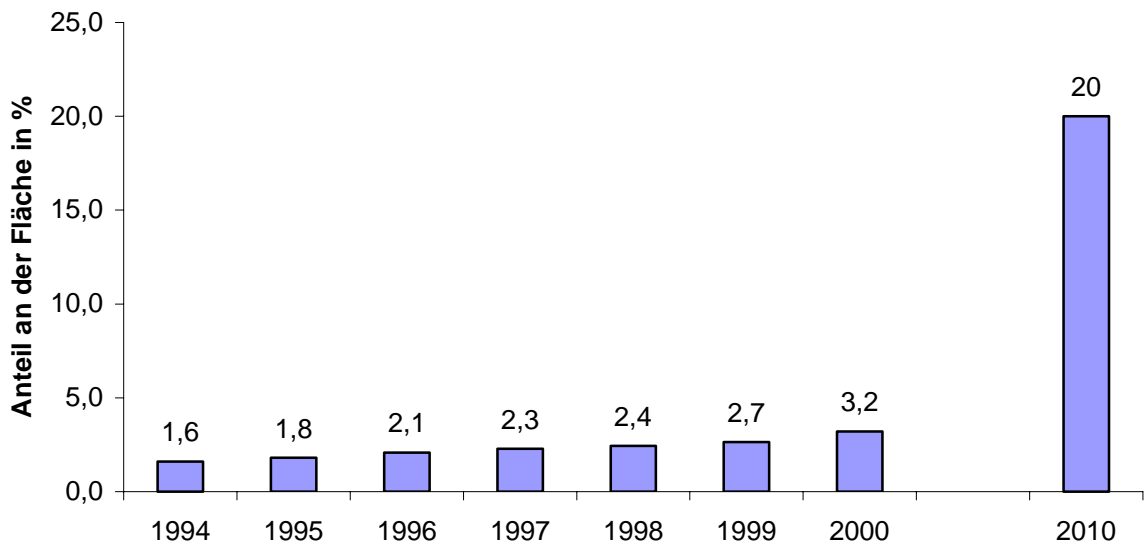
Mit der Neuorientierung der Agrarpolitik hat die Bundesregierung ein weiteres Reformprojekt für eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet. Sie setzt dabei auf Qualität und stellt den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt. Immer mehr Menschen interessieren sich dafür, wo ihre Nahrungsmittel herkommen, wie sie produziert werden und was sie enthalten.

Zu den zentralen Zielen der Neuorientierung der Agrarpolitik gehören deshalb eine umwelt- und naturverträglichere Produktionsweise und hohe Anforderungen an eine tiergerechte Haltung der Nutztiere. So werden das Vertrauen in die Qualität der Produkte gestärkt und die wirtschaftlichen Grundlagen für die landwirtschaftlichen Unternehmen gesichert.

Unter umweltpolitischen Gesichtspunkten bedeutet nachhaltige Landwirtschaft insbesondere, dass Boden, Wasser und Luft geschützt sowie die Bodenfruchtbarkeit und die biologische Vielfalt erhalten bzw. vermehrt werden. Dünger und Pflanzenschutzmittel sind bedarfsgerecht und effizient einzusetzen. Umweltbelastungen, insbesondere Nitrateinträge in die Gewässer und Ammoniakemissionen, sind so weit wie möglich zu vermeiden.

Der ökologische Landbau wird den Anforderungen an eine nachhaltige Landwirtschaft schon heute in besonderem Maße gerecht. Ziel ist es, den Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis 2010 auf 20 % zu steigern. Ob dies gelingt, hängt vor allem von den Verbraucherinnen und Verbrauchern ab, die mit ihrer Nachfrage darüber entscheiden.

### Ökologischer Landbau

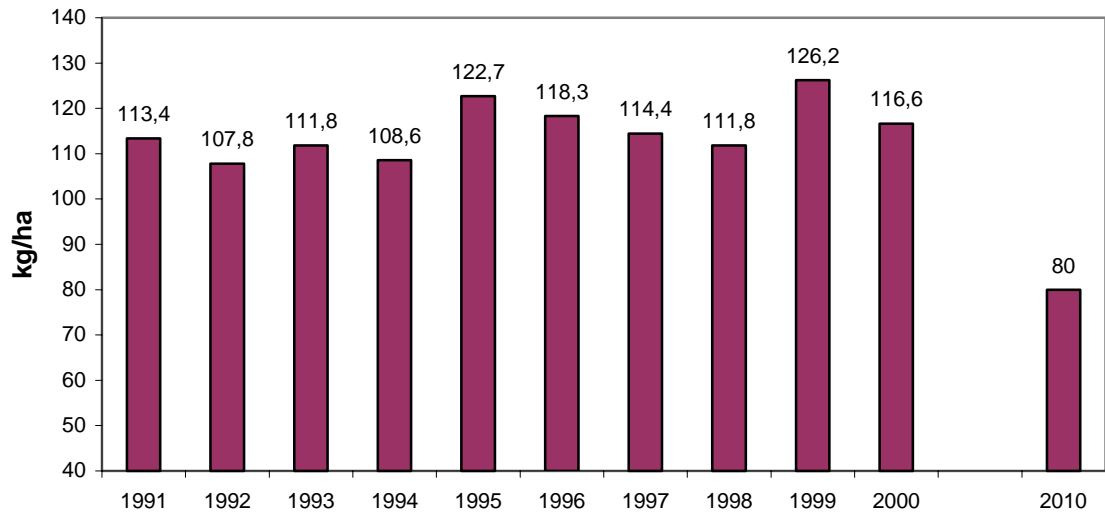


Quelle: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Ernährung

Eine nachhaltige Landwirtschaft darf sich jedoch nicht auf den ökologischen Landbau beschränken. Zurzeit werden 97 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche konventionell bewirtschaftet. Ein wichtiger Gradmesser für die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft insgesamt ist der Stickstoffüberschuss. Stickstoff wird in der Landwirtschaft als Dünger eingesetzt und hat – soweit er nicht von den Nutzpflanzen aufgenommen wird – weit reichende Auswirkungen auf den Naturhaushalt (u.a. Versauerung, Eutrophierung, Nitratbelastung des Grundwassers sowie von Oberflächengewässern, Beeinträchtigung der biologischen Vielfalt).

Ziel ist es, den Stickstoffüberschuss in der Gesamtbilanz, d.h. Überschüsse auf der landwirtschaftlich genutzten Fläche und im Stall, über die Pfade Luft, Boden und Wasser bis 2010 auf 80 kg/ha zu verringern.

**Stickstoff-Überschuss (Gesamt-Bilanz)**

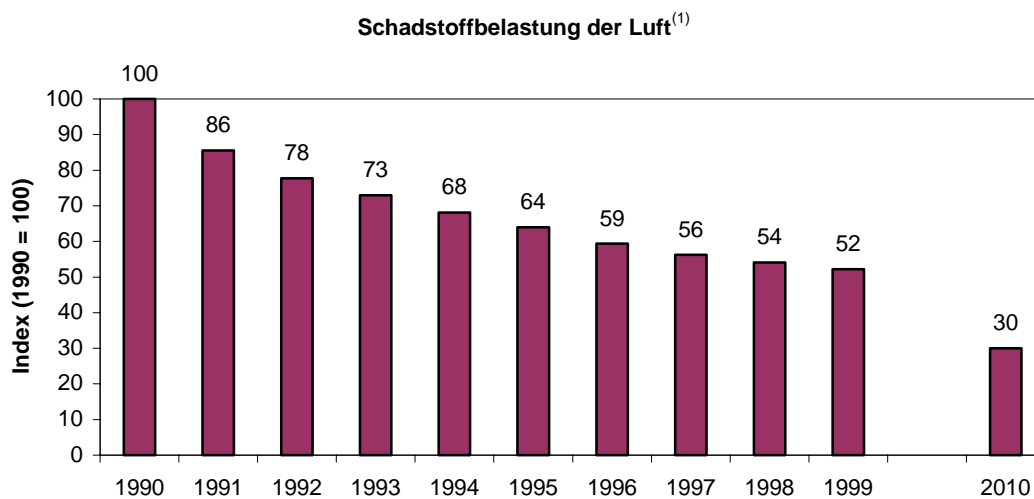




### 13. Luftqualität

#### *Gesunde Umwelt erhalten*

Seit Willy Brandt 1961 den „Blauen Himmel über der Ruhr“ forderte, hat sich die Luftqualität in Deutschland erheblich verbessert. Filter in den Kraftwerken, Katalysatoren in Fahrzeugen und effiziente Heizungsanlagen haben dazu beigetragen. Diese Entwicklung gilt es fortzusetzen. Bis 2010 soll die Belastung mit wichtigen Luftschadstoffen gegenüber 1990 in einer Größenordnung von rund 70 % reduziert werden.



(1) Der Index umfasst die Emissionen von SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>, VOC und NH<sub>3</sub>. Er gibt an, auf wie viel Prozent diese Emissionen im Durchschnitt gegenüber 1990 gesunken sind.

Quelle: Umweltbundesamt

## 14. Gesundheit

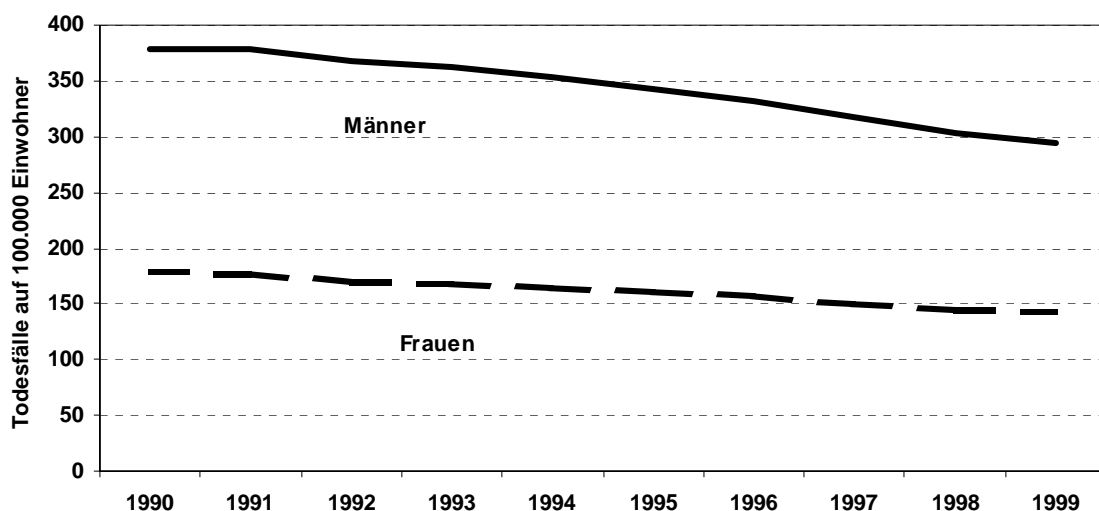
### *Gesund leben*

Kaum etwas spielt für unsere Lebensqualität eine so wichtige Rolle wie die persönliche Gesundheit. Für einen guten Gesundheitszustand können wir zunächst selbst viel tun. Ernährungsverhalten, Tabak- und Alkoholgenuss sowie körperliche Aktivität sind hierfür wichtige Stichworte. Aber auch Umwelteinflüsse (z.B. Luft- und Wasserqualität, Lärm) wirken sich auf die Gesundheit aus.

Auskunft über den Gesundheitszustand und die Gesundheitsversorgung gibt die vorzeitige Sterblichkeit, also der Anteil der Personen, die vor dem 65. Lebensjahr sterben. In diesen Indikator fließen z.B. durch Krebserkrankungen und Verkehrsunfälle verursachte Todesfälle ein. Sinkende Werte des Indikators spiegeln also Fortschritte in der Medizin, Verbesserung in der Behandlung sowie das Verhalten der Bevölkerung (z.B. Tabakkonsum) und vorbeugende Maßnahmen wider. In einem weiteren Sinne gehen auch Aspekte der Nachhaltigkeit, z.B. bessere Luft durch die Minderung von Schadstoffemissionen oder bessere Ernährung durch qualitätsorientierte Produktion, in diesen Indikator ein.

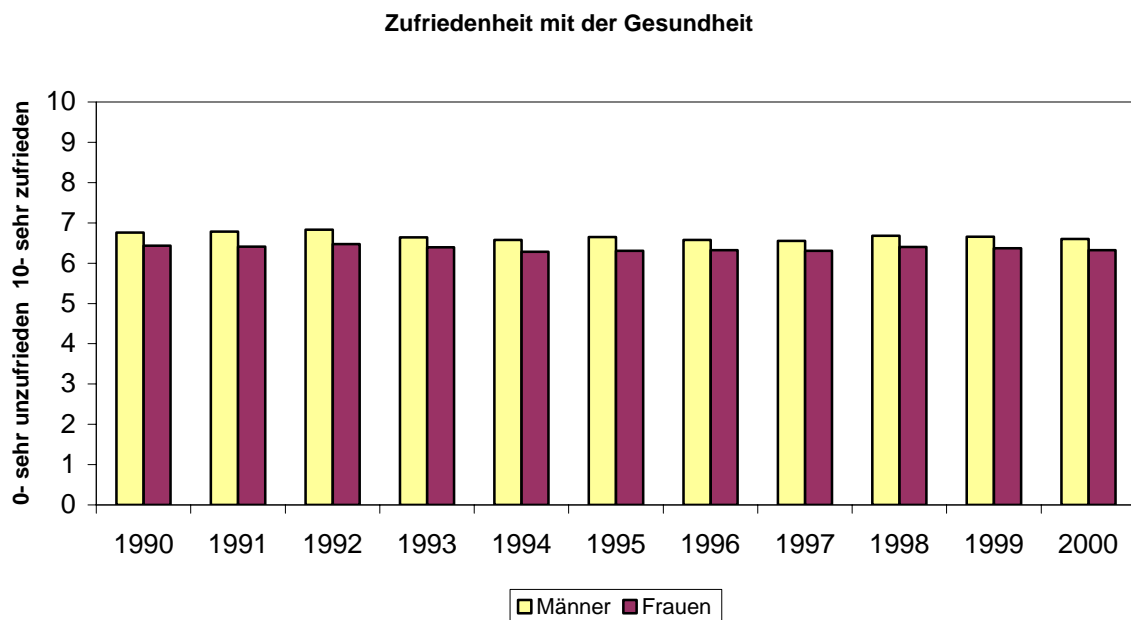
In den letzten Jahren ging die vorzeitige Sterblichkeit kontinuierlich zurück. Dieser Trend sollte sich auch künftig fortsetzen.

**Vorzeitige Sterblichkeit (vor einem Alter von 65 Jahren)**



Quelle: Statistisches Bundesamt

Um die Frage nach der Gesundheit umfassend zu beantworten, reicht es jedoch nicht, nur zu analysieren, wie viele Menschen vorzeitig sterben oder ob sie krank sind. Ebenso wichtig ist die Frage, wie die eigene Gesundheit subjektiv empfunden wird. Gerade in Zeiten, in denen chronische Erkrankungen eine immer größere Rolle spielen, hat die persönliche Zufriedenheit mit der Gesundheit zentrale Bedeutung für unsere Lebensqualität. Entsprechende Zahlen werden inzwischen international regelmäßig erhoben. Für Deutschland fand sich in den vergangenen Jahren ein relativ stabiler Mittelwert. Die Bürgerinnen und Bürger sind demnach überwiegend zufrieden mit ihrem Gesundheitszustand.



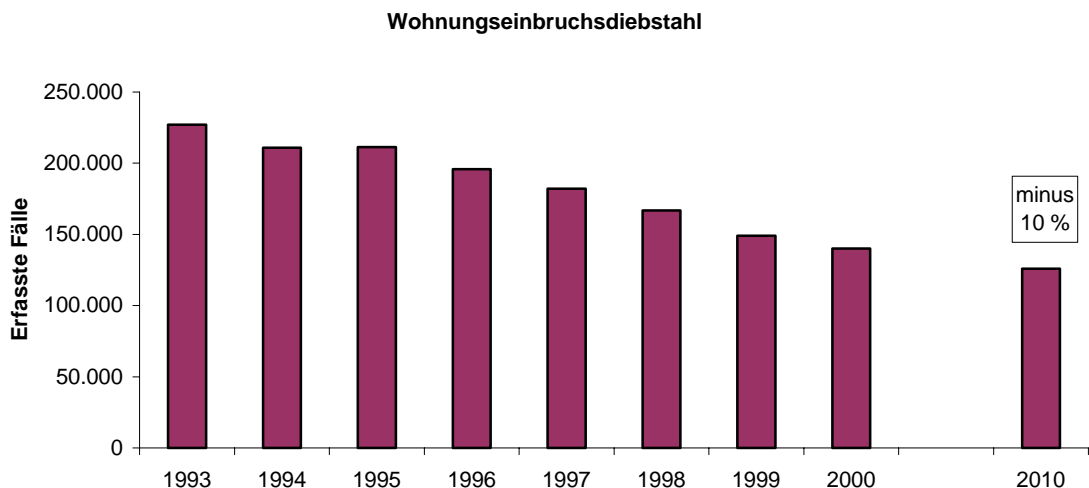
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

## 15. Kriminalität

### *Persönliche Sicherheit weiter erhöhen*

Die Sicherheit des eigenen Lebens und das der Familie sowie des Eigentums stellen ein menschliches Grundbedürfnis dar. Kriminalität kann zu einem gesellschaftlichen Klima der Angst führen und auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen. Der kontinuierliche Rückgang der Straftaten ist deshalb ein wichtiges Ziel einer nachhaltigen Entwicklung.

Gerade Wohnungseinbrüche stellen eine Bedrohung der persönlichen Sicherheit dar. In den neunziger Jahren konnte hier eine erfreuliche Entwicklung festgestellt werden: Die Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle ging um über ein Drittel zurück. Mit einem Rückgang um weitere 10 % soll diese Entwicklung fortgesetzt werden. Neben einer Verstärkung der bereits bestehenden Präventionsmaßnahmen wird die Kriminalitätsentwicklung in diesem Deliktsbereich wesentlich durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei der Sicherung ihres Eigentums sowie durch die aktive Mitwirkung bei der Aufklärung von Straftaten beeinflusst.



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

### **III. Sozialer Zusammenhalt**

Bei der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit denken die meisten Menschen zunächst an die sozialen Sicherungssysteme. In Deutschland ist dieses soziale Netz dicht gewebt. Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung decken die wichtigsten Risiken ab. Als weiteres Netz verhindert die Sozialhilfe materielle Armut. Die Bundesregierung hat insbesondere durch die Rentenreform dafür gesorgt, dass unser weltweit vorbildliches Sozialversicherungssystem auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels funktionsfähig bleibt.

Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft umfasst aber mehr als die sozialen Sicherungssysteme. Vor dem Hintergrund des raschen wirtschaftlichen Strukturwandels geht es darum, alle Menschen mitzunehmen, sie an der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung zu beteiligen. Wir müssen eine Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer verhindern, integrieren statt bestimmte Bevölkerungsgruppen auszugrenzen. Diese Herausforderungen richten sich nicht nur an den Staat. Unternehmen und Gewerkschaften, Kirchen und Verbände und die Zivilgesellschaft insgesamt sind gefordert, ihren Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft zu leisten.

## 16. Beschäftigung

### *Beschäftigungsniveau steigern*

Arbeit ist die Existenzgrundlage der Menschen und ermöglicht die Teilhabe am Wohlstand in der Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung zur Selbstverwirklichung.

In den neunziger Jahren lag die Arbeitslosenquote in Deutschland in einem Bereich zwischen acht und zehn Prozent. Ein solches Niveau an Arbeitslosigkeit ist nicht hinnehmbar. Denn Arbeitslosigkeit stellt auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, vor allem aber für die Betroffenen ein zentrales Problem dar, das politisches Handeln verlangt. Sie geht mit fehlenden Steuereinnahmen einher, mindert die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen und erschwert - weil die sozialen Sicherungssysteme in großem Umfang in Anspruch genommen werden - die Senkung der Lohnnebenkosten. Außerdem ist Arbeitslosigkeit regional sehr ungleich verteilt, was die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse – insbesondere im Hinblick auf die neuen Länder – in auf Dauer nicht akzeptabler Weise beeinträchtigt. Arbeitslosigkeit stellt aber vor allem für die Betroffenen und ihre Familien eine schwere Belastung dar. Auf der politischen Agenda steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit deshalb ganz oben.

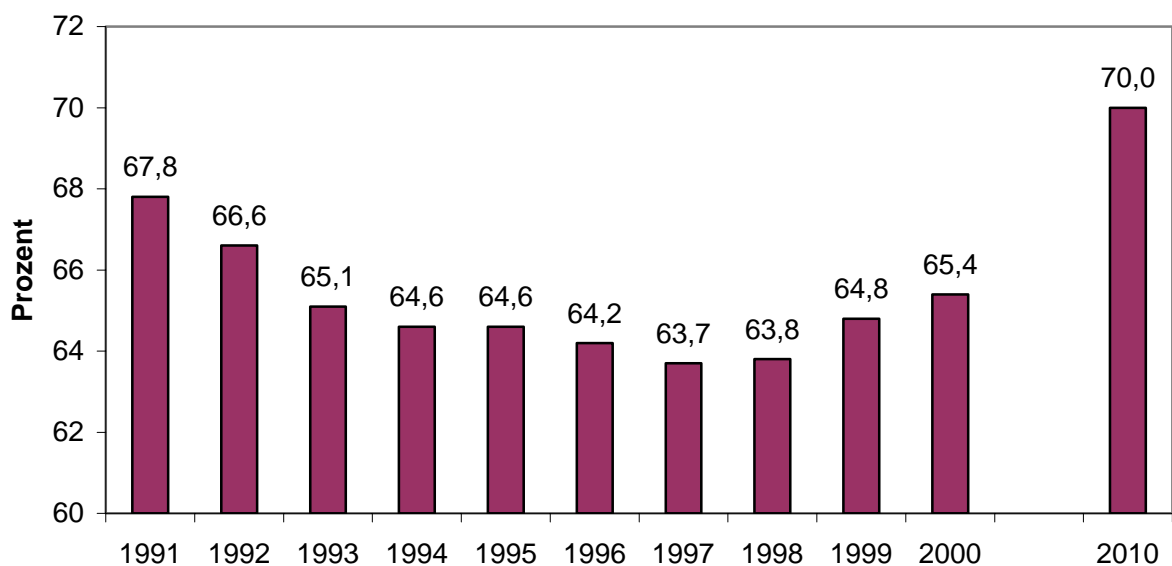
In den vergangenen Jahren wurden auf dem Arbeitsmarkt deutliche Erfolge erzielt. Die Beschäftigung stieg 2001 auf den Rekordstand von 38,8 Millionen Erwerbstätigen. Entsprechend lag auch die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2001 um 430.000 niedriger als 1998. Durch die weltweite Konjunkturschwäche ist diese positive Entwicklung zwar vorübergehend beeinträchtigt worden. Mit dem im laufenden Jahr erwarteten konjunkturellen Aufschwung wird sich der Abbau der Arbeitslosigkeit aber wieder fortsetzen. Die Bundesregierung wird dabei nicht allein auf den Aufschwung vertrauen. Sie setzt vielmehr auf die aktivierenden Wirkungen ihrer Arbeitsmarktpolitik. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung die Weichen für einen strukturellen Umbau der Arbeitsverwaltung gestellt. Die Bundesanstalt für Arbeit wird zu einem modernen kunden- und wettbewerbsorientierten Dienstleister weiterentwickelt mit dem Ziel einer Konzentration auf Kernaufgaben, insbesondere Vermittlung und Beratung.

Auch wenn die Arbeitslosigkeit zurzeit eines der drängendsten Probleme ist, wird sich die Arbeitsmarktproblematik künftig tendenziell umkehren. Schon heute ist in einigen Branchen und Regionen ein Arbeitskräftemangel festzustellen. Aufgrund des demografischen Wandels (niedrige Geburtenraten und ein wachsender Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung) wird sich dieses Problem noch verstärken.

Vor diesem Hintergrund ist es für eine auch langfristig positive wirtschaftliche Entwicklung zwingend erforderlich, dass vorhandene Beschäftigungspotenziale effektiv genutzt werden. So können z.B. durch bessere Betreuungsangebote für Kinder die Chancen der Mütter, sich beruflich zu engagieren, verbessert werden. Auch älteren Menschen sollten verstärkt Möglichkeiten angeboten werden, ihr Wissen und ihre Erfahrungen weiterhin einzubringen. Dies bedeutet langfristig eine Steigerung der Erwerbstätigenquote.

Aus dem Blickwinkel der nachhaltigen Entwicklung kommt der Erwerbstätigenquote also eine besondere Rolle zu. Sie gibt an, welcher Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter tatsächlich erwerbstätig ist. Die Bundesregierung strebt an, die Erwerbstätigenquote bis 2010 auf 70 % zu erhöhen.

**Erwerbstätigenquote**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

## 17. Perspektiven für Familien

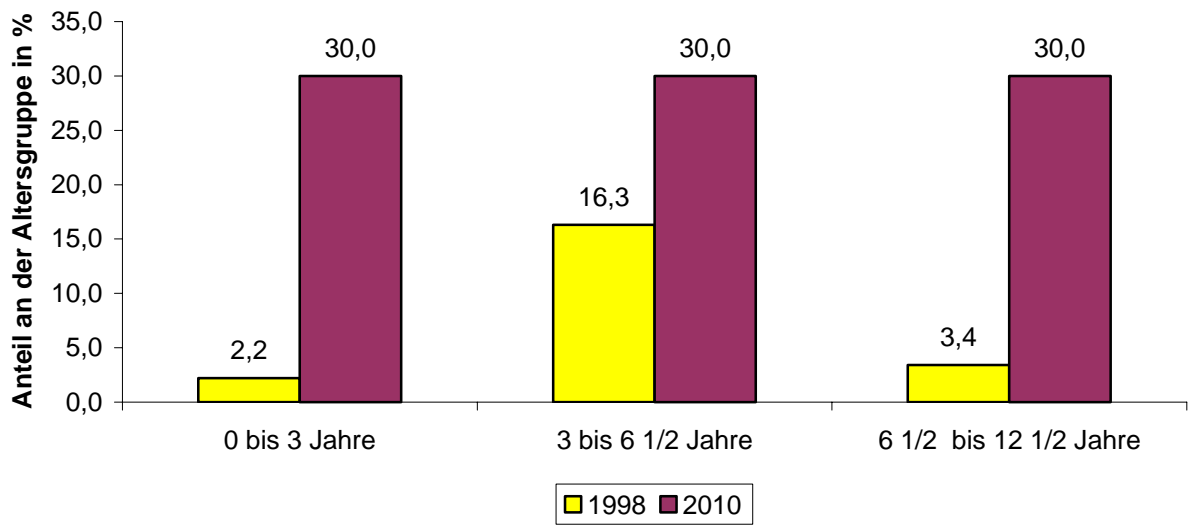
### *Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern*

Viele Frauen, die gerne erwerbstätig wären, werden daran durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder gehindert. Während in den neuen Ländern ein insgesamt bedarfsdeckendes Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen für Kinder bis zu 12 Jahren vorhanden ist, weisen die alten Länder deutliche Defizite auf. Bei Kindern über 12 Jahren reicht das Angebot an Ganztagschulplätzen weder in den alten noch in den neuen Ländern aus.

Gerade mit Blick auf die aufgrund der demographischen Entwicklung absehbaren Probleme, künftig den Arbeitskräftebedarf zu decken, sind verbesserte Ganztagsbetreuungsangebote erforderlich. Ganztagsbetreuung ermöglicht nicht nur Müttern und Vätern, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren, sondern trägt durch die damit einhergehende Förderung der Kinder auch zu deren Chancengleichheit und Sozialisation bei. Zudem könnte eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazu beitragen, dass die in Deutschland zu niedrige Geburtenrate wieder ansteigt. Es ist daher erforderlich, das Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen (in den alten Ländern) in allen Altersgruppen deutlich zu erhöhen. Hier sind vor allem Länder und Kommunen, aber z.B. auch Unternehmen gefordert.



### Ganztagsbetreuungsangebote in den alten Ländern <sup>(1)</sup>



(1) ohne Tagespflege, ohne Ganztagschule

Quelle: Statistisches Bundesamt sowie Berechnungen der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik an der Universität Dortmund

## 18. Gleichberechtigung

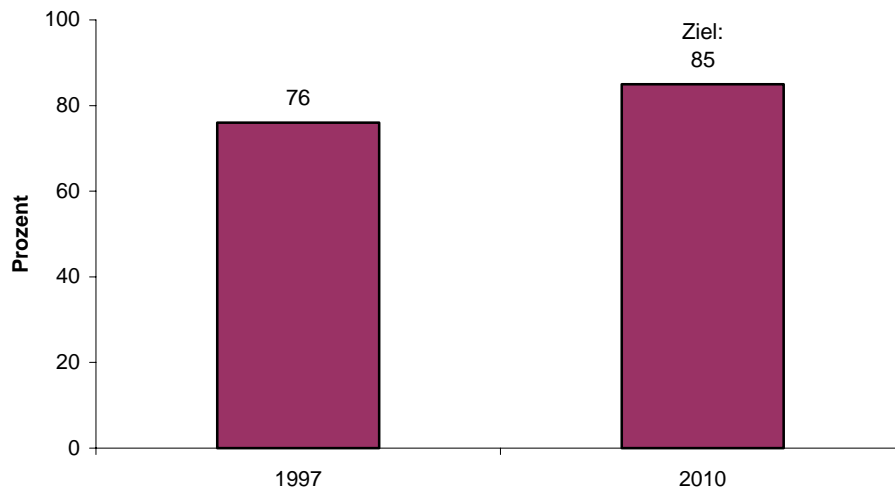
### *Gleichberechtigung in der Gesellschaft fördern*

In einer nachhaltigen Gesellschaft müssen Frauen und Männer gleiche Chancen haben. Dies muss sich auch im Einkommen niederschlagen. Dazu sind die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern abgebaut werden. In den neuen Ländern liegt der Durchschnittsverdienst von Frauen bereits bei rund 94 % des Verdienstes der Männer, in den alten Ländern dagegen erst bei 75 %.

Auffallend ist, dass die Einkommensunterschiede am Anfang des Berufslebens noch gering sind. So verdienen Frauen von 20 bis 24 Jahren 95 % (alte Länder) bzw. 99 % (neue Länder) des Durchschnittsgehaltes gleichaltriger Männer. Beim Start ins Berufsleben ist somit in Deutschland ein hohes Maß an Chancengleichheit gegeben. In den mittleren Altersjahrgängen kommt es dann zu größeren Unterschieden beim Erwerbseinkommen. Vor allem Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit für die Betreuung von Kindern, Teilzeitarbeit sowie die sich aufgrund von Ausbildungsentscheidungen ergebenden unterschiedlichen beruflichen Entwicklungsperspektiven führen ab diesen Jahrgängen zu Einkommensrückständen bei Frauen. Vollzeitbeschäftigte Frauen von 35 – 39 Jahren erzielen nur 76 % (alte Länder) bzw. 95 % (neue Länder) der Männereinkommen. Vollzeitbeschäftigte Frauen über 60 erreichen sogar nur 66 % (alte Länder) bzw. 77 % (neue Länder) des Einkommens ihrer männlichen Altersgenossen.

Diese Unterschiede in der Entwicklung der Einkommen beruhen vor allem auf einer Reihe struktureller Gründe (wie z.B. Art der Ausbildung, Konzentration auf Branchen und Tätigkeiten mit geringerer Bezahlung). Wichtige Gründe sind aber auch die bestehenden Rahmenbedingungen (z.B. fehlende Ganztagsbetreuungsangebote). Es gilt, die Bedingungen der Frauenerwerbstätigkeit insgesamt zu verbessern, um die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern abzubauen.

Verhältnis der Bruttojahresverdienste von vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern zwischen 35 und 39 (alte Bundesländer).



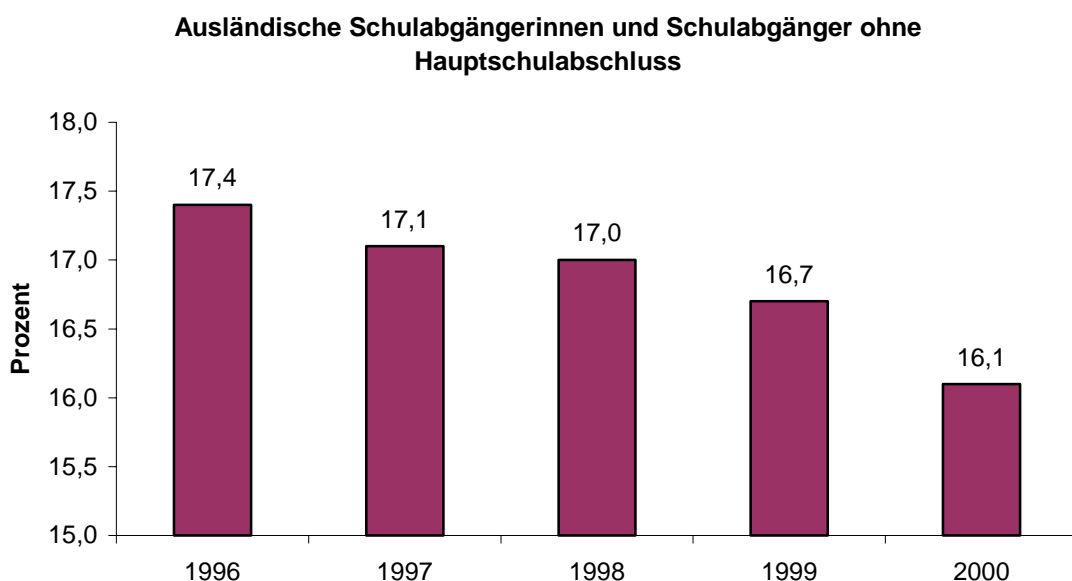
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit: Beschäftigtenstichprobe 1997

## 19. Integration ausländischer Mitbürger

### *Integrieren statt ausgrenzen*

Die Integration bestimmter Bevölkerungsgruppen ist ein wichtiger Gradmesser für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. In besonderem Maße gilt dies für die über 7 Millionen in Deutschland lebenden Ausländer. Ihre Integration hängt letztlich vom Verhalten aller Bürgerinnen und Bürger ab.

Auch die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger können und müssen ihren Teil beitragen, beispielsweise durch die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen. Mangelnde Sprachkenntnisse und Defizite bei der beruflichen Qualifizierung sind die wichtigsten Gründe für die hohe Arbeitslosenquote von Ausländern in Deutschland. Hier konnten in der Vergangenheit erfreuliche Fortschritte erreicht werden. Während Anfang der achtziger Jahre noch rund 30 % der ausländischen Jugendlichen die Hauptschule ohne Abschluss verließen, waren es 1999 nur noch 16,7 %, bei deutschen Schulabgängern lag die Quote bei rund 9 %. Der positive Trend soll fortgesetzt werden. Bis 2020 soll der Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss der entsprechenden Quote der deutschen Schulabgänger angenähert werden.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

#### **IV. Internationale Verantwortung**

Wir sind eingebettet in eine Welt, in der die einzelnen Staaten und Völker eng miteinander verflochten sind. Das gilt für die Ökonomie – Stichwort Globalisierung – ebenso wie für die Ökologie – Stichwort Klimaschutz.

Eine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung muss daher über nationale Grenzen hinausblicken. Deutschland trägt seiner Verantwortung für eine global nachhaltige Entwicklung beispielsweise durch sein ambitioniertes Klimaschutzprogramm und seine Anstrengungen für einen schonenden und effizienten Umgang mit knappen Rohstoffen Rechnung. Neben diesen auf nationaler Ebene angesiedelten Maßnahmen leistet Deutschland auch mit seiner Beteiligung an Friedenseinsätzen Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung.

Vor allem aber erfordert globale Gerechtigkeit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen von Entwicklungsländern. Schon die Rio-Konferenz 1992 hat den engen Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung deutlich gemacht und als zentrale Herausforderung einer global nachhaltigen Entwicklung definiert.

## 20. Entwicklungszusammenarbeit

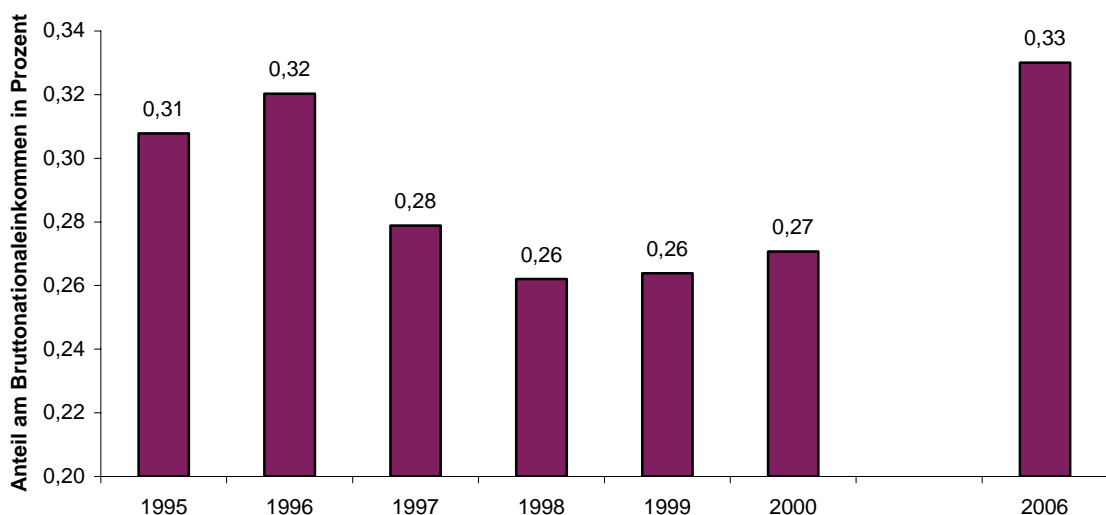
### *Nachhaltige Entwicklung weltweit unterstützen*

Deutschland unterstützt Entwicklungsländer in vielfältiger Weise, beispielsweise durch das Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung der Bundesregierung. Aufgrund des hohen Finanzbedarfs in Folge der Wiedervereinigung Deutschlands waren die deutschen Entwicklungsleistungen in den neunziger Jahren gesunken. Dieser Abwärtstrend konnte inzwischen gestoppt werden.

Von dem international festgelegten und vom Europäischen Rat am 15./16. Juni 2001 in Göteborg erneut bestätigten Ziel, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, ist Deutschland noch weit entfernt. Dennoch war Deutschland mit gut 5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2000 weltweit der drittgrößte Geber. Die Bundesregierung wird auf jeden Fall bestrebt sein, im Rahmen der Haushaltsmittelzuweisungen bis 2006 mindestens ein Volumen von 0,33 % des BIP für öffentliche Entwicklungshilfe zu erreichen.

Neben den Beiträgen aus öffentlichen Mitteln sind aber auch die Beiträge vieler Organisationen, die private Spenden für Entwicklungsprojekte zur Verfügung stellen, Ausdruck der Bereitschaft zu internationaler Solidarität. Die privaten Entwicklungsleistungen halten sich seit Jahren auf einem relativ konstanten Niveau (rund 0,05 % des Bruttonationaleinkommens).

**Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (%)**



Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

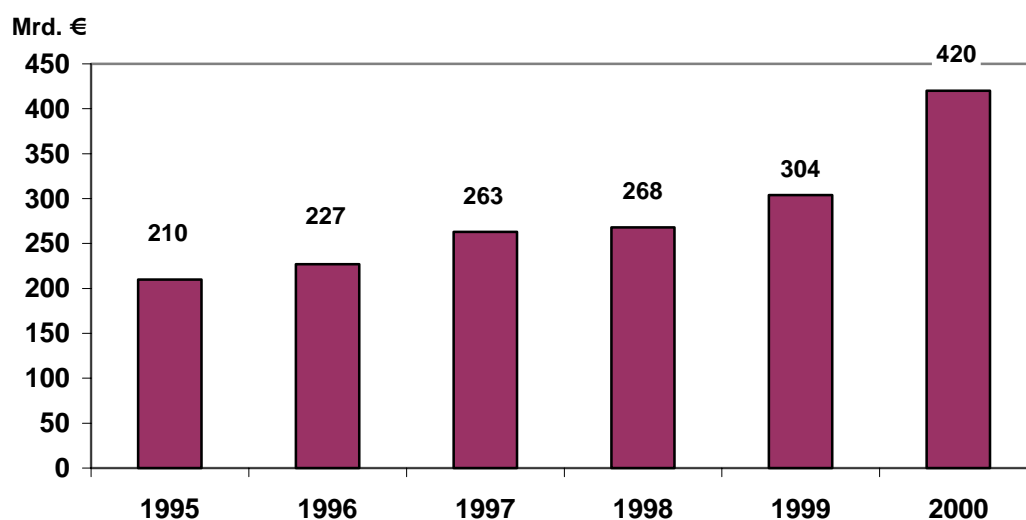
## 21. Märkte öffnen

### *Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern*

Neben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden andere, für wirtschaftliche Fortschritte in den Entwicklungsländern zum Teil wichtigere Faktoren zu wenig wahrgenommen. Eine entscheidende Rolle spielen beispielsweise die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsbeziehungen. Hier tragen zunächst die Entwicklungsländer selbst Verantwortung. So sind verlässliche politische Verhältnisse, eine auf Stabilität ausgerichtete Wirtschaftspolitik und innere Sicherheit entscheidende Voraussetzungen für private Investitionen.

Aber auch die Industrieländer können die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsbeziehungen verbessern. So brauchen Entwicklungsländer den ungehinderten Zugang zu den Märkten der Industrieländer, um ihre Produkte absetzen zu können. Die Bundesregierung strebt ein offenes, faires, berechenbares und nicht diskriminierendes multilaterales Handels- und Finanzsystem an, in dem auch die Entwicklungsländer ihre Chancen hinsichtlich ihrer Exporte in Industrieländer wahrnehmen können. Der in den letzten Jahren zu verzeichnende Anstieg der Importe aus Entwicklungsländern soll fortgesetzt werden.

**Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern**



Quelle: Eurostat